

„Man hatte ihr Vordringen erwartet...“

**Aspekte des Aufstiegs der NSDAP
in Schleswig-Holstein und Dithmarschen**



AKENS

Informationen zur schleswig-holsteinischen Zeitgeschichte-Beiheft 4 (2019).
Herausgegeben vom Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein
e.V. (AKENS) im Rahmen der Vortragsreihe „Man hatte ihr Vordringen erwartet...“ - Aspekte
des Aufstiegs der NSDAP in Schleswig-Holstein und Dithmarschen. Dithmarscher
Landesmuseum 10.2.-24.3.2011.

Dritte korrigierte und erweiterte, vierfarbige Neuauflage, 2019.

Informationen und Kontakt:
www.akens.org / post@akens.org

Zitat der Titelseite:

Dithmarscher Landeszeitung vom 16.9.1930, „Der Ausgang der Wahl“
(Kommentar zur Reichstagswahl 1930 und dem – nur in der Höhe überraschenden – Wahlsieg
der NSDAP).

Abbildung auf der Titelseite:

NSDAP Gauleiter Hinrich Lohse und Adolf Hitler in Albersdorf anlässlich der Beerdigung eines
der Opfer der so genannten Blutnacht von Wöhrden, 7.3.1929 (Dithmarscher Landesmuseum).

Kiel / Hamburg 2019

**„Man hatte ihr Vordringen erwartet...“
Aspekte des Aufstiegs der NSDAP
in Schleswig-Holstein und Dithmarschen**

Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte, Beiheft 4

Redaktion: Frank Omland

Herausgegeben vom
Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein e.V.
(AKENS)

Kiel / Hamburg 2019

Inhaltsverzeichnis

Zur Einführung	S. 1
Frank Omland Dithmarschen und der Aufstieg des Nationalsozialismus	S. 2
Markus Oddey Schleswig-Holsteinische Zeitungen und der Nationalsozialismus	S. 12
Alexander Otto-Morris Landvolkbewegung und Nationalsozialismus	S. 22
Frank Omland Wahlen in Schleswig-Holstein und der Aufstieg der NSDAP	S. 30
Frank Omland Hitlers Wähler – Das Beispiel Dithmarschen	S. 38
Frank Omland Wahlkartografischer Anhang	S. 52
Tabellarischer Anhang der Reichstagswahlergebnisse	S. 64
Auswahlbibliografie	S. 68

Zur Einführung

Dithmarschens Rolle für den Aufstieg des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein ist vielfach herausgestellt worden – und wenig erforscht. Zweifellos hat es hier früh enorme Wahlerfolge für die NSDAP, zahlreiche Gründungen von Ortsgruppen der Partei sowie eine intensive Agitationstätigkeit gegeben. Genauso gab es aber auch – zumeist seitens der Arbeiterparteien – Widerstand gegen die NS-Diktatur und Verfolgung von Oppositionellen, von Behinderten, Juden, Zeugen Jehovas und Homosexuellen.

Nach wie vor ist die eingehende Erforschung des Nationalsozialismus in Dithmarschen ein Desiderat – viele Fragen sind unbeantwortet, und es fehlt noch immer an Rekonstruktionen und Studien, wie sich die NS-Geschichte auf regionaler und lokaler Ebene abgespielt hat. Gleichwohl will der Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein mit einer hier dokumentierten Vortragsreihe neue Erkenntnisse vor allem zur Frühzeit des Nationalsozialismus in der Region präsentieren. Dabei wird bewusst auf einen wissenschaftlichen Anmerkungsapparat mit Fußnoten und Einzelnachweisen verzichtet. Wer solche Vertiefungen sucht, kann auf die in den Literaturhinweisen und der Auswahlbibliografie genannten Aufsätze und Veröffentlichungen zurückgreifen.

Die schlaglichtartige Beleuchtung zentraler Aspekte des Aufstiegs der NSDAP zur Macht und zur Frage der Machtausübung soll zur weiteren Auseinandersetzung auf Basis der bereits existierenden Literatur, aber auch zur weiteren Durchdringung und Erforschung anregen. Erst dann kann die Frage, inwieweit Dithmarschen in der Weimarer Republik und der NS-Zeit einen exemplarischen Sonderweg gegangen ist, grundsätzlich beantwortet werden.

Zur ergänzten Neuauflage

Aufgrund der großen Nachfrage hat der Vorstand 2013 beschlossen eine zweite ergänzte Neuauflage zu drucken. Diese ist vierfarbig, so dass einige Abbildungen ausgetauscht und ein neuer kartografischer Anhang ergänzt werden konnte.

Zur aktualisierten und ergänzten Neuauflage als Online-Ausgabe

Im Jahr 2019 wurde dieses Beiheft um einen Aufsatz zum Wahlverhalten in Dithmarschen, weitere Karten und mehrere Tabellen ergänzt sowie das Literaturverzeichnis aktualisiert.



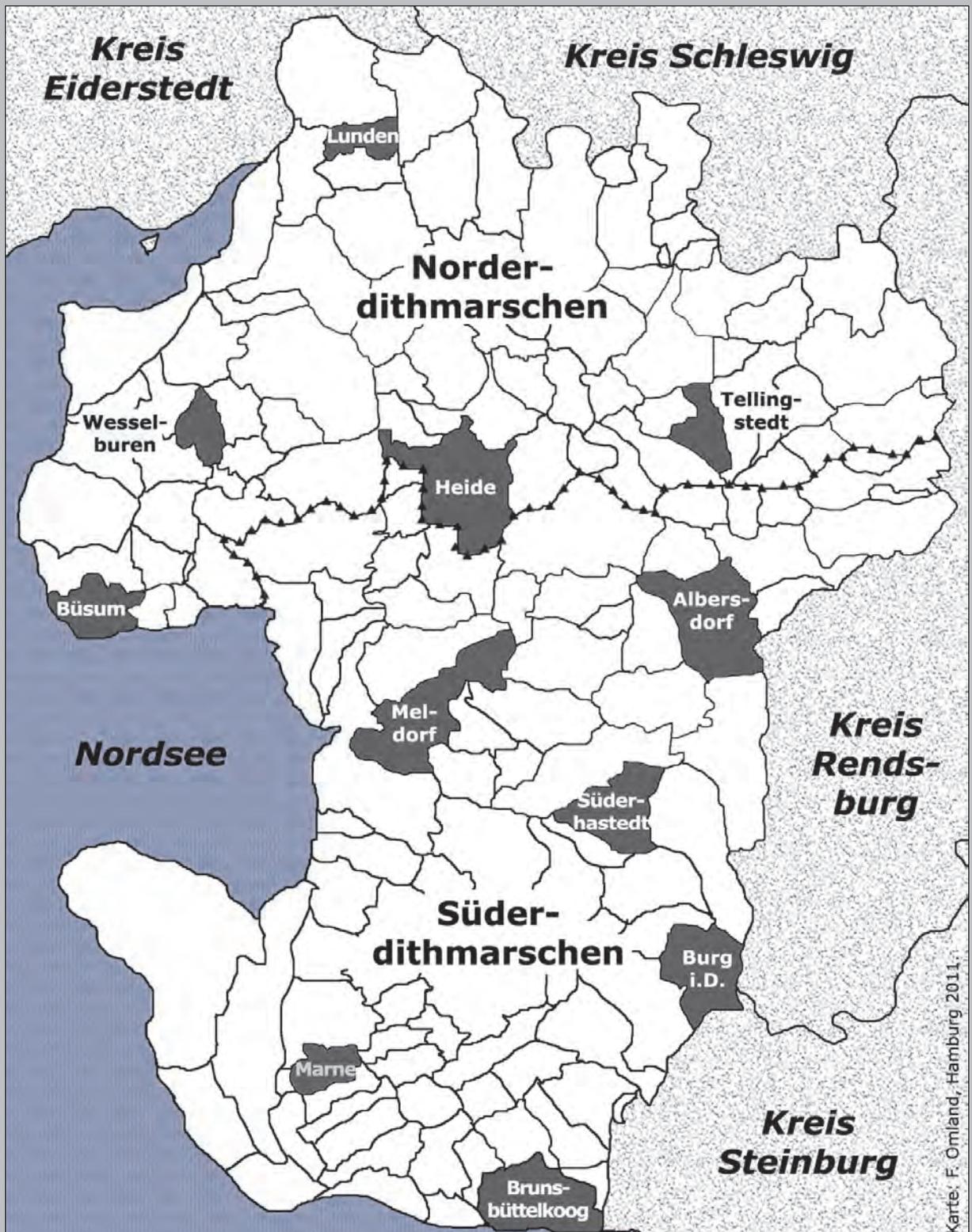
Kay Dohnke

Der Vorstand

Renate Dopheide

Frank Omland

Dithmarschen und der Aufstieg des Nationalsozialismus



Frank Omland

Ein Dithmarscher Sonderweg?

In den beiden Dithmarscher Landkreisen vollzog sich während der Weimarer Republik der Aufstieg der NSDAP früher und stärker als in anderen Regionen Schleswig-Holsteins. Zwar liefert die bisherige historische Forschung nur annähernd Erklärungen dafür, doch sollen im Folgenden schlaglichtartig zentrale Aspekte genannt werden, die es den Nationalsozialisten ermöglichten, schon frühzeitig und erfolgreich in den beiden Kreisgebieten Fuß zu fassen.

Kollektive Denkhaltungen und Erinnerungskultur

Schon im Kaiserreich war in Dithmarschen ein partikularistisches, regionales Heimatbewusstsein zu beobachten, das antipreußische und antizentralistische Affekte gegen die in Berlin Regierenden beinhaltete. Durch die Tradierung eines Dithmarscher Unabhängigkeitsbewusstseins hatte sich zugleich ein starkes Misstrauen gegen die Staatsgewalt entwickelt. Historisch basierte diese weit verbreitete Denkhaltung auf der Mystifizierung der „Schlacht von Hemmingstedt“ (1500). Sie war das identitätsstiftende Ereignis für die Entwicklung eines dithmarschischen Heimatstolzes. Die eigene Geschichte wurde als Beweis für die Überlegenheit gegenüber den anderen, den Holsteinern, genommen und prägte das Zusammengehörigkeitsgefühl der Dithmarscher nachhaltig. So diente etwa die Gründung des Vorläufers des Dithmarscher Landesmuseums (1872) der Identitätsstiftung und der Vermittlung eben dieses Geschichtsbewusstseins, und man grenzte sich so gegenüber der als bedrohlich erlebten Modernität und Industrialisierung ab.

In der Literatur spiegelt sich das im Einfluss der Volkstums- und Heimatkunstbewegung wider. Mit Adolf Bartels und Gustav Frenssen finden sich zwei wichtige Autoren, die kulturpessimistische, völkische und antisemitische Perspektiven in ihren Büchern verbreiteten. Bei ihnen wurden die Bauern als wahre Träger der Zukunft dargestellt; beide Autoren sprachen sich gegen die urbanisierte Massengesellschaft aus, für die sie das Wachstum der Städte als Symbol ansahen. Ihre Heroisierung des Bauerntums beförderte den Dithmarscher Glauben daran, dass die Bauern weiterhin eine sehr wichtige Position innerhalb der Gesellschaft einnahmen und verschleierte deren tatsächlichen Bedeutungsverlust in der modernen Industriegesellschaft.

Die Instrumentalisierung der Dithmarscher Landesgeschichte wurde sowohl von rechten wie linken Politikern und Verbänden betrieben. Je nach Ausrichtung hob man den Kampf gegen die Dänen bzw. gegen jedwede drohende Fremdherrschaft als typisch für Dithmarschen hervor oder behauptete eine Gleichheit der Bevölkerung in der Bauernrepublik, die es so nie gegeben hat. Der Rückgriff auf die Heimatgeschichte diente somit immer auch der Selbstvergewisserung der Dithmarscher untereinander und der Abgrenzung gegenüber den übrigen Schleswig-Holsteinern.

Im Kaiserreich positionierte sich die Mehrheit der Dithmarscher gegen die Sozialdemokratie. Sie wählte formal zwar liberale Kandidaten, doch inhaltlich ging es ihr um die konservative Verteidigung der Region als eine Art eigenständiger

Kleinstaat innerhalb Schleswig-Holsteins. In Dithmarschen diente das zusammen mit der Rückbesinnung auf die eigene Geschichte dazu, das Bild einer egalitären und festgefühten Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Die soziale und politische Ausdifferenzierung der Industriegesellschaft wurde verneint und die kulturelle Vielfalt in der Moderne abgelehnt. Die Sehnsucht nach einer mit sich versöhnten, scheinbar konfliktfreien Gesellschaft spiegelte sich in Dithmarschen auch im relativen Erfolg des Nationalsozialen Vereins bis Anfang der 1900er Jahre wider und ist zudem eine Erklärung dafür, warum die Nationalsozialisten in der Weimarer Republik mit ihren Volksgemeinschaftsparolen in der Region auf offene Ohren trafen.

Nach dem Ersten Weltkrieg gingen die Dithmarscher erneut eigenständige Wege, in dem sie sich etwa bei den militaristischen Verbänden wie dem Stahlhelm Westküste noch antidemokratischer und antisemitischer ausrichteten, als im übrigen Verband. Ähnlich sah es Ende der 1920er Jahren aus, als die Arbeitsgemeinschaft Dithmarschen - eine vom Mittelstand getragene Selbsthilfeorganisation - im Zuge der wirtschaftlichen Not mit knapp 10.000 Anhängern, erneut die Eigenständigkeit der Region betonte und gleichzeitig antisemitische, deutsch-tümelnde und antiparlamentarische Positionen vertrat.

Soziale und wirtschaftliche Struktur Dithmarschens

Schleswig-Holstein war mit Ausnahme der größeren Städte stark landwirtschaftlich geprägt. Selbstständige Bauern, deren Familienangehörige, (kleinere) Gewerbetreibende und Landarbeiter sowie Tagelöhner dominierten die dortige zumeist kleinstädtisch und dörflich strukturierte Gesellschaft. Das galt auch für Norder- und Süderdithmarschen, wobei der südliche Kreis deutlich stärker auch von Industrie, Handwerk und Handel geprägt war als der nördliche.

Quelle: Dithmarscher Landeszeitung vom 5.12.1924

Wähler und Wählerinnen aufgepaßt!

Der entschiedenen national Gezonnene wählt am 7. Dezember das einzig wahre, nicht vom Falschen angekränkelte
Schwarz-weiß-rot:

Die National-sozialistische Freiheitsbewegung, die Liste 6

Deren Kandidaten sind für

Reichstag	Landtag
Graf Ernst von Reventlow	Mittelschullehrer Klages
Schlosser Kelsb	Landmann Fehrs
Lehrer Bolzmann	Kaufmann Lohse

Wahlpropaganda des NSFB, einem Bündnis der verbotenen NSDAP mit den Deutsch-Völkischen, anlässlich der Reichstagswahl 7.12.1924

Dithmarschen besteht landschaftlich ungefähr zu gleichen Teilen aus Marsch und Geest. Während in den Marschgebieten Weizen angebaut wurde und um Marne und in den Wesselburener Kögen der Kohlanbau eine wichtige Rolle spielte, wurde im übrigen Norderdithmarschen insbesondere Weidemast betrieben, und in Süderdithmarschen kamen noch der Zuckerrübenanbau und die Schweinemast hinzu. Dementsprechend teilte sich die Bauernschaft in die wohlhabenderen Marschbauern, die ärmeren Geest-

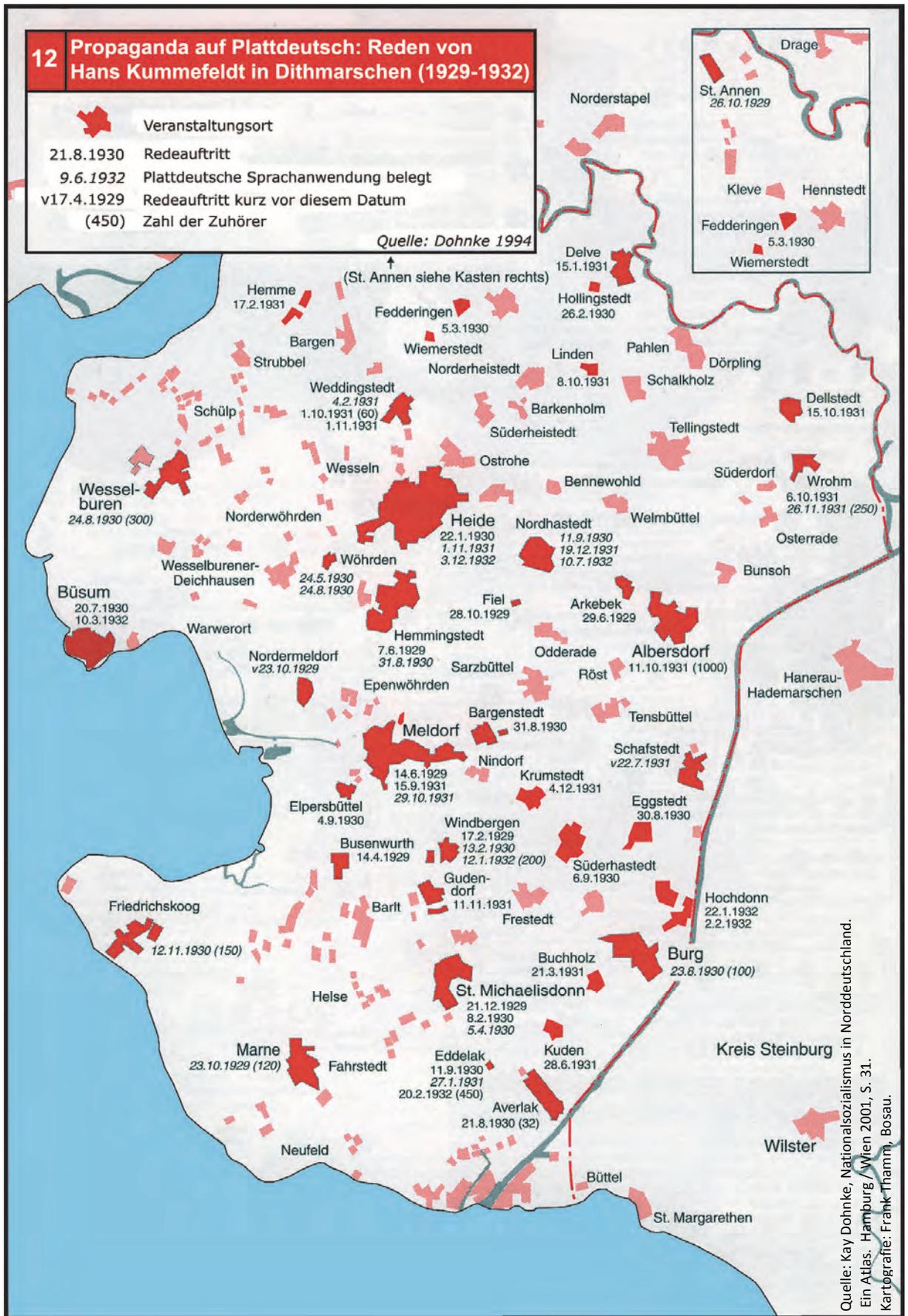
bauern sowie in die Saisonlandarbeiter und freien Tagelöhner auf. Die Dorfgemeinschaft war nicht von Gleichheit bestimmt, sondern faktisch dominierten die Großbauern und erfolgreichen Gewerbetreibenden die dithmarsische Gesellschaft.

Der technische Fortschritt zeigte sich flächendeckend in der Elektrifizierung der Haushalte, bei Modernisierungsmaßnahmen in der Landwirtschaft und beispielsweise bei den Eindeichungsmaßnahmen im Neuenfelder Vorland sowie in der Wiederaufnahme der Erdöl-Produktion und des Ölkreide-Abbaus bei Hemmingstedt.

Die Wirtschaftskrise ab 1927/1928 und die Landvolkbewegung

In Dithmarschen war die Wirtschaft direkt und indirekt stark von der Landwirtschaft abhängig. Als die Agrarkrise 1928 ihren Höhepunkt erreichte, waren die Folgen für das Handwerk und den Handel unübersehbar. So kauften die Bauernfamilien nur noch das Notwendigste ein, der Hausiererhandel vor Ort nahm zu, die Geschäftsleute in den größeren Städten mussten starke Umsatzeinbußen hinnehmen, und auch Restaurants, Hotels und Gastwirtschaften litten unter dem Rückgang ihrer Kundschaft. Im Einzelhandel verschärfte sich der Wettbewerb, und die Geschäfte machten sich mit Rabatten, Sonderverkäufen und durch aggressive Anzeigen immer stärker Konkurrenz. Im Handwerk sah es ähnlich aus: Die Auftragslage litt unter den schrumpfenden Gewinnen des Handels bzw. der Landwirtschaft, und die öffentliche Hand fiel aufgrund der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen zunehmend als Auftraggeber aus.

Die 1927 einsetzende Agrarkrise begann mit einem Sturz der Preise für Schweinefleisch, der Verteuerung von Krediten und dem Rückgang der inländischen Kaufkraft für landwirtschaftliche Qualitätsprodukte. Als Folge mussten gerade in Norderdithmarschen die Bauern mit massiven Einnahmeverlusten in den Jahren 1927/28 und 1929/30 kämpfen. Dementsprechend überrascht es nicht, dass in Dithmarschen die Anzahl der Zwangsversteigerungen von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken 1927/1928 von zwei auf 23 anstieg und bis 1932 insgesamt 100 Grundstücke mit knapp 1.500 Hektar unter Zwang den Besitzer wechselten. Durch die Wirtschaftskrise ging zudem die Industrieproduktion zurück, die Arbeitslosigkeit unter der städtischen Bevölkerung nahm zu, was wiederum Auswirkungen auf die Absätze der Landwirte hatte. Letztere mussten zuerst ihre Preise für Milch, Butter oder auch Weißkohl senken; ab 1930/31 folgte der Einbruch bei den Preisen für Rinder. Die Krise hatte damit zuerst die Marschgebiete, dann die Städte und anschließend die Geestbauern getroffen. Alles zusammen beförderte den Aufstieg der Landvolkbewegung, die zuerst als Interessenvertretung der Bauern fungierte, sich dann radikalisierte und anschließend von den Nationalsozialisten zu ihren eigenen Gunsten instrumentalisiert werden konnte. In der Folge gelang es der NSDAP sich als die einzige Partei darzustellen, die Interessen der Landwirtschaft erfolgreich in den Parlamenten vertreten könnte.



Karte 1: Unermüdlicher Propagandist der Nationalsozialisten: Hans Kummefeldt (geb. 1887, gest. 1963)

Aufstiegsgebiet der NSDAP

Die Frage, warum gerade Dithmarschen als dasjenige Kreisgebiet ausgesucht wurde, in dem die Gauleitung Schleswig-Holstein den Aufstieg der Partei zu forcieren suchte, ist von der Forschung noch nicht eindeutig beantwortet worden. Neben der relativen Nähe zur NSDAP-Gauleitung im Stadtkreis Altona dürfte die Tatsache ausschlaggebender gewesen sein, dass Gauleiter Lohse die dortige Landbevölkerung aus seiner Zeit als Generalsekretär der Schleswig-Holsteinischen Landespartei (SHLP) 1920/21 noch gut kannte. Zudem war der nationalkonservative Norderdithmarscher Landrat Dr. Ernst Kracht Kreisvorsitzender der Partei gewesen und hatte in seiner Funktion entscheidend zu deren Ausrichtung auf den Heimat- und Volkstumsgedanken in der Region beigetragen. Obwohl die SHLP 1921 schon in der Wählergunst sank, hatte sie in Dithmarschen insbesondere in den Kirchspiellandgemeinden Hennstedt (25,4 % der abgegebenen Stimmen), Tellingstedt (24,1 %), Süderhastedt (28,2 %) und Südermeldorf-Geest (23,5 %) sowie den Gemeinden Weddingstedt (22,2 %) und Burg (14,7 %) zunächst noch größere Erfolge erzielen können. An diese konnte die NSDAP anknüpfen, denn die Partei hatte früher als in anderen Regionen des Deutschen Reichs ihren Schwerpunkt in der Wahlpropaganda verändert. Während sie anfangs noch versucht hatte, die städtische Arbeiterschaft durch Propagandareden bekannter Nationalsozialisten für sich zu gewinnen, führte die Erfolglosigkeit dieser Strategie zu einer Schwerpunktverlagerung in der Wahl- und Mitgliederwerbung.

Die Strategie „Zuerst die Städte, dann die Dörfer“ wandelte sich in „Zuerst die Dörfer, dann die Städte“ um. Zwar sollte die Propaganda in den Städten nicht aufgegeben werden, doch die personellen und propagandistischen Ressourcen wurden deutlich auf ausgewählte ländliche Regionen konzentriert. Dithmarschen bildete dabei das Gebiet, in dem die schleswig-holsteinische NSDAP zuerst versuchte, diese neue Strategie in die Praxis umzusetzen. Dazu knüpfte Gauleiter Lohse an seine alten Kontakte aus Zeiten der SHLP an, und die NSDAP hielt vermehrt Versammlungen in Dithmarschen ab, um im Anschluss gezielt Ortsgruppen zu gründen. Als hilfreich dürften sich auch jene Veranstaltungen erwiesen haben, in denen bewusst Plattdeutsch gesprochen wurde. Der wohl bekannteste dieser Redner war der spätere Reichstagsabgeordnete der NSDAP, Hans Kummerfeldt. Er sprach bis 1931 über 50mal in Dithmarschen und verlegte danach aufgrund seiner Erfolge seinen Agitationsschwerpunkt in die anliegenden Kreisgebiete der Provinz Schleswig-Holstein. Diese Aktivitäten beförderten den Aufschwung der Ortsgruppen, deren Anzahl allein in Dithmarschen von sieben im Jahr 1926 auf 33 im Jahr 1928 anstieg.

Nicht zu unterschätzen ist auch die Wirkung eines öffentlichen Auftritts von Adolf Hitler im Heider Stadttheater am 14. Oktober 1928. Im Anschluss versammelten sich über 15.000 Menschen auf dem Marktplatz, um den Parteiführer zu sehen. Zwar dürften dies noch nicht alle NS-Anhänger gewesen sein, dennoch konnte sich Hitler der großen Aufmerksamkeit in der Region sicher sein.

Grundsätzlich erwiesen sich die bewusste Hinwendung zur ländlichen Bevölkerung, der Versuch zur Durchdringung der dörflichen Milieus und zur Vereinnahmung der dörflichen Meinungsführer für die NSDAP sowie die Schwerpunktsetzung im Ausbau der Dithmarscher Ortsgruppen in der Folgezeit bei Wahlen als Erfolgsstrategie. Zwar wechselten anfangs eher die selbstständigen Mittelschichten wie Handwerker, kleinere Kaufleute oder auch Pastoren zur NSDAP über, doch gelang es der Partei mit einiger Verzögerung, auch die Bauern und damit zunehmend die gesamte Landbevölkerung mit Ausnahme der Industrie- und Facharbeiterschaft für sich zu gewinnen. Dabei spielten der Süderdithmarscher Kreisleiter, der Landwirt Martin Matthiessen, oder auch der Tierarzt und SA-Brigadeführer Dr. Emil Grantz wichtige Rollen in der Propaganda vor Ort. Der Norderdithmarscher Kreisleiter, Landwirt Paul Guth, war im Oktober 1930 hingegen in einen reichsweiten politischen Skandal verwickelt, so dass er für die Gauleitung auf Dauer nicht mehr tragfähig erschien und im Oktober 1932 bei der Zusammenlegung der beiden Kreisgebiete sein Amt an Matthiessen verlor.

Die Tatsache, dass immer mehr Männer in der Dorfgemeinschaft sich zur NSDAP bekannten, beförderte zudem den sozialen Druck auf die übrige Bevölkerung, wobei auch Boykottaufrufe gegen Geschäfte von Nicht-Parteimitgliedern dazu ihren Teil beigetragen haben. In der Folge verloren die bisher meinungsführenden Deutschnationalen (DNVP) ihren Rückhalt auf dem Land, es begann kurzfristig der Aufstieg von (bäuerlichen) Interessenparteien, und letztendlich etablierte sich zunehmend die NSDAP. Letztere profitierte von der Berichterstattung in einem Teil der ihr vermehrt zugewandten Heimatpresse und der im Nachbarkreis Steinburg erscheinenden parteieigenen Gauzeitung *Schleswig-Holsteinische Tageszeitung*.

Die „Blutnacht von Wöhrden“

Am 7. März 1929 kam es im Anschluss an eine geschlossene NSDAP-Mitgliederversammlung in Wöhrden zu gewalttätigen Kämpfen zwischen der Partei und der KPD, bei der zwei Nationalsozialisten und ein Kommunist ums Leben kamen. Die so genannte Blutnacht von Wöhrden nutzte die NSDAP dazu, die eigenen Toten zu Märtyrern zu stilisieren. Adolf Hitler nahm öffentlichkeitswirksam an den von fast 5.000 Menschen besuchten Trauerfeierlichkeiten in St. Annen und Albersdorf teil, die Partei publizierte eine Propagandabroschüre mit ihrer Sichtweise der Ereignisse, und auch die regionale Presse stellte den Zusammenstoß fast ausschließlich als Überfall der KPD dar. Im nachfolgenden Prozess vor dem Itzehoer Landgericht im Februar und März 1930 wurden elf KPD-Mitglieder zu Haftstrafen bis zu einem Jahr und neun Monaten verurteilt, während der einzige angeklagte Nationalsozialist mit zwei Monaten Gefängnis davonkam.

Die NSDAP benutzte die „Blutnacht von Wöhrden“ als einen ihrer zentralen Punkte in ihrer Propaganda in Dithmarschen, und auch das dürfte mit zum Erfolg beim Ausbau der Ortsgruppen und den nachfolgenden Wahlen beigetragen haben.

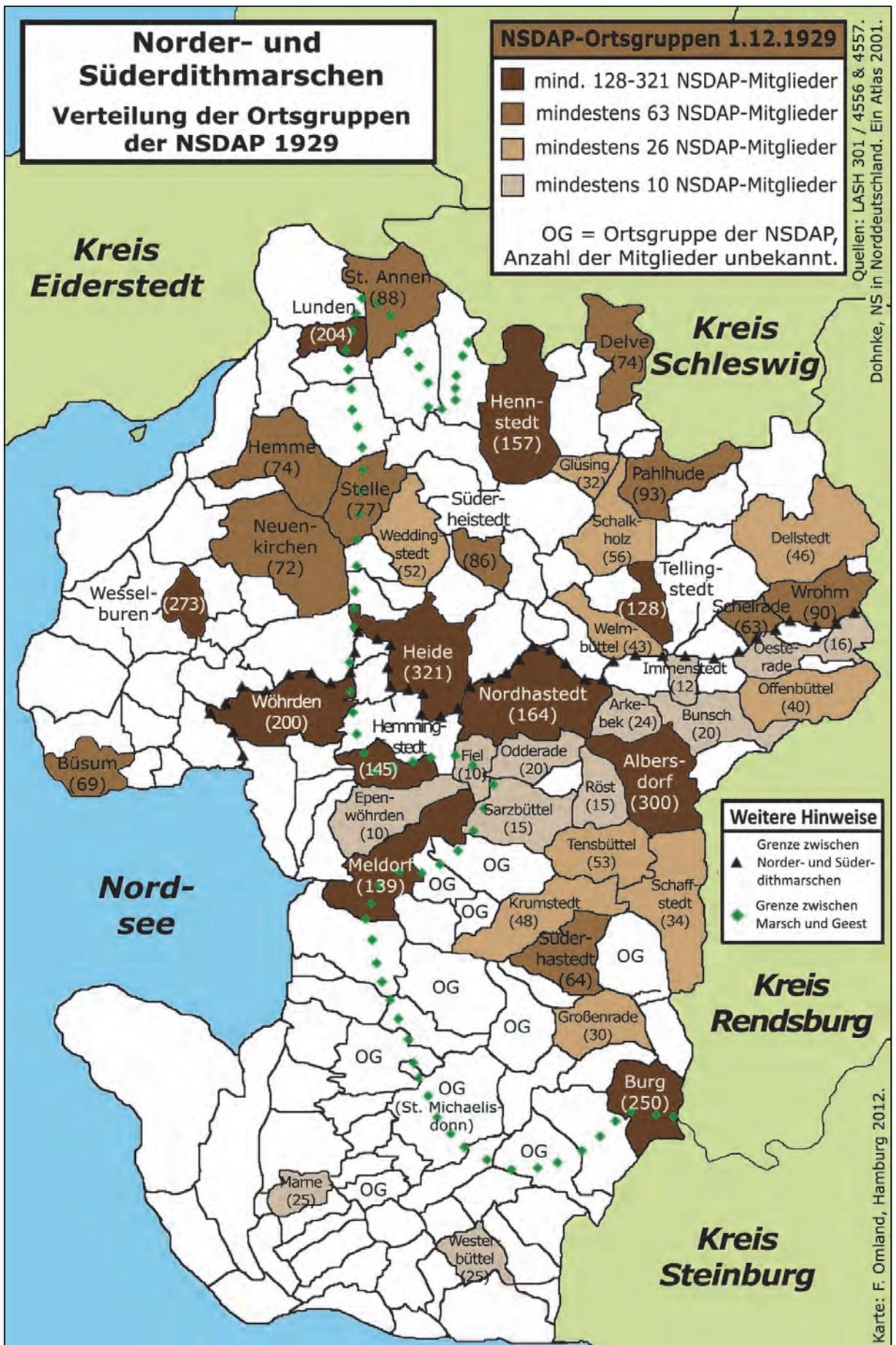


Propagandafoto der NSDAP: Ehrenwache vor der Beisetzung eines nationalsozialistischen Opfers der „Blutnacht von Wöhrden“, März 1929

Innerparteilicher Machtkampf und Wahlerfolge

Im Wahlkampf 1928 stimmten immer häufiger Dorfbewohner für die NSDAP, wobei die Partei sich mit nationalistischen und antisemitischen Parolen gegen die Konkurrenz im eigenen Lager (den Völkisch-nationalen Block) und die übermächtige DNVP zu stellen versuchte. Die Erfolge in Dithmarschen und den angrenzenden Kreisgebieten gaben ihr Recht, denn neun der zehn Gemeinden mit der höchsten Stimmenzahl für die NSDAP in Schleswig-Holstein lagen 1928 in diesen Landkreisen. Die Verteilung der Stimmen zeigt deutlich, dass die NSDAP auf dem Dorf – wenn auch zuerst auf einem quantitativ noch nicht sehr hohen Niveau – zur stärksten Konkurrenz der DNVP heranwuchs.

Der Aufstieg der NSDAP wurde in Dithmarschen nur noch einmal gefährdet und zwar durch einen parteiinternen Machtkampf zwischen dem SA-Brigadeführer in Dithmarschen, Emil Grantz, und dem Gauleiter Hinrich Lohse. Beide waren sich einig in der Ablehnung und dem Ziel der Zerstörung der parlamentarischen Demokratie, doch hatten sie unterschiedliche Auffassungen darüber, wie dies am wirksamsten zu erreichen sei. Während Grantz sich gegen die Bündnisse mit bürgerlichen Parteien und den parlamentarischen Legalitätskurs der NSDAP aussprach, war Lohse aus taktischen Gründen dafür. Der Konflikt eskalierte so weit, dass es sogar zur Spaltung der Partei durch die Gründung eines Gaues Dithmarschen unter Grantz Führung kam. Erst im Herbst 1930 wurde der Machtkampf zugunsten von Lohse entschieden und sein Kontrahent seiner Posten



Karte 2: NSDAP-Ortsgruppen in Dithmarschen 1.12.1929

enthoben. Doch hatte Grantz genügend Anhänger, gerade in der SA, so dass die Wahlergebnisse der NSDAP in Süderdithmarschen ab 1930 erst einmal deutlich hinter denen in Norderdithmarschen zurückblieben.

Unabhängig von diesem Konflikt hatte die Partei schon 1928 in den beiden Dithmarscher Kreisgebieten mit je knapp 18 Prozent der abgegebenen Stimmen das beste Ergebnis in Schleswig-Holstein erringen können. Das konnte bei den Provinzial-Landtagswahlen 1929 nochmals gesteigert werden (41 % / 29 %), und bei den Reichstagswahlen 1930 holte die NSDAP in Norderdithmarschen die absolute Mehrheit, während es in Süderdithmarschen „nur“ 36 Prozent waren. Ihre Erfolge basierten ab 1928 auf dem kontinuierlichen Wechsel von DNVP-Wählern und der Mobilisierung von ehemaligen Nichtwählern. Außerdem profitierte sie von denjenigen Wählern, die bis 1930 den Interessenparteien (u.a. Reichspartei des Deutschen Mittelstands / Wirtschaftspartei, Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei) ihre Stimme gegeben hatten und danach zur NSDAP wechselten.

Dithmarschen blieb reichsweit bis 1933 immer eine der erfolgreichsten Regionen für die NSDAP, und im März 1933 fanden sich in Schleswig-Holstein unter den zwanzig Hochburgen der Partei acht Kirchspiellandgemeinden und Städte aus dieser Region.

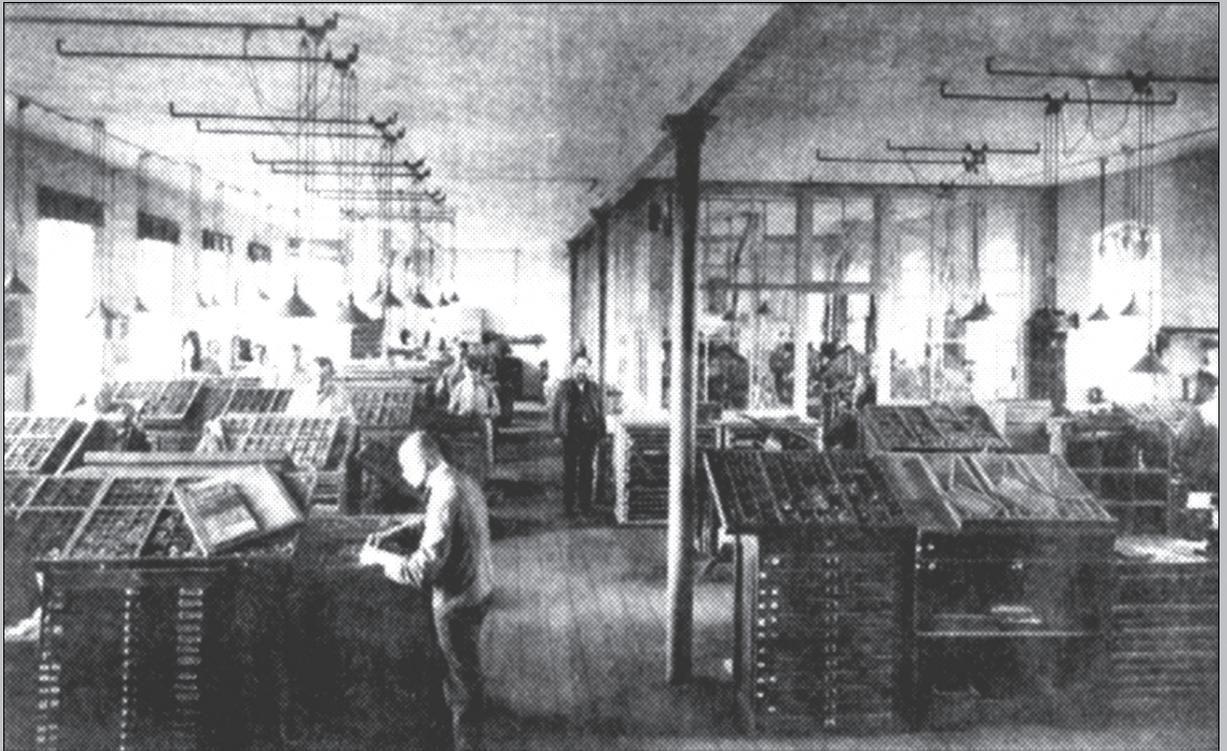
Schlussfolgerungen und Fragen

Derzeit lässt sich beim Aufstieg der Nationalsozialisten in der Weimarer Republik von einem Sonderweg Dithmarschens innerhalb der Regionalgeschichte Schleswig-Holsteins sprechen.

Zukünftig könnte sich die Forschung vermehrt Fragen zuwenden, die verstärkt die Nachkriegsgeschichte und die Verarbeitung der NS-Vergangenheit in Dithmarschen fokussieren. Dabei könnten folgende Aspekte von Bedeutung sein: Was bedeutet es sozial und psychologisch für eine ganzen Region und ihre Bevölkerung, wenn sie – historisch zu Recht – als das Aufstiegsgebiet der Nationalsozialisten bezeichnet wird? Wie geht eine Region in der Nachkriegszeit und auch heute mit dieser Hypothek aus der eigenen Vergangenheit um? Schottet sich die Bevölkerung von diesem nicht in das Selbstbild vom eigensinnigen Dithmarscher passenden Teil der eigenen Geschichte ab? Bestreitet man noch vehementer als der übrige Teil der schleswig-holsteinischen Bevölkerung, ein Teil des Erfolgs des Nationalsozialismus gewesen zu sein? Greift man auf die bekannten Muster zurück, in dem man sich als Dithmarscher von den anderen Schleswig-Holsteinern abgrenzt: die sollen uns nicht sagen, was wir zu tun und lassen haben! Oder erforscht man besonders intensiv die eigenen Anteile der Oppositions- und Widerstandsgeschichte? Und: Welche noch zu erforschenden Muster haben sich bis heute in Dithmarschen gehalten?

Erst zukünftige Forschungen werden möglicherweise Antworten auf diese Fragen liefern können.

Schleswig-Holsteinische Zeitungen und der Nationalsozialismus



Quelle: Archiv der Dithmarscher Landeszeitung.

Markus Oddey

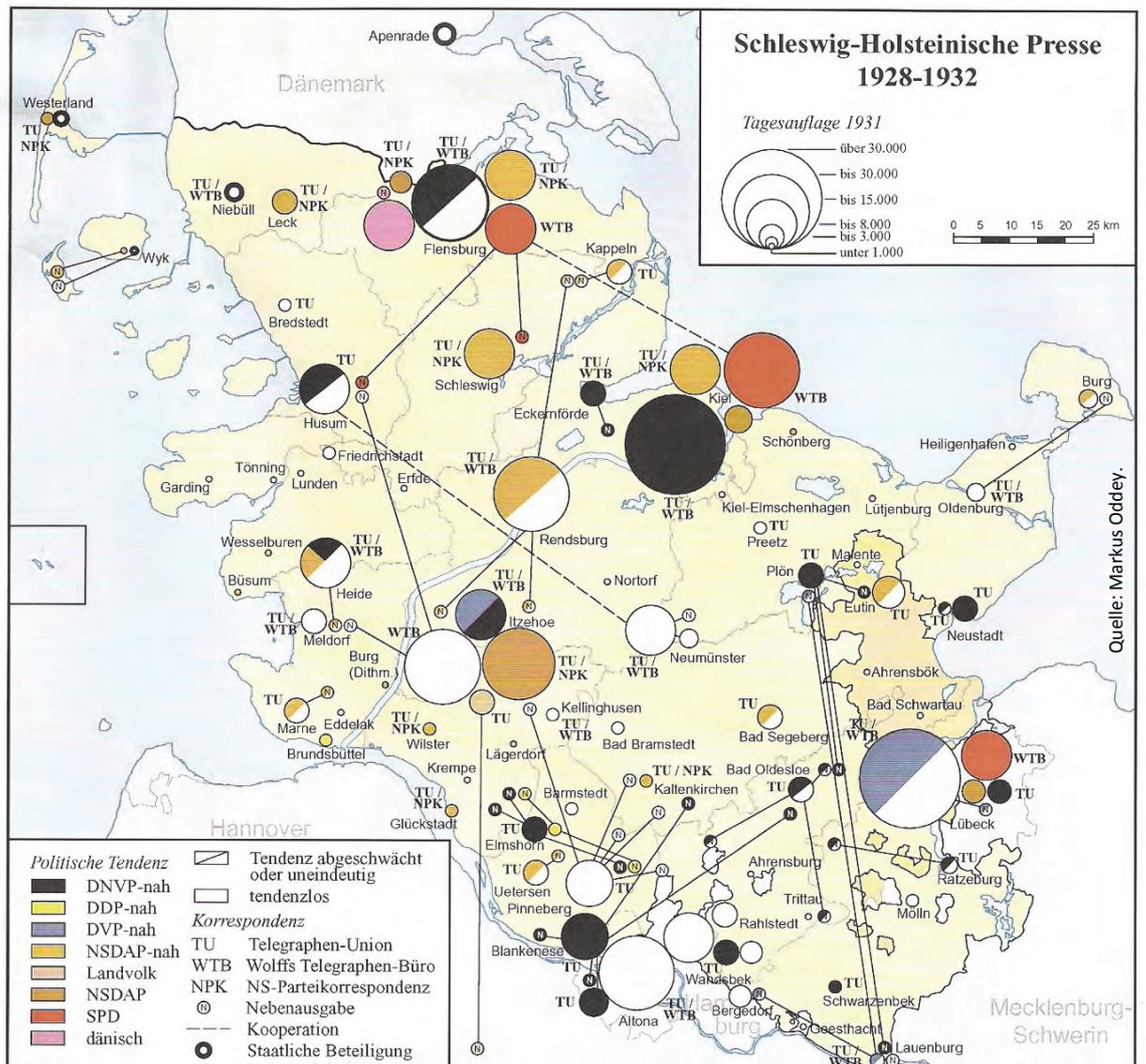
Schleswig-Holsteinische Zeitungen in der Weimarer Republik

1928 erschienen knapp 100 Zeitungen in Schleswig-Holstein. Nur knapp 1/3 aller Blätter verfügte über eine Druckauflage von mindestens 3.500 Exemplaren. Alle anderen Zeitungen wurden in Stückzahlen von 300 bis 3.000 Exemplaren mit einem Umfang von häufig nur 4 bis 6 Seiten produziert, wobei viele dieser von Kleinverlegern herausgegebenen lokalen Regionalblätter lediglich bessere Anzeigenblätter ohne einen größeren redaktionellen Teil darstellten. Die Titelvielfalt von 100 Zeitungen ging nicht gleichzeitig mit einer Vielfalt der politischen Meinungen einher, denn gerade die kleineren Regionalblätter griffen lediglich auf die für sie finanziell am günstigsten vorgefertigten Nachrichtenblöcke (so genannte Materndienste) der Hugenbergschen Telegraphenunion zurück. Dagegen leistete sich die Generalanzeigerpresse – größere Zeitungen mit mindestens 10.000 Exemplaren Auflage – häufiger die Dienste verschiedener Nachrichtenagenturen sowie das Personal für eigenständige Berichte und Kommentare. Die Parteizeitungen der SPD, KPD und NSDAP setzten je nach politischer Ausrichtung auf Eigenberichte sowie private und staatliche Pressedienste, konnten aber in der Regel zahlenmäßig nicht einmal alle ihre eigenen Anhänger als Leserschaft gewinnen. Regional kann von einer relativen Pressevielfalt nur in den Städten Flensburg, Kiel, Altona sowie dem Lübecker und Hamburger Raum gesprochen werden. Dagegen standen in den zumeist ländlich geprägten Kreisgebieten selten mehrere Titel zur Auswahl, wobei die politische Ausrichtung zumeist eine bürgerlich-konservative war. Liberaldemokratische oder sozialdemokratische Zeitungen stellten hier die Ausnahme dar, die Mehrzahl der Zeitungen blieb kaiserzeitlich-obrigkeitsstaatlichem Denken verhaftet und vertrat deutschnationale Positionen.

Im Jahr 1929 erschienen fünfzehn Tageszeitungen mit einer Mindestauflage von 10.000 Exemplaren, darunter als führende Leitmedien in der Region die *Kieler Neuesten Nachrichten (KNN)* mit einer Auflage von 70.000 Stück täglich und der *Lübecker Generalanzeiger (LGA)* mit 43.000 Exemplaren. Beide bürgerlichen Blätter unterstützten das rechte Parteienspektrum: die *KNN* durchgehend die DNVP, der *LGA* über lange Zeit die DVP, später die nationale Opposition einschließlich der NSDAP. Ähnlich sah es für den *Nordischen Kurier* (21.800 Auflage) und die *Itzehoer Nachrichten* (11.500), die *Flensburger Nachrichten* (20.000), die *Blankeneser Norddeutschen Nachrichten* (17.000 / 1933), den *Heider Anzeiger* (10.000) und den *Wandsbeker Boten* (10.000) aus. Im Kern traten die wichtigsten Zeitungen der Provinz Schleswig-Holstein für bürgerlich-konservative bis reaktionär-rechte Positionen ein oder beförderten bis 1930/32 bürgerliche Interessenparteien, wie etwa die *Schleswig-Holsteinische Landeszeitung* aus Rendsburg (24.200 Auflage).

Eher selten fanden sich liberal-demokratische Positionen (*Altonaer Nachrichten*, 20.000), und auch die SPD konnte mit ihrer die Republik unterstützenden Position lediglich in Kiel (28.000 Auflage) und Lübeck (14.000) eine größere Leserschaft an sich

Karte 3: Politische Tendenz der Presse 1928-1932



Lesehilfe:

Im Kieler Großraum erschienen 1931 die DNVP-nahen Kieler Neuesten Nachrichten (KNN) mit einer Tagesauflage von 70.000 Exemplaren. Das Blatt griff sowohl auf den liberalen Nachrichtendienst Wolffs Telegraphen-Büro (WTB) des Ullstein-Verlags zurück als auch auf die Korrespondenz aus dem deutsch-national ausgerichteten Hugenberg-Verlag, die Telegraphen-Union (TU). Im selben Verlag wie die KNN wurde noch die Kieler Zeitung (KiZ) in einer Auflage von ca. 7-8.000 Exemplaren verlegt. Diese wandelte sich von einer DDP-nahen zu einer NSDAP-nahen bürgerlichen Zeitung und griff dementsprechend auf die konservative TU als auch die NS-Parteikorrespondenz zu.

Regionalzeitungen in Dithmarschen

In Dithmarschen erschienen mit dem *Heider Anzeiger* (Auflage 1929: 10.000 Exemplare; Umfang: 12 Seiten), der *Dithmarscher Landeszeitung* (3.500 Expl., 8 S.) und der *Marner Zeitung* (3.000 Expl., 4. S.) drei Zeitungen in höherer Auflage. Hinzu kamen sechs Blätter mit Auflagen von maximal 1.000 Stück und einem Umfang von vier bis acht Seiten (*Brunsbüttelskooger Zeitung*, *Büsumer Nachrichten*, *Burger Zeitung*, *Dithmarscher Bote*, *Dithmarscher Zeitung*, *Eddelaker Nachrichten*). Bis auf den *Heider Anzeiger* entstanden diese in Kleinverlagen, d.h. Ein-Mann-Betrieben mit bestenfalls wenigen weiteren Angestellten.

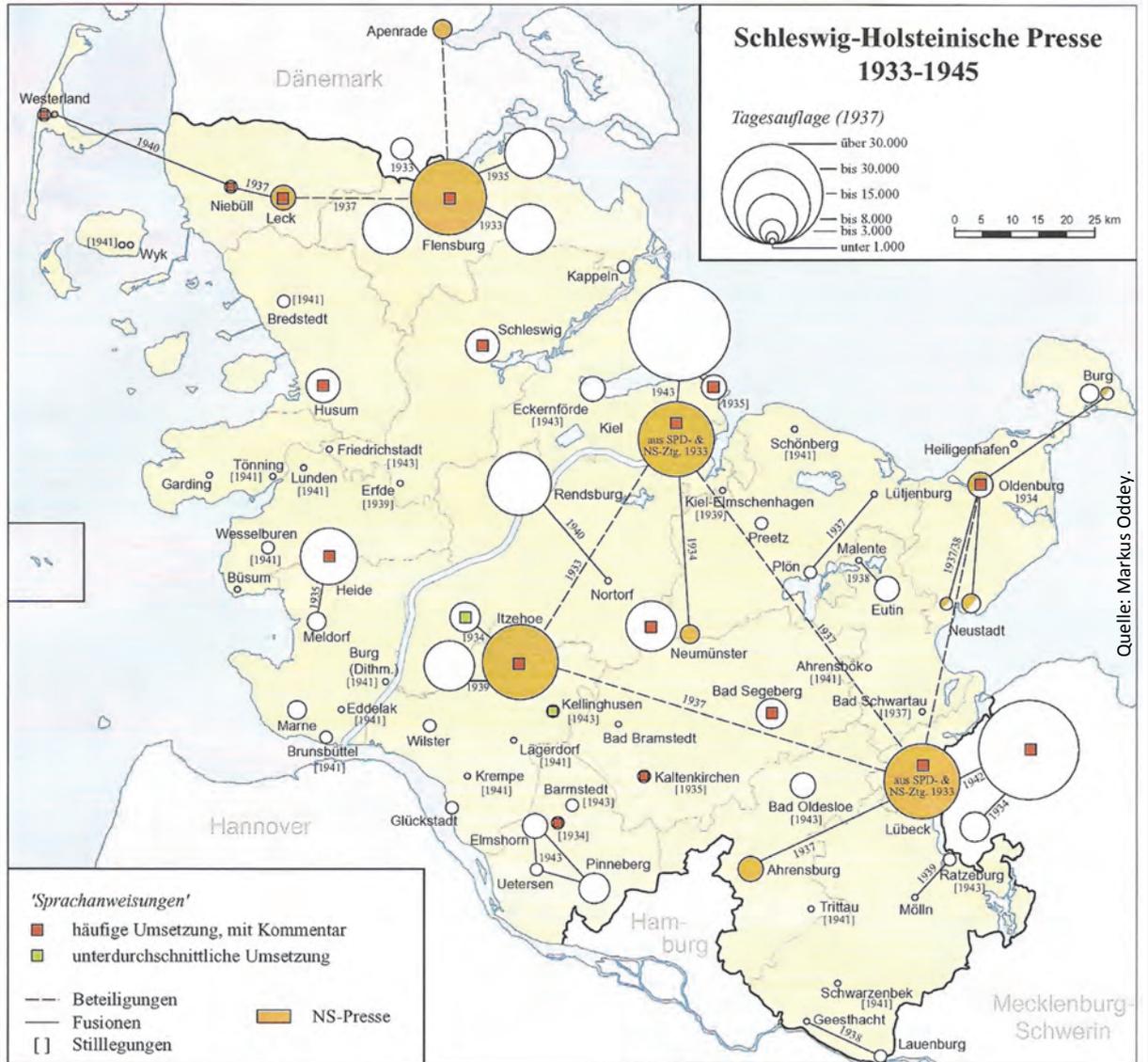
binden. Auch die KPD erreichte mit ihrer Norddeutschen Zeitung, einem Ableger der *Hamburger Volkszeitung* (Auflagenhöhe unbekannt), nur in den (groß-) städtischen Ballungsräumen nennenswerte Leserschaften. Die *Schleswig-Holsteinische Tageszeitung* (SHTZ) der NSDAP aus Itzehoe blieb ein auf das Kreisgebiet Steinburg und Umgebung beschränktes Blatt und hatte 1929 lediglich eine Auflage von 2.500 Exemplaren, was sie bis 1931 auf 9.500 steigern konnte.

In der Region Dithmarschen erreichte außer dem *Heider Anzeiger* (1929: 10.000 Exemplare) nur noch die *Dithmarscher Landeszeitung* (3.500 Expl.) sowie die *Marner Zeitung* (3.000 Expl.) ein größeres Publikum. Der *Heider Anzeiger* erschien sogar mit einer Nebenausgabe, der *Meldorfer Zeitung*, besaß ein repräsentatives Verlagsgebäude, einen eigenen Fuhrpark für die Auslieferung sowie moderne Rotationsmaschinen für die Produktion des Blattes. Politisch wurden bürgerliche und konservative Positionen vertreten und bis 1930 in der NSDAP noch eigentumsfeindliche Störer der Ordnung im Staate gesehen. Danach wurde die Partei von der Redaktion immer mehr als legitim anerkannt und ab 1932 als staatskonservativ, nicht revolutionär und als wählbare Alternative dargestellt. Für den *Heider Anzeiger* war die NSDAP zum glaubwürdigen Repräsentanten innerhalb der nationalen Opposition aufgestiegen, den es bei Wahlen zu unterstützen galt.

Dieses Beispiel zeigt auf, dass es für die NSDAP neben der Herausgabe eigener Partei-Zeitungen viel bedeutender war, dass Artikel über sie in den anderen Regionalblättern und der Generalanzeigerpresse erschienen. Als letztere ab 1928 dazu überging, regelmäßiger im Lokalteil über NS-Veranstaltungen zu berichten, konnte die NSDAP sich auf dem Land auch außerhalb von Wahlkampfzeiten erfolgreich als lokal engagierte nationale Partei inszenieren. Dabei war es für die NSDAP hilfreich, dass auch die Regionalblätter ähnlichen Leitbegriffen wie jenen der NS-Partei folgten: Heimat und agrarromantische Bindung an Land und Scholle, Angst vor der Moderne, Marxismusfurcht, Führertum, Antisemitismus und nationalistisches Deutschtum gehörten zu den Inhalten, die man teilte und die die NSDAP im Heimatmilieu der kleinagrarisches strukturierten Kreisgebiete konsensfähig machten.

Die größeren Verlage entschieden sich häufig dafür, ihre kleineren Zweitblätter in der Provinz auf NS-nahen Kurs zu bringen, um sich damit alle Optionen offen zu halten und ihre Einnahmen zu steigern. So hatte etwa die größte Zeitung, die *Kieler Neuesten Nachrichten*, eine DNVP-nahe Ausrichtung, während die im selben Verlag erscheinende, sehr viel kleinere *Kieler Zeitung* bewusst von einer liberalen zu einer NS-befürwortenden redaktionellen Linie hin verändert wurde. Häufig besaßen die bürgerlichen Zeitungen einen überregionalen Teil, der auf eigene Kommentare zugunsten von deutschnationalen Nachrichtenkorrespondenzen verzichtete, sich pseudoneutral hinter Veranstaltungsberichten und Leserbriefen versteckte und dazu überging, im Lokalteil zunehmend wohlwollender über die vor Ort immer stärker werdende NSDAP zu berichten.

Karte 4: Umsetzung der NS-Pressenanweisungen



Lesehilfe:

In Schleswig-Holstein wichen die Zeitungen selten bis nie von den Sprachanweisungen des Propagandaministeriums ab. Selbst die beiden in der Karte gekennzeichneten Blätter – die Itzehoer Nachrichten, die ab 1934 mit der Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung der NSDAP fusioniert wurden und der 1943 eingestellte Stör-Bote aus Kellinghusen – verstießen nur selten gegen diese Richtlinien. Doch nahmen sich auch die NSDAP-Parteizeitungen das Recht heraus, von den Presseanweisungen im Einzelfall abzuweichen.

Nationalsozialistische Presseanweisungen

Neben die Selbstzensur der Zeitungen trat mit der Machteroberung der NSDAP die inhaltliche Gleichschaltung. Auf einer täglichen Pressekonferenz in Berlin teilte das Reichspropagandaministerium mit, wann, wie und mit welcher Kommentierung versehen Themen in den Zeitungen zu erscheinen hätten. Die auf der Pressekonferenz nicht vertretenen Zeitungen wurden per fernschriftliche Anweisungen der Reichspropagandaämter in demselben Sinne instruiert.

Die wichtigste Zeitung in Dithmarschen, der *Heider Anzeiger* wich nicht von den NS-Pressenanweisungen ab, im Gegenteil: er setzte diese häufig um bzw. kommentierte im Sinne des NS-Regimes die aktuellen Ereignisse.

Kritik an der NS-Partei kam bis zum Herbst 1930 in der bürgerlichen Presse am ehesten noch bei den Themen Sozialisierungstendenzen des Parteiprogramms und der Straßengewalt durch die SA auf. Hierbei zeichneten sich drei Annäherungsmuster der Verleger ab: Zum ersten die Unterstützung der NSDAP als Juniorpartner der DNVP, zum zweiten der Wechsel zur NSDAP, nachdem vorher protegierte Parteien oder Verbände an Bedeutung verloren hatten und ebenfalls, nachdem zuvor unterstützte Splitterparteien bei Wahlen erfolglos geblieben waren. Dabei suchten die bürgerlichen Verleger in Schleswig-Holstein im Zuge der politischen und wirtschaftlichen Krise von sich aus Kontakt zur NSDAP, verabredeten eine strategische Zusammenarbeit und verhalfen der Partei aktiv zu deren Durchbruch, auch und gerade im ländlichen Raum.

Bis Ende 1932 schrumpfte der Anteil der demokratisch gesinnten Presseorgane auf ein knappes halbes Dutzend Titel, und auf Seiten der bürgerlichen Verleger bestanden bestenfalls nur noch latente, dünnliche Vorbehalte gegenüber einem sozialistisch-revolutionären Auftreten der Nationalsozialisten. Lediglich die SPD-Zeitungen stellten sich noch gegen die Zerstörung der Demokratie, während in den bürgerlichen Blättern im Februar 1933 kaum Worte des Bedauerns über das Ende der Demokratie zu finden waren.

Die schleswig-holsteinische Presse im Nationalsozialismus

Die Geschichte der Zeitungen bis 1945 war damit einerseits geprägt von Zensur- und Repressionsmaßnahmen, andererseits von ökonomischer Konzentration und struktureller Modernisierung auf dem Pressemarkt: Die Notverordnungen im Februar 1933 führten sowohl zum faktischen Verbot der kommunistischen Zeitungen als auch zur Aufhebung der Pressefreiheit an sich, und der NS-Gauverlag konsolidierte sich wirtschaftlich dadurch, dass die sozialdemokratischen Verlage und Druckereien zugunsten der NS-Zeitungen enteignet wurden. Während die kommunistischen Zeitungen schon nach dem Reichstagsbrand verboten worden waren und ihren Journalisten die Verhaftung drohte, folgten nach dem März 1933 die sozialdemokratischen Redakteure sowie deren jüdische Kollegen. Mit Hilfe des Schriftleitergesetzes (1933) und der Einschränkung des Berufszuganges verstärkten die neuen Machthaber zudem auch ihren inhaltlichen Einfluss auf die noch bestehenden bürgerlichen Verlage. Doch benötigte das NS-Regime neben der Parteipresse auch und gerade die scheinbar unabhängig davon erscheinenden bürgerlichen Blätter, um in deren Lesermilieus die eigene Herrschaft positiv vermitteln zu können.

Kooperation, Anpassung und Selbstgleichschaltung waren die Folge und beförderten effektiver als jeder gewalttätige Ansatz die Zustimmung zum NS-Regime. So überrascht es nicht, dass Entlassungen, Berufsverbote oder gar politische Verfolgungsmaßnahmen gegen bürgerliche Journalisten und Redakteure die Ausnahme blieben. Tatsächlich hingen anfängliche Repressionen häufig deutlich weniger von

Anordnungen höher Stellen als vielmehr von örtlichen NS-Führern und deren persönlichen Beziehungen zu regionalen Zeitungsjournalisten ab. Den Regionalblättern und der Generalanzeigerpresse verblieben auch im NS-Staat gewisse Spielräume, die ihnen die Nationalsozialisten auch deswegen ließen, weil diese ihre Herrschaft stabilisierten. Zwar begannen ab 1935 Aufkaufversuche nationalsozialistischer Treuhand- und Beteiligungsgesellschaften zuungunsten der bürgerlichen Kleinverleger, doch erst ab Kriegsbeginn verstärkten sich in Schleswig-Holstein weitere Zentralisierungsbemühungen. Nach Beginn des Zweiten Weltkriegs fanden Stilllegungswellen statt, von denen bis 1943 insbesondere die Regionalblätter betroffen waren, während die größten bürgerlichen Zeitungen, *Kieler Neuesten Nachrichten* und *Lübecker Generalanzeiger*, erst ab 1942 mit der NS-Presse vor Ort zwangsfusioniert wurden. Inhaltlich veränderte sich bei den Zeitungen insbesondere aufgrund von zwei Maßnahmen Entscheidendes: Zum einen etablierten sich im Laufe der Zeit so genannte Presseanweisungen, die vorschrieben, was wo und wie kommentiert in den Zeitungen zu erscheinen hatte. Zum anderen waren alle Journalisten nun allein der offiziellen Regierungspolitik und nicht mehr ihren Verlegern verantwortlich. In den Redaktionen schrieben jetzt so genannte Schutzpersonen die politisch gewünschten Kommentare und vertraten den Verlag nach außen gegenüber den staatlichen Stellen. In der Praxis entwickelten die bürgerlichen Verleger geschickt Strategien, um sich partiell dem Presseüberwachungsprozess zu entziehen. Das hatte weniger mit einer generellen Ablehnung der Politik des Regimes zu tun, als vielmehr mit berufsständischen Abgrenzungen gegenüber den nationalsozialistischen Kontrolleuren.

Nachkriegszeit

Die bürgerlichen Verleger und Journalisten hatten im NS-Staat tatsächlich keine generelle Resistenzhaltung eingenommen, sondern sich eher in Status- und Rivalitätskämpfe mit den neuen nationalsozialistischen Aufsteigern begeben. Im Kern traten wirtschaftliche Konkurrenzinteressen hinter ideologische Differenzen gegenüber dem Regime zurück. In der Nachkriegszeit empfanden sie es dementsprechend als Unrecht der britischen Besatzungsmacht, als sie wegen ihres Mitläufertums z.T. interniert und vorerst an ihrer Berufsausübung gehindert wurden. Die Briten lizenzierten anfangs lediglich (neue) Zeitungen, deren Inhalte die Demokratie befürworteten und deren Mitarbeiter formal unbelastet waren. Doch bereits im März 1950 standen den zuerst zugelassenen Blättern schon 39 neu aufgelegte „alte“ Zeitungen gegenüber, die zumeist von den auch im NS-Staat Verantwortlichen herausgegeben wurden. Mit Ausnahme weniger exponierter ehemaliger Mitarbeiter des NS-Gauverlags waren die meisten Journalisten – zum Teil auch NS-belastetes Personal, insbesondere die ehemaligen Schutzpersonen – wieder eingestellt, integriert und politisch rehabilitiert. Der eigene Anteil am Aufstieg und der Herrschaft der NSDAP wurde kollektiv auch in dieser Berufsgruppe verdrängt.

Schleswig-Holsteinische Presse: die politische Tendenz im Zeitverlauf bis 1933

Auflage 1929	Zeitung	Erscheinungs-ort	Politische Tendenz der Berichterstattung
70.000	Kieler Neueste Nachrichten [KNN]	Kiel	DNVP
45.000	Lübecker General-Anzeiger [LGA]	Lübeck	bis 1930: DVP; bis 1932:tendenzlos, bürgerliche Mitte; danach: bürgerliche Mitte / nat. Opposition inkl. NSDAP
28.000	Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung [SHVZ]#	Kiel	SPD
24.200	Schleswig-Holsteinische Landeszeitung [SHLZ]	Rendsburg	bis 1930: DDP / Landbund; bis Juli 1932: CSVD; bis Nov. 1932: DVP / DNVP; danach: NSDAP / DNVP
21.800	Nordischer Kurier [NK]	Itzehoe	bis 1932: DVP; danach: bürgerlich / tendenzlos, NS- integrativ
20.000	Flensburger Nachrichten [FN]#	Flensburg	bis 1930: DVP; seit 1931: DNVP
20.000	Altonaer Nachrichten [AN]	Altona	DDP/ Deutsche Staatspartei / DVP
17.019***	Norddeutsche Nachrichten [NN]	Blankenese	DNVP
14.700***	Der Volkskampf [VK] / Nordische Rundschau [NR]#	Kiel	NSDAP
14.000	Lübecker Volksbote [LVB]#	Lübeck	SPD
12.000	Flensburg Avis	Flensburg	Dänisch
12.000	Wandsbecker Anzeiger [WA]	Wandsbek	k.A.
12.000	Holsteinischer Courier [HC]	Neumünster	keine besondere Tendenz
11.500	Itzehoer Nachrichten [IN]	Itzehoe	bis 1930: DVP; danach: DVP / DNVP
10.100	Heider Anzeiger [HA]	Heide	bis 1930: DNVP / DVP; bis 1932: DNVP / NSDAP; danach: NSDAP / DNVP
10.000	Wandsbecker Bote [WB]	Wandsbek	DNVP
9.100	Schleswiger Nachrichten [SN]	Schleswig	bis 1932: DNVP; danach: NSDAP
8.500	Flensburger Generalanzeiger[FGA]	Flensburg	bis 1929 tendenzlos; bis 1930: DVP; danach: NSDAP
8.300	Flensburger Volkszeitung [FVZ]	Flensburg	SPD
8.000	Husumer Nachrichten [HN]	Husum	bis 1932: DNVP
8.000	Das Landvolk [LV]	Itzehoe	Landvolkbewegung
8.000	Kieler Zeitung [KiZ]	Kiel	bis 1931: DVP (DDP); danach: NSDAP
8.000	Oldesloer Landbote [OL]	Bad Oldesloe	bis 1931: DVP; danach: DNVP
7.500	Pinneberger Tageblatt [PT]	Pinneberg	bis 1931: DVP / DNVP; danach: DNVP
7.500	Segeberger Kreis- und Tageblatt [SKTB]	Bad Segeberg	bis 1930: CSVD und WP; bis 1931: DVP / DNVP; danach: DNVP / NSDAP
6.000	Ost-Holsteinisches Tageblatt [OHTB]	Plön	DNVP
5.850*	Altonaer Tageblatt [AT]	Altona	bis 1930: DVP / DDP; nach Verkauf: DNVP
5.400	Elmshorner Nachrichten [EN]	Elmshorn	DNVP
5.100	Anzeiger für das Fürstentum Lübeck, ab 1938 Eutiner Kreisanzeiger [AFL]	Eutin	bis 1930: DNVP / DVP; bis 1932: DNVP / NSDAP; danach: NSDAP / DNVP
4.420	Lecker Anzeiger [LA] / Südtondernsche Zeitung [STZ]	Leck	bis 1930: DVP; bis 1931: CSVD / Landvolk; danach: NSDAP
4.200	Eckernförder Zeitung [EFZ]	Eckernförde	seit 1931: DNVP
3.800	Schleswig-Holsteinische Tageszeitung [SHTZ]	Itzehoe	NSDAP
3.600	Rahlstedter Neueste Nachrichten [RNN]	Rahlstedt	k.A.
3.500	Dithmarscher Landeszeitung [DLZ]	Meldorf	bis 1932: DVP; ab 1932: DNVP; ab 1933: DNVP / NSDAP
3.500**	General-Anzeiger für Neumünster [GANMS]	Neumünster	bis 1929: DVP / DNVP; danach: tendenzlos
3.500	Ostholsteinische Zeitung [OHZ]	Neustadt	DNVP
3.200**	Schlei-Bote [SB]	Kappeln	bis 1930: DVP / DNVP; bis 1931: DNVP; danach: DNVP / NSDAP
3.200	Uetersener Nachrichten [ÜN]	Uetersen	bis 1931: DVP; bis 1932: DNVP; danach: NSDAP / DNVP
3.000*	Elmshorner Zeitung [EZ]	Elmshorn	DDP/ Deutsche Staatspartei
3.000	Marner Zeitung [MZ]	Marne	bis 1930: DNVP / DVP; bis 1932: DNVP / NSDAP; danach: NSDAP / DNVP

*Auflage 1927; **Auflage 1928; ***Auflage 1933

#1933 mit der örtlichen NSDAP-Zeitung zwangsfusioniert (SPD-Parteizeitungen im Frühjahr 1933 entschädigungslos enteignet).

Hinweis: nur Zeitungen mit einer Mindestauflage in Höhe von 3.000 und mehr wurden aufgenommen.

Landvolkbewegung und Nationalsozialismus



Quelle: Dithmarscher Landesmuseum.

Alexander Otto-Morris

Ländliche Not, ländlicher Protest

Schleswig-Holsteins Landvolkbewegung war eine einzigartige Erscheinung ländlichen Protests, die gegen Ende der Weimarer Republik weit über die Grenzen der Provinz hinaus Aufsehen erregte. Sie lieferte den Stoff für mehrere Erzählungen und Romane und erfuhr ein anhaltendes wissenschaftliches Interesse. Zu den aufschlussreichsten Aspekten gehören der Verlauf der Bewegung, ihre Ideologie, die Taktiken, die Organisations- und Führungsstrukturen, die Reaktion der Behörden und nicht zuletzt die Verbindungen zu den Nationalsozialisten. Die Landvolkbewegung hat entscheidend zum Durchbruch der NSDAP auf dem Lande beigetragen und ihre Wahlerfolge in der Provinz begünstigt.

Der Aufruhr auf dem Lande war eine Folge der Agrarkrise der späten zwanziger Jahre, doch waren die Protestformen der Landvolkbewegung nicht nur von wirtschaftlichen, sondern auch von politischen wie sozialen Strukturen und Prozessen und dem besonderen historischen Erbe der Provinz geprägt. So kann der Wandel des ländlichen politischen Verhaltens während der Weimarer Republik kaum überbewertet werden, denn nationalistische und antisozialistische Tendenzen hatten sich schon im Liberalismus der Vorkriegszeit bemerkbar gemacht und das Bauerntum hatte sich auch 1920/21 gegenüber den Ideen der politischen Rechten als empfänglich erwiesen.

Die Agrarkrise der späten zwanziger Jahre traf besonders die Westküste schwer, da die dortige Spezialisierung auf nur wenige Erzeugnisse und durch die für die Viehmast nötigen Kapitalausgaben die Landwirtschaft krisenanfällig machte. Ab 1927 führten Preisverfall und steigende Produktionskosten zu einer größeren Verschuldung und zu Problemen bei den Steuerlasten. Diese Notlage wurde durch Sturmschäden an den Ernten und durch grassierende Tierkrankheiten verschärft. Alles zusammen führte am 28. Januar 1928 zu Großdemonstrationen von etwa 140.000 Bauern, Handwerkern und Gewerbetreibenden in fast allen Kreisen der Provinz. Den Anstoß dazu gab eine kleine Zahl an Bauern von der Westküste, die die Auffassung vertraten, ihre landwirtschaftlichen Verbände hätten die Krise bis dahin nur unzureichend beachtet. Die Redner vom 28. Januar stellten vorwiegend wirtschaftliche Interessen – in erster Linie eine schleunige Änderung der Handels- und Steuerpolitik sowie den Wunsch nach einem Zusammenschluss der zersplitterten Interessenverbände – in den Mittelpunkt ihrer Forderungen. In der Folge führten Verhandlungen auf Reichsebene zu einem Notprogramm, das der Krise der Landwirte Abhilfe schaffen sollte, doch blieben die Staatshilfen weit hinter den hohen Erwartungen der Bauern zurück.

Da in vielen Kreisen auch die Einigungsbewegungen der miteinander konkurrierenden Bauernverbände erfolglos blieben, wurde das Vertrauen in eine wirkungsvolle Lobby durch die Verbände erschüttert. Diese ersten Kundgebungen leiteten so eine Bewegung ein, die die Zerschlagung der berufsständischen Organisation bewirkte. Mit dem Aufkommen der Landvolkbewegung im Herbst 1928 kann man von einer Radikalisierung der Bauern sprechen. An die Stelle von

hauptsächlich wirtschaftspolitischen Appellen traten Aktionen, mit denen der Weg zur uneingeschränkten Opposition gegen die Weimarer Republik eingeschlagen wurde.

Eskalation des Konflikts und Kampf gegen „das System“

Nachdem im Herbst 1928 ein Steueraufschub für relative Ruhe auf dem Lande gesorgt hatte, führten die folgenden Steuereintreibungen bei rückständigen Steuerzahlern zu neuen Protesten. Es kam zu erneuten Bauernversammlungen an der Westküste, und nach zwei öffentlichen Aufrufen der Bauern Wilhelm Hamkens aus Tetenbüll in Eiderstedt und Claus Heim aus St. Annen-Osterfelde in Norderdithmarschen begann die sogenannte Selbsthilfe: der Widerstand gegen Steuereintreibungen. Hamkens erklärte in einem offenen Brief an die Gemeindevorsteher des Kreises Eiderstedt: „Ein jeder, der noch Steuern aus der Substanz bezahlt oder dazu anhält, handelt unehrlich gegen sich, seine Familie und den Staat und macht sich mitschuldig an dem Untergange und an der Versklavung des deutschen Volkes.“

In der Folge fanden ab Ende November 1928 Aktionen gegen Zwangseintreibungen statt. Gerichtsvollzieher wurden behindert, Gebote bei Versteigerungen verhindert, Abläufe durch lautes Singen oder Drohungen gestört. Meistens trugen die Bauern Stöcke bei sich, und in einem Fall brachten einige der Versammelten sogar ihre Jagdgewehre mit. Schwerpunkt dieser Aktionen blieb die Westküste. Doch breitete sich der Steuerstreik schon Anfang 1929 in viele andere Teile der Provinz und bis ins Jahr 1930 auch in andere Regionen Norddeutschlands wie Hannover, Pommern, Ostpreußen und den Freistaat Oldenburg aus. Parallel dazu fanden hitzige Versammlungen der Landbevölkerung statt, die die Unzufriedenheit der Bauern kanalisiert. Die Selbsthilfe wurde dabei als Schutzmaßnahme für den eigenen Besitz interpretiert, die Behörden als Büttel des „internationalen Kapitals“ und der Weimarer Republik betrachtet. So wurde aus dem Steuerstreik ein Kampf gegen „das System“. So wandelten sich die in der Regel von 300 bis 400 Personen besuchten Versammlungen zunehmend auch zu Werbeveranstaltungen. Genauso wichtig für den Aufbau der Bewegung war ein Netzwerk, das über familiäre, nachbarschaftliche, berufliche und politische Kontakte entstand. So wurden Verbindungen zu vielen anderen rechten Gruppen geknüpft, unter anderem zum Landbund, Stahlhelm, Artam, Tannenbergbund und Hermann Ehrhardts Organisation Consul. Die offene Struktur der Bauernbewegung, die keine formelle Mitgliedschaft kannte, erlaubte die Mitarbeit der Anhänger in anderen Organisationen, ohne dass sie ihre Bindungen zum Landvolk verloren. Das entsprach dem Einheitsgedanken von Landvolkführern wie Hamkens, der die erfolgreich zusammengeschlossene Einheitsorganisation in Eiderstedt mitzuverantworten hatte. Er selbst war enttäuscht von den schleppenden Bemühungen der landwirtschaftlichen Verbände auf Provinzebene und sah in der Landvolkbewegung eine Möglichkeit, alle Bauern im Geiste des 28. Januar 1928 zu vereinen.



Quelle: Deutsches Historisches Museum, Bildarchiv Schorer.

Rückgabe der schwarzen Bauernfahne an das Landvolk, 1931

Die „Selbsthilfe“ einte das Landvolk gegen die Vollziehungsbeamten und Landräte und öffnete eine tiefe Kluft zwischen Bauern und Behörden. Die Gerichtsprozesse, die die Aktionen nach sich zogen, verbreiterten diesen Graben. Da sich die Landwirtschaft für staatliche Unterstützung berechtigt fühlte, waren die Bauern vollends gereizt, nachdem ihre Berufskollegen wie Verbrecher verurteilt wurden. Die Verfahren wurden durch die Landvolkbewegung ausgenutzt, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf ihre landwirtschaftliche Not zu lenken. Solidaritätskundgebungen verstärkten das Einheits- und Zugehörigkeitsgefühl der Bauern und ihre gemeinsame Opposition gegen die Behörden vor allem dann, wenn sie in Konflikt mit der Polizei kamen.

Es kam zu Märschen zu Finanzämtern und Gerichtsgebäuden, die zum Teil in Auseinandersetzungen mit der Polizei mündeten, wie im Januar 1929 in Lunden (Norderdithmarschen) beim Prozess gegen Hamkens. Dieser wurde zum Märtyrer der Bewegung als er nach Ende einer Haftstrafe in Neumünster durch eine Demonstration von etwa 2.000 aufmarschierten Bauern empfangen wurde. Der anschließende Kampf der Polizei um eine Fahne, die an einer Stange samt Sense befestigt war – und deshalb als gefährlich beschlagnahmt wurde – beförderte die Eskalation des Konflikts. Der Kampf um die Fahne und die Auflösung der Bauernversammlung durch die Polizei führte zu einem 16-monatigen Boykott der ländlichen Bevölkerung gegen die Stadt Neumünster. Regierungspräsident, Stadt-

verwaltung und Polizei erweckten durch die gegenseitige Kritik und eine undiplomatische Handhabung des Ereignisses den Eindruck, etwas vertuschen zu wollen, und nährten so Vorwürfe des Landvolks über ein unberechtigtes und hartes Vorgehen gegen die Bauern.

Die Radikalisierung der Landvolkbewegung äußerte sich in einer Verschiebung des Schwerpunktes ihrer Tätigkeiten von der Agrarkrise zum Widerstand gegen die Behörden. Im März bildeten sich in mehreren Kreisen der Provinz „Nothilfeausschüsse“, die die ländliche Bevölkerung den Behörden und Geldinstituten gegenüber in Steuerfragen vertreten sollten. Die Unterstützung bei der Steuerverweigerung besaß in der Praxis zwar nur eine unzureichende Durchschlagskraft, doch reagierten die Behörden mit Verwarnungen und Klageandrohungen, was Tendenzen eines Teil der Nothilfe beförderte, sich weiter zu radikalisieren.



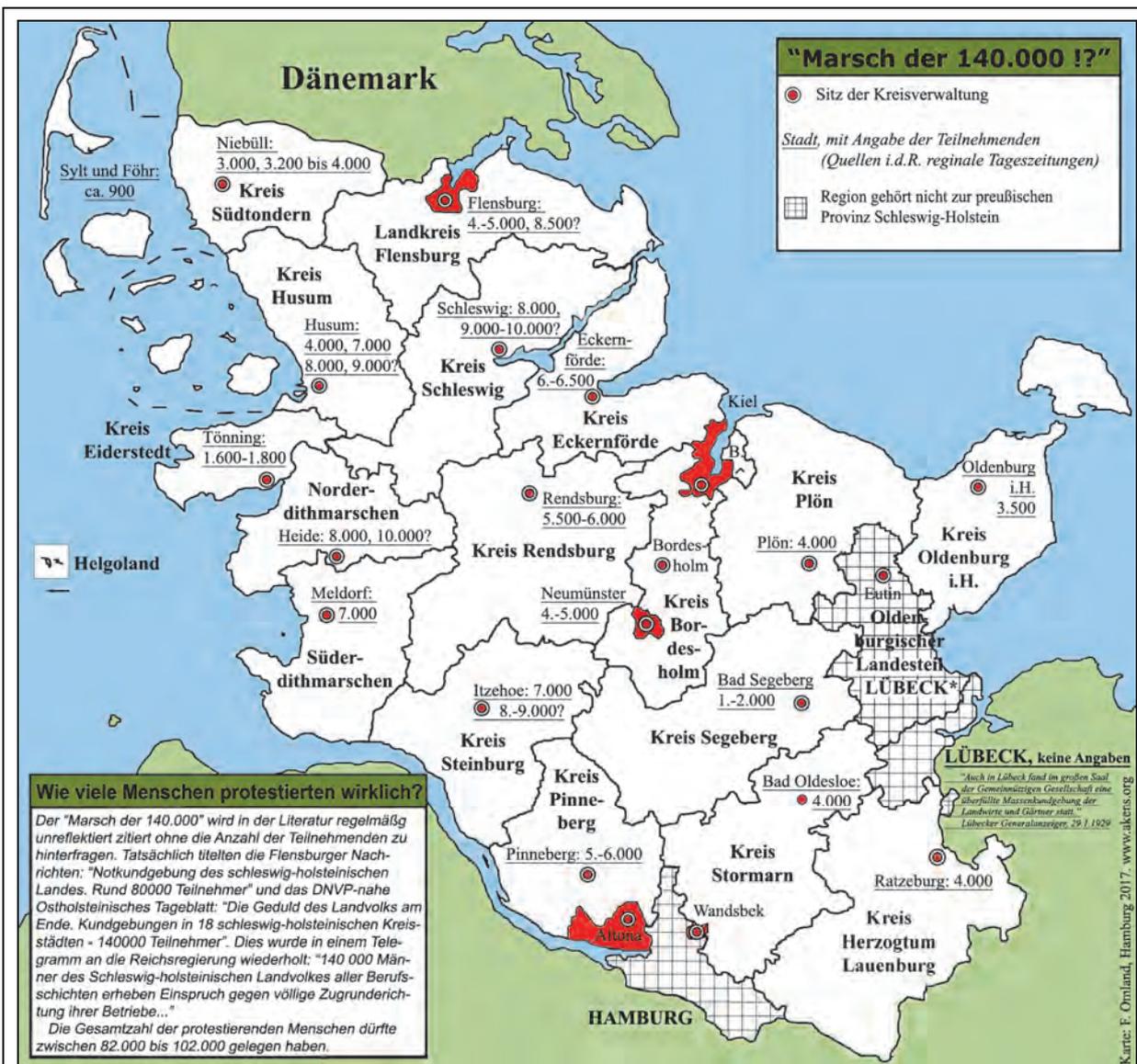
Quelle: Dithmarscher Landesmuseum, Meldorf.

Claus Heim (hinten links) und Mitgefangene Weihnachten 1930, Gerichtsgefängnis Altona

Sprengstoffanschläge

Im November 1928 begannen Claus Heim und andere Renitenten kleinere Anschlägen gegen Gemeindevorsteher auszuführen, die Zwangsversteigerungen unterstützt hatten. Von Handgranatenanschlägen gegen zwei Bauern im April 1929 bis hin zu acht größeren Anschlägen, zumeist gegen Kreis- und Provinzbehörden von Mai bis September, legten Heim und seine Anhänger insgesamt 14 Sprengkörper in den Provinzen Schleswig-Holstein, Oldenburg und Lüneburg, aber auch im Reichstagsgebäude in Berlin. In den meisten Fällen entstanden erhebliche Sachschäden, und es wurde großer öffentlicher Aufruhr verursacht. Mit der Festnahme der Täter rückten Teile des Landvolks zwar von diesen ab, doch entwickelten sich ein zunehmendes Verständnis und eine breite Sympathie für die Angeklagten und deren Motive. Bis zum Prozess im Herbst 1930 in Altona fand somit ein bemerkenswerter Wandel der öffentlichen Meinung statt, denn bei der Urteils-

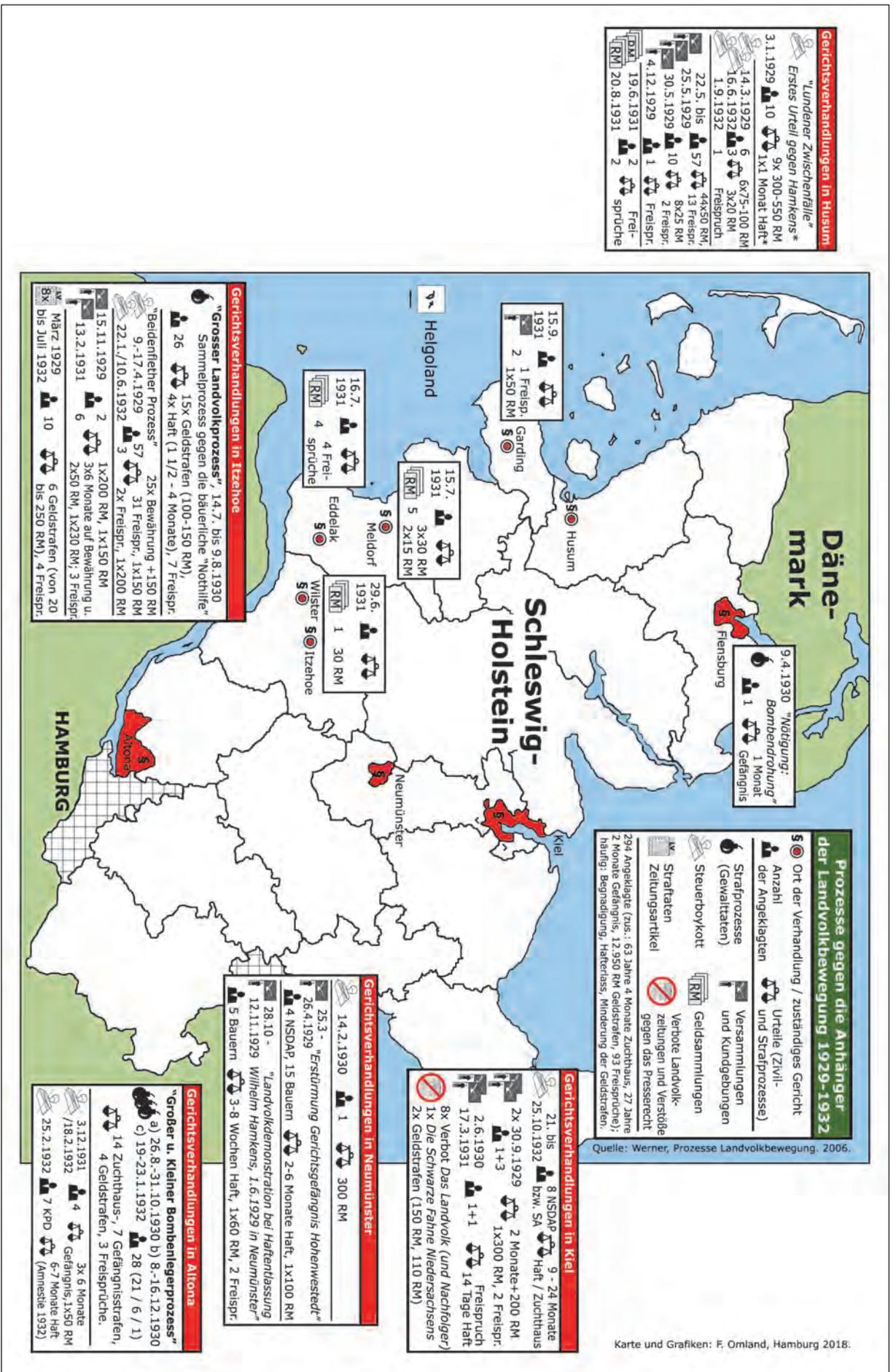
verkündung protestierten die bürgerlichen Zeitungen sämtlich gegen die zum Teil hohen Freiheitsstrafen der Täter. Eine Kampagne, die viel Rückhalt auf dem Lande fand, führte mit der Unterstützung sowohl der NSDAP und DNVP als auch der KPD über einen erfolgreichen Antrag im Preußischen Landtag zur vorzeitigen Freilassung Heims und seiner meisten Komplizen am 17. Juni 1932.



Karte 5: „Der Marsch der 140.000“ - eine Spurensuche

Ausgewertete Zeitungsquellen:

Anzeiger für das Fürstentum Lübeck, 31.1.1928, Protestversammlungen der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein; Dithmarscher Landeszeitung, 28.1.1928, Der Notaufmarsch des Landvolks; Eckernförder Zeitung, 30.1.1928, Schleswig-Holsteins Landwirtschaft demonstriert; Eckernförder Zeitung, 30.1.1928, Die Eckernförder Kundgebung des geeinten Mittelstands; Flensburger Nachrichten, 30.1.1928, Notkundgebung des schleswig-holsteinischen Landes; Heider Anzeiger, 28.1.1928, Der Notaufmarsch der Landwirtschaft; Husumer Nachrichten, 30.1.1928, Landvolkmassenkundgebung in Husum; Kieler Neueste Nachrichten, 29.1.1928, Die Not der Landwirtschaft; Lübecker Generalanzeiger, 29.1.1928, Die Not der Landwirtschaft; Lauenburgische Zeitung, 28.1.1928, Notkundgebung der Lauenburgischen Landwirtschaft; Nordischer Kurier, 29.1.1928, Der Massenaufmarsch der Bauern in Itzehoe; Nordischer Kurier, 31.1.1928, Landwirtschaftliche Massenkundgebungen in der ganzen Provinz; Neustädter Tageblatt, 29.1.1928, Der Notaufmarsch der Schleswig-Holsteinischen Landwirtschaft; Neustädter Tageblatt, 31.1.1928, Die große Kundgebung des Landvolks; Ostholsteinisches Tageblatt, 31.1.1928, Die Geduld des Landvolks am Ende. Kundgebungen in 18 schleswig-holsteinischen Kreisstädten - 140 000 Teilnehmer; Oldesloer Landbote, 31.1.1928, Einstimmig angenommene Entschließung der Landwirte; Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, 28.1.1928, Die Notkundgebung der Landwirtschaft; Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, 30.1.1928, Die Protestkundgebungen der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft; Segeberger Kreis- und Tageblatt, 30.1.1928, Die Protestkundgebungen in der Provinz; Schleswiger Nachrichten, 30.1.1928, Die Kundgebungen der Schleswig-Holsteinischen Bauernschaft.



Karte 6: Die Prozesse gegen die Landvolkbewegung in Schleswig-Holstein 1929-1932

Die Zeitung „Das Landvolk“ und der Antisemitismus

Ähnlich wie bei ihren Protestaktionen gab es auch in der Rhetorik des Landvolks eine Verlagerung des Schwerpunkts vom Ausdruck der Not in der Landwirtschaft hin zur kompromisslosen Opposition. So war es relativ üblich, dass Hamkens und die anderen Landvolkfürher antidemokratische, antisozialistische, antiliberalen, antisemitische, antikapitalistische, nationalistische und völkische Ideologien verbreiteten. Hamkens selbst sprach von „raffinierte[m] Steuersystem“, Anleihen des „international-jüdischen Großkapitals“ ganz nach Plan der „internationalen Mächte“, der „Enteignung der Landwirtschaft“ und hob auf die „Versklavung des deutschen Volkes“ ab.

Mit der Gründung der eigenen Zeitung *Das Landvolk*, die ab Januar 1929 wöchentlich und ab März täglich in Itzehoe erschien, gewann der Kampf gegen „das System“ weiter an Kraft. Diese Zeitung wollte, wie sie offen bekundete, für die politische Bildung des Landvolks sorgen, indem sie ihm die „intellektuelle Grundlage“ stellte. Mit einer Auflage von bis zu 12.000 Exemplaren konnte sie tatsächlich viele Leser auf dem Land erreichen. Chefredakteur Bruno von Salomon, Bruder des in das Rathenau-Attentat verwickelten Ernst von Salomon, nutzte jede Gelegenheit, gegen Weimar zu agitieren und die Behörden zu verspotten, sodass es mehrmals zu Verboten und auch Prozessen kam.

In allen Ausgaben der Landvolkzeitung finden sich antisemitische Äußerungen und auch in den Berichten zu Veranstaltungen lassen sich solche seitens der Landvolkredner belegen. Angesichts der vielen Äußerungen kann davon ausgegangen werden, dass im Landvolk eine große Verbreitung antisemitischen Gedankenguts zu finden war. Dieser basierte größtenteils auf Vorurteilen aus dem neunzehnten Jahrhundert, die die Landbevölkerung über die vaterländischen Verbände, die Deutschnationale Volkspartei und vor allem den konservativen Landbund erreicht hatten. Ob im wirtschaftlichen, politischen, kulturellen oder völkisch-rassistischen Kontext, immer waren es nun wieder „die Juden“ oder „der jüdische Geist“, die angeblich die Landwirtschaft systematisch zu zerstören versuchten, und zwar mit dem Ziel, das deutsche Volk zu versklaven. Der Antisemitismus diente vor allem als leicht verständliche Erklärung der komplexen Zustände, die zur landwirtschaftlichen Not geführt hatten, sowie für alle wahrhaftigen und auch vermeintlichen Probleme, die Deutschland heimsuchten.

Verfehlte Reaktionen des Regierungspräsidenten

Der Handlungsspielraum der Behörden war gering, denn diese hatten für die Einhaltung der Gesetze zu sorgen und mussten die unrealistisch hohen Erwartungen der Landwirtschaft an eine Staatshilfe enttäuschen. Letztlich konnten behördliche Maßnahmen die Bewegung zwar durch Verwarnungen, Verbote der Zeitung, Festnahmen und Gerichtsprozesse schwächen, ihr aber keinen Einhalt gebieten. Im Gegenteil reagierten viele Bauern mit Entrüstung und die Kluft zwischen Behörden und Landwirtschaft erweiterte sich, auch weil Regierungspräsident Waldemar

Abegg nur wenig im Sinne der Landwirtschaft handelte und nie das Vertrauen der Bauern seiner Provinz gewinnen konnte. Ob in Verkennung der tatsächlichen Not der Bauern oder diese sogar ignorierend, bestätigte er den Vorwurf der Landvolkfürher noch über sein demonstratives Unverständnis für die Landwirtschaft. Sein unbeholfenes und sogar unehrliches Handeln, zum Beispiel das Verschweigen von Details bei Untersuchungen und Klarstellungen oder durch seine Versuche, Beweise bei Gerichtsverfahren zurückzuhalten, beschädigte das Ansehen der Provinzialverwaltung und machte diese gegenüber dem Landvolk unglaubwürdig.

Rivalität und Kooperation

Innerhalb der Landvolkbewegung wurde häufiger der Wunsch nach einer „Volksgemeinschaft“ laut. Doch da ihr ein Konzept fehlte und auch ansonsten unklar blieb, was sie selbst zur Verbesserung der Lage beitragen könnte, mehrten sich die Zweifel am Sinn ihrer eigenen Aktivitäten. Zudem lehnten ihre Anhänger mehrheitlich die Bombenanschläge als gewaltsam und wirkungslos ab. Hinzu kamen finanzielle Schwierigkeiten, sei es bei der Zeitung, durch anwachsende Prozesskosten und Gerüchte von unterschlagenen Geldern bei gleichzeitigem Rückgang der Spenden. Der langsame Niedergang – äußerlich sichtbar durch das Sinken der Versammlungszahlen – wurde durch die Inhaftierung vieler Führer, die Verbote der Zeitung sowie interne Konflikte verschärft. Zudem hatten sich seit Anfang 1930 die zwei konkurrierenden Land- und Bauernbünde vereinigt, und mit der NSDAP war eine Partei immer aktiver geworden, die schließlich ab Herbst 1931 die Protestaktionen bei Pfändungen und Zwangsversteigerungen übernahm. Die Fortschritte der Partei beruhten auf dem systematischen Ausbau der Ortsgruppen in Dithmarschen und der wachsenden Verankerung im ländlichen Milieu, was sich an ihren Erfolgen bei der Provinzial-Landtagswahl vom 17. November 1929 zeigen sollte. Die NSDAP löste damit die Landvolkbewegung in deren ehemaligen Kerngebieten als treibende politische Kraft ab und gewann deren Anhänger für sich. Sie versuchte sogar noch im Sommer 1930 die große Popularität Claus Heims zu nutzen, und bot ihm eine Reichstagskandidatur an. Heims Ablehnung verärgerte den Gauleiter Lohse zwar, doch profitierte die Partei in der Folgezeit auch ohne Heim von den Stimmen der ländlichen Bevölkerung. Konkurrenz von bäuerlichen Interessenparteien oder der DNVP brauchte sie danach nicht mehr zu fürchten und stieg in den Dörfern zur alle anderen dominierenden Volkspartei auf.

Instrumentalisierung der Landvolkbewegung durch die NSDAP

In Schleswig-Holstein konnte die NSDAP auf das der Landvolkbewegung vertraute antisemitische, antikapitalistische und antidemokratische Gedankengut aufbauen, als sie 1929/30 von der Westküste aus weiter expandierte. Sie machte sich die Themen des Landvolks zu eigen, nutzte raffiniert die Aktionen der Protestbewegung, um Zuhörer für ihre eigenen Versammlungen anzulocken, und schrieb sich die Erfolge

der Bauernbewegung selbst zu. Die Landvolkfürer hätten eine Kooperation mit der NSDAP begrüßt, aber die Parteileitung sah in der Landvolkbewegung nur eine Rivalin, und Gauleiter Lohse befürchtete, dass eine Assoziation mit den illegalen Aktionen des Landvolks dem Image der Partei schaden und den Behörden einen Vorwand liefern könnte, die Partei zu verbieten. Dementsprechend war Parteimitgliedern die Teilnahme an der Landvolkbewegung verboten, und bei Zuwiderhandlung drohte ihnen der Parteiausschluss. Die NSDAP lehnte offiziell die Bombenanschläge ab, hielt vorgeblich Distanz zu den illegalen Methoden des Landvolks und äußerte gleichzeitig Verständnis für die Motive der Bombenattentäter. Damit bot sie sich den Landvolkanhängern als eine vielversprechende Alternative an und konnte durch eine straffe Organisation, einen pragmatischen Ansatz und die Behauptung, alle Klassen und Berufe zu vertreten, Wähler gewinnen. Da sie nach dem Wahlerfolg von 1930 zudem ihren Einfluss auf dem Land durch die Infiltration der landwirtschaftlichen Organisationen ausbauen konnte, dominierte sie diese bald. Die Überbleibsel der Landvolkbewegung dagegen waren schon 1932 fast bedeutungslos geworden.



Quelle: Sammlung Dohnke.

Wilhelm Hamkens,
Bauer aus Tetenbüll

Das Ende der Landvolkbewegung

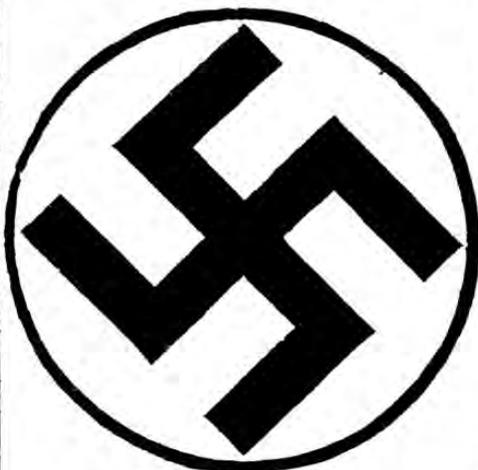
Die beiden exponiertesten Anführer der Landvolkbewegung, Hamkens und Heim, versuchten diese zwar noch bis Herbst 1933 organisatorisch am Leben zu halten, doch die Nationalsozialisten unterbanden konsequent alle diese Wiederbelebungsversuche. Am Ende wurde Heims neue Zeitung, die *Dusendüwelswarf*, wegen kritischer Kommentare noch im September des Jahres 1933 aufgrund der rigiden Zensurgesetze verboten.

Insgesamt traten die Anführer und Vertrauensmänner des Landvolks der NSDAP – wenn überhaupt – nur zögerlich bei, denn sie hatten sich größere Eigenständigkeit auf Gemeindeebene in Form einer gestärkten Selbstverwaltung gewünscht und wollten im Gegensatz zur NSDAP eine lose Organisationsform aufrechterhalten.

Inhaltlich kann aber von einer Opposition der Landvolkbewegung gegen die NSDAP dennoch nicht gesprochen werden. Das Ziel des Landvolks, ein autoritäres System anstelle der Weimarer Republik zu etablieren, erfüllten die Nationalsozialisten nämlich einwandfrei.

Wahlen in Schleswig-Holstein und der Aufstieg NSDAP

Wählt Hitler



Liste 9

Achtung! Ortsgruppen!

Neben den auf der Ganztagung verteilten Schriftplakaten wird von unserem Verlag auch ein sehr wirkungsvolles

farbiges Plakat

nach nebenstehender Skizze herausgebracht. Das sehr große Plakat wird auf rotem Grunde mit einem weißen Felde und dem schwarzen Hakenkreuz eine besondere Wirkung haben. Es eignet sich für alle Propagandazwecke in den Straßen, zum Beflecken von Hauswänden, Treibzweigen usw. sowie für Dekorationszwecke in Versammlungsräumen. Das gleiche Plakat erscheint auch als Plakatzeitschrift in einer Größe von 16x22 cm.

Die Preise betragen:

für Plakate (48x64 cm groß)					
10 Stk.	25 Stk.	50 Stk.	100 Stk.	200 Stk.	500 Stk.
RM 1.50	RM 3.-	RM 5.-	RM 8.-	RM 16.-	RM 22.-
für Plakatzeitschrift (16x22 cm groß)					
100 Stk.	250 Stk.	500 Stk.	1000 Stk.	2000 Stk.	
RM 2.50	RM 5.-	RM 8.-	RM 16.-	RM 27.-	
		3000 Stk.	5000 Stk.		
		RM 36.-	RM 50.-		

Der Versand erfolgt nur gegen Nachnahme. Porto wird extra berechnet.

„Schleswig-Holsteinische Tageszeitung“.

Bestellschein.

Senden Sie uns zu den in der „Tageszeitung“ benannten Preisen per Nachnahme:

_____ Stk. farbige Plakate (48x64 cm groß)

_____ Stk. farbige Plakatzeitschrift (16x22 cm groß)

_____ den _____ 1930

Genaue Adresse. (Deutlich schreiben).

Quelle: Schleswig-Holsteinische Tageszeitung (NSDAP), 9.8.1930.

Frank Omland

Schleswig-Holstein und die NSDAP im reichsweiten Vergleich

Der Wahlkreis 13 des Deutschen Reiches – die preußische Provinz Schleswig-Holstein und der oldenburgische Landesteil Lübeck – wird landläufig als frühe und sehr erfolgreiche Hochburg der NSDAP beschrieben. Das relativiert sich jedoch unter Einbeziehung der ersten völkisch-antisemitischen Zweckbündnisse bei den Reichstagswahlen vom Mai und Dezember 1924: So stellte der Wahlkreis weder für die Deutsch-Völkische Freiheitspartei (DVFP) – hier angetreten als Völkisch-Sozialer Block (VSB) – noch für die Nationalsozialistische Freiheitsbewegung (NSFB) reichsweit eine Hochburg dar. Im Gegenteil, man rangierte an 14. bzw. 18. Stelle der 35 Wahlkreise, und Mecklenburg, Franken, Oberbayern-Schwaben, Thüringen und Merseburg (Mai 1924) bzw. Mecklenburg, Franken, Ostpreußen, Thüringen und Weser-Ems (Dezember 1924) führten die Rangliste an. Während reichsweit die Hochburgen der DVFP im Kern in Agrarregionen lagen, war die Partei in Schleswig-Holstein insbesondere in den Kleinstädten mit 5.000 bis 10.000 Einwohnern erfolgreich und sprach vor allem die Antisemiten unter der örtlichen Honoratiorenschaft an. Für die faktisch nur von einem Teil der Anhängerschaft der verbotenen NSDAP unterstützte NSFB galt im Dezember ähnliches, wenn auch auf niedrigerem Niveau.

Mit der Reichstagswahl 1928 verschob sich die regionale Verteilung der Hochburgen der NSDAP zunehmend von Süden nach Norden bzw. Nordosten. Hier wählte 1933 fast die Hälfte der Wahlberechtigten die NSDAP, und insbesondere die Kleinstädte in den ländlich-agrarisch geprägten Regionen mit evangelischer Bevölkerungsmehrheit traten hier hervor. Zu Beginn dieser Entwicklung erreichte die NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928 auf Wahlkreis-Ebene mit 3,0 Prozent der Stimmen der Wahlberechtigten (Deutsches Reich: 2,0 %) Rang 7 von 35 Wahlkreisen. Doch dort, wo die Partei besonders intensive Propaganda betrieb – in den Landkreisen und dörflichen Gemeinden Dithmarschens – deutete sich mit knapp 12 Prozent der Wahlberechtigten schon das Potenzial der Partei bei den nachfolgenden Wahlen an. Die nächste Etappe stellten die preußischen Provinzial-Landtagswahlen im November 1929 dar, wo die NSDAP etwa 7 Prozent der Wahlberechtigten für sich gewinnen konnte, was das beste Ergebnis aller Provinzen im größten Land des Reiches darstellte. Bis 1933 sollte die schleswig-holsteinische NSDAP bei allen folgenden Wahlen diese führende Position beibehalten. Die Partei gewann hier jeweils auf deutlich höherem Niveau als im Land und Reich die Wahlen. Erst bei der Reichstagswahl vom 5. März 1933 musste sie sich nach Frankfurt/Oder, Pommern, Liegnitz, Osthannover und Ostpreußen mit Platz 6 aller Wahlkreise begnügen.

Für die Wähler selbst war es offenkundig, dass die NSDAP in Schleswig-Holstein nach dem bei Wahlen üblichen Maßstab „in Prozent der gültigen Stimmen“ schon im Juli 1932 mit 51,0 Prozent die absolute Mehrheit erringen konnte und damit reichsweit der einzige Wahlkreis blieb, in dem ihr dies gelang.

Schleswig-Holstein 1919-1933											
(in Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen / in Prozent der Wahlberechtigten)											
	NV	RTW									
	19.01.1919	20.02.1921	04.05.1924	07.12.1924	20.05.1928	14.09.1930	31.07.1932	06.11.1932	05.03.1933		
Wahlberechtigte	1.068.500?	934.444	989.586	1.007.753	1.041.236	1.088.285	1.141.392	1.124.451	1.133.150		
Wahlbeteiligung	75-76?	78,0	77,2	77,3	76,9	82,6	87,7	84,9	89,5		
ungültige Stimmen	AS WB										
gültige Stimmen	0,4 0,3?	5,3 4,1	1,8 1,4	1,6 1,2	1,5 1,1	0,8 0,7	0,8 0,7	1,0 0,8	1,0 0,9		
Nichtwähler	99,6 75,6?	94,7 73,9	98,2 75,9	98,4 76,1	98,5 75,8	99,2 81,9	99,2 87,0	99,0 84,1	99,0 88,7		
	24,4?	22,0	22,8	22,7	23,1	17,4	12,3	15,1	10,5		
NSDAP	GS WB										
	0,0 0,0	0,0 0,0	7,4 5,6	2,7 2,0	4,0 3,1	27,0 22,1	51,0 44,3	45,7 38,4	53,1 47,1		
DNVP	7,7 5,8	20,5 15,1	31,0 23,5	33,0 25,1	23,0 17,4	6,1 5,0	6,5 5,7	10,3 8,6	10,1 9,0		
DVP	7,8 5,9	18,4 13,6	12,1 9,2	14,6 11,1	13,7 10,4	7,2 5,9	1,4 1,2	2,1 1,8	1,3 1,2		
Zentrum	1,0 0,8	0,8 0,6	1,0 0,8	1,1 0,8	1,1 0,8	1,0 0,8	1,2 1,1	1,0 0,9	1,0 0,9		
DDP /DStP	27,2 20,6	9,4 7,0	8,1 6,1	8,7 6,6	5,7 4,3	4,7 3,9	1,4 1,2	1,2 1,0	0,8 0,7		
SPD	45,8 34,7	37,3 27,6	24,9 18,9	30,3 23,1	35,3 26,8	29,8 24,4	26,2 22,7	24,7 20,8	22,1 19,6		
KPD	0,0 0,0	6,1 4,5	10,3 7,8	6,7 5,1	7,9 6,0	10,6 8,7	10,7 9,3	13,3 11,1	10,7 9,5		
USPD	3,4 2,6	3,0 2,2	1,1 0,8	0,5 0,3	0,0 0,0	0,1 0,1	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0		
SHBLD / SHLP	7,2 5,4	3,8 2,8	0,8 0,6	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0		
Schleswigscher Verein	0,0 0,0	0,7 0,5	1,0 0,8	0,7 0,5	0,3 0,2	0,2 0,2	0,2 0,1	0,2 0,2	0,0 0,0		
Andere Parteien	0,0 0,0	0,0 0,0	2,5 1,9	1,7 1,3	9,0 6,9	13,2 10,8	1,4 1,2	1,5 1,3	0,8 0,7		

Lesehilfe: Bei der Reichstagswahl am 14. 9.1930 gaben 1,1 % der Wahlberechtigten einen ungültigen Stimmzettel ab, 17, 4 % gingen nicht zur Wahl und 81,9 % gaben einen gültigen Stimmzettel ab. Von diesen stimmten knapp 22 % für die NSDAP, 5 % für die DNVP und 24 für SPD sowie knapp 9 % für die KPD. Alle anderen Parteien erhielten die übrigen zehn % der Stimmen. In abgegebenen gültigen Stimmen kam die NSDAP auf 27 %, die DNVP auf 6,1 %, die SPD auf 29,8 % und die KPD auf 10,6 %.

Wahlberechtigte schließt also sowohl die Anzahl derjenigen ein, die nicht gewählt haben, als auch diejenigen, die einen ungültigen Stimmzettel abgaben. Abkürzungen: NV = Nationalversammlung, RTW = Reichstagswahl, AS = Abgegebene Stimmen, GS = gültige Stimmen, WB = Wahlberechtigte. SHBLD / SHLP = Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemokratie / Schleswig-Holsteinische Landespartei.

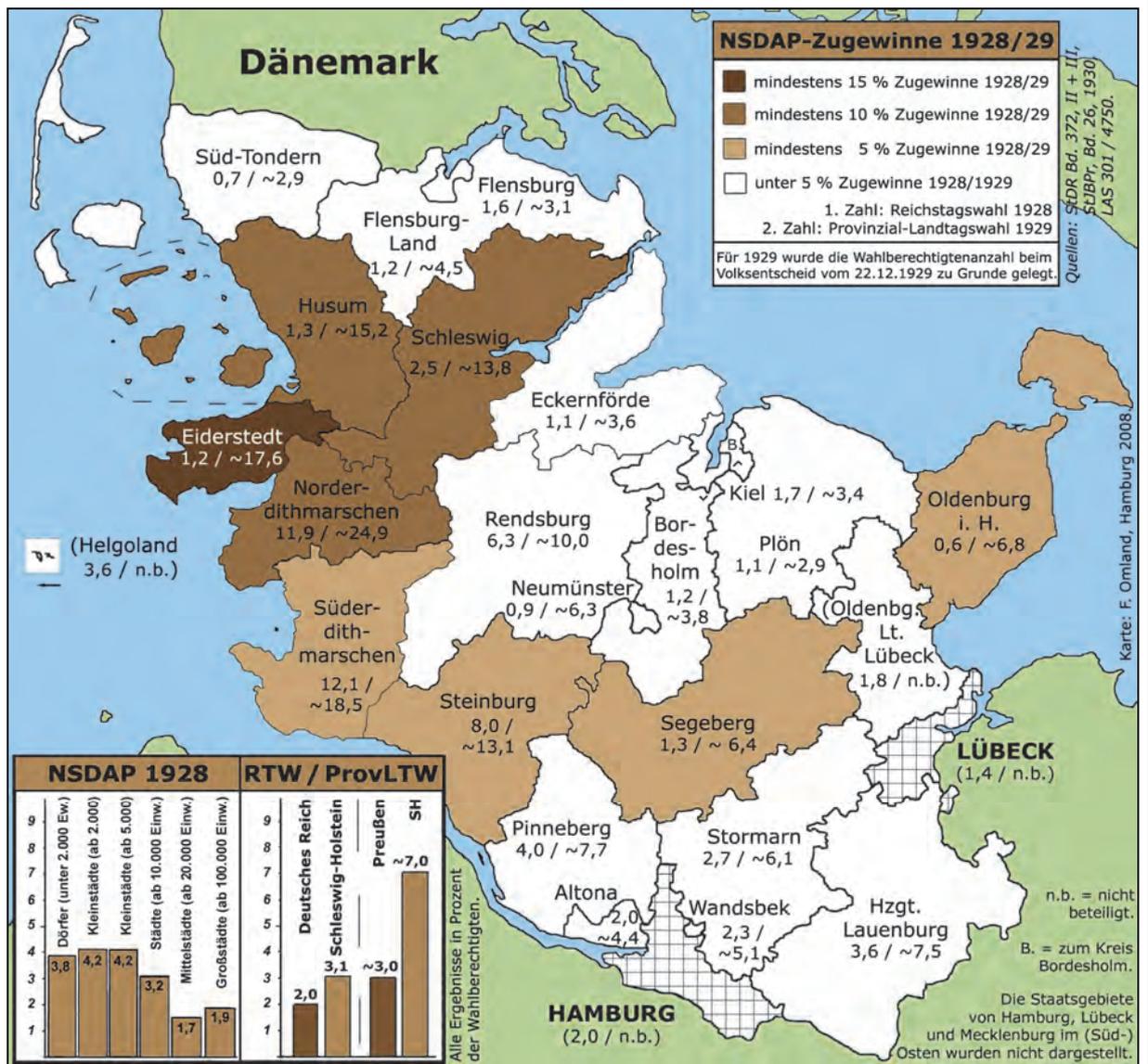
Zentrale Aspekte des Aufstiegs der NSDAP in Schleswig-Holstein

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Aufstieg der NSDAP von der völkisch-antisemitischen Splitterpartei zur „Volkspartei des Protests“ (Falter) sich in Schleswig-Holstein vor dem Hintergrund von antisemitischen Positionen der DNVP, der antisozialistischen Positionen der liberalen bürgerlichen Parteien (DDP, DVP), der wirtschaftlichen Krisenlagen ab 1927/28 (Werften, Landwirtschaft), der antimodernistischen bäuerlichen Regionalparteien, des Einflusses der Nationalsozialisten in den bäuerlichen Berufsverbänden, der Instrumentalisierung der Proteste der Landvolkbewegung im Zuge der Krise und der „Eroberung“ des ländlichen Raumes mit Hilfe der Verankerung der NSDAP bei den dortigen Eliten (zuerst Handwerker und Pastoren, dann die Bauern) vollzog.

Die Partei führte dafür einen modernen, erfolgsorientierten Wahlkampf und bediente sich aller bekannten Propagandamitteln: Üblich waren Versammlungen mit bekannten Rednern, die Aufmärsche der SA sowie die Verteilung von Flugblättern und das Aufstellen von Wahlplakaten. Hinzu kam ab 1929 die Herausgabe der ersten eigenständigen Zeitung der Partei (*Schleswig-Holsteinische Tageszeitung*) sowie ab 1928/29 Propagandafilme, die die Ortsgruppen in ihren Regionen vorführen konnten. Beginnend mit dem Reichspräsidentenwahlkampf 1932 nutzte die Partei die moderne Verkehrstechnik: die so genannten „Deutschlandflüge“ Hitlers führten dazu, dass dieser an mehreren Orten pro Tag Auftritte absolvierte und ihm die Aufmerksamkeit vor Ort medienwirksam gewiss sein konnte.

Zudem baute die Partei ab 1928 professionell den eigenen Parteiapparat aus und konnte verstärkt auf bezahlte Funktionäre zurückgreifen. Das erleichterte ihr die Wahlkämpfe, denn an die Stelle von Rednern, die zusätzlich zu ihrer Erwerbsarbeit abends bei Versammlungen auftraten, konnten sich einige von ihnen jetzt ganztags hauptamtlich der Partei widmen. Hinzu kam ein Führungspersonal, das mit dem deutschlandweit bekannten Reichstagskandidaten Ernst Graf zu Reventlow und dem umtriebigen und mit dem bäuerlichen Milieu vertrauten Gauleiter Hinrich Lohse in Schleswig-Holstein Wähler gewinnen konnte. Im ländlichen Raum griff sie auf Plattdeutsch als Agitationssprache zurück und instrumentalisierte den bäuerlichen Protest für die eigenen Zwecke. Sie schaffte es, sich in den Dörfern und Gemeinden zu verankern, und diese ländliche Milieunähe beförderte ebenso ihre Wahlerfolge. Dabei war sowohl die bewusste Konzentration auf bestimmte ländliche Regionen bei Wahlkämpfen durch Versammlungen und Aufmärsche erfolgreich wie auch die frühzeitige Unterstützung durch bestimmte Kleinverleger und deren Regionalblätter. Die auflagenstarke Generalanzeigerpresse in Kiel und Lübeck schwenkte erst im Zuge der großen Wahlsiege der NSDAP 1932 zu deren Gunsten um. Diese Verleger strebten nach einem Bündnis von Deutschnationaler Volkspartei (DNVP) und NSDAP von dem sie sich eine reaktionäre, konservative Reichspolitik und Ausschluss der Sozialdemokraten erhofften.

Karte 7: Die „Eroberung“ des ländlichen Raums:
die Stimmenzugewinne der NSDAP in Schleswig-Holstein 1928/1929



Lesehilfe:

Im Kreis Süderdithmarschen erreichte die NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928 insgesamt 12,1 Prozent der Wahlberechtigten. Bei der Provinziallandtagswahl 1929 erreichte sie schätzungsweise 18,5 Prozent der Wahlberechtigten. Dies entsprach einem Zugewinn von über sechs Prozent.

Der Hintergrund der Stimmengewinne der NSDAP

Die Gauleitung der NSDAP Schleswig-Holsteins vollzog im Sommer 1926 einen entscheidenden Strategiewechsel. Anstatt sich wie bisher auf die Agitation unter der Arbeiterschaft in den größeren Städten zu konzentrieren, wandte man sich bewusst und verstärkt den ländlichen Milieus zu. Die Partei gab die Propaganda in den Städten zwar nicht auf, doch konzentrierte sie ihre personellen und propagandistischen Ressourcen auf ausgewählte ländliche Gebiete, zuerst in Dithmarschen, anschließend in den anliegenden Kreisgebieten. Die bewusste Hinwendung zur dortigen Bevölkerung, der Versuch, die dörflichen Milieus zu durchdringen, die Schwerpunktsetzung im Ausbau der Ortsgruppen und gezielte größere Propagandaveranstaltungen sollten sich in der Folgezeit bei Wahlen als Erfolgsgeschichte erweisen.

Nicht zu unterschätzen ist die verbale und körperliche Radikalität der Parteiverbände, denn diese ließ die NSDAP und die SA gerade für junge Männer attraktiv erscheinen. Letzteren ging es darum, als Mitglieder der SA den „Kampf um die Straße“ gegen die KPD und SPD auszufechten und durch aggressive und gewaltprovokierende Aufmärsche die Viertel der Arbeiterparteien fast wörtlich zu erobern. Und nicht zuletzt profitierte die NSDAP von ihrer Nicht-Beteiligung an Koalitionen auf Reichsebene: Sie musste ihre Wahlkampfpropaganda nicht an ihrem möglichen Verhalten in einer Reichsregierung messen lassen. Die Auftritte ihrer Abgeordneten im Reichstag und dem preußischen Landtag zeigen dies: die NSDAP stellte wiederkehrend Forderungen, die sich an der Realität nicht messen lassen brauchten und in der Realität nicht hätten umgesetzt werden können.

In Schleswig-Holstein stieg die NSDAP mit diesen Methoden von 1928 bis 1933 zur Volkspartei auf und von der großen Mehrheit der Bevölkerung gewählt.

Wahlstatistische Ergebnisse

Aufgrund der bisherigen Ergebnisse der modernen statistischen Wahlforschung und dem derzeitigen Kenntnisstand zu den Wahlkämpfen und zur Landesgeschichte ist davon auszugehen, dass die NSDAP in Schleswig-Holstein statistisch ihren Aufstieg bei Wahlen folgenden Faktoren verdankte:

1.) Die NSDAP konnte an vorhandene völkische bzw. antisemitische Einstellungen und Haltungen in der Wählerschaft anknüpfen.

Die Partei beerbte nicht nur die Hochburgen der ersten bürgerlichen Sammlungspartei auf dem flachen Land, der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), die bereits früh diffuse antimodernistische und antijüdische Haltungen aus dem Landvolk vertreten hatte. Vielmehr konnte sie auch in den Hochburgen der Schleswig-Holsteinischen Landespartei, die sich ab 1920/21 ausdrücklich antisemitisch positioniert hatte, große Erfolge verbuchen.

2.) Die NSDAP knüpfte an die antidemokratischen Haltungen und Weltbilder eines Teils der bürgerlichen Wählerschaft an.

Ab 1921 dominierte in Schleswig-Holstein bei Wahlen die DNVP mit ihren konservativen, reaktionären und antidemokratischen Positionen die überwiegende Mehrzahl der Gemeinden, insbesondere auf dem Land. Dagegen waren die liberal-demokratischen Positionen der DDP weitestgehend in eine Minderheitsrolle gedrängt worden. Beides wird als Beleg für Haltungen innerhalb des bürgerlich-liberalen Wählerlagers angesehen, die einen Aufstieg der NSDAP befördert haben.

3.) Die NSDAP vollzog einen Strategiewechsel in ihrer Hauptzielgruppenorientierung: „Zuerst die Dörfer, dann die Städte“

Die schleswig-holsteinische NSDAP vollzog früher als andere Gaue der Partei einen entscheidenden Strategiewechsel. Anstelle des (scheiternden) Versuches, die städtische Arbeiterschaft für sich zu gewinnen, gab Gauleiter Lohse den Auf- und Ausbau von Ortsgruppen in bestimmten ländlichen Räumen (Dithmarschen und anliegende Kreisgebiete) und die gezielte Durchdringung der dortigen Milieus vor. Die Partei verdankte ihre späteren überdurchschnittlichen Erfolge in Schleswig-Holstein ihren so ausgebauten Hochburgen von 1928. Hier konnte sie auf immer höherem Niveau Wahlsiege für sich verbuchen, die schließlich im März 1933 auf 70 bis 93 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen anstiegen.

4.) Die NSDAP profitierte als „Anti-System-Partei“ von dem regional unterschiedlichen Wahlverhalten, d.h. städtischen Wechselwählern und rückwärtsgewandten ländlichen Wählern.

Das städtische und ländliche Wahlverhalten unterschied sich in der Regel dadurch voneinander, dass ländliche Wähler ihren Entscheidungen für bestimmte Parteien länger treu blieben und weniger zu einem lagerübergreifenden Wechsel neigten als städtische Wähler. Im Kern blieben die Wähler in der Dorfgemeinschaft antimodernen, antiparlamentarischen und antidemokratischen Vorstellungen verhaftet und konnten nur von Parteien angesprochen werden, die einen entsprechenden Kurs einschlugen. An diese Haltungen knüpfte die NSDAP an und konnte sich als „Anti-System-Partei“ erfolgreich gegen alle anderen Konkurrenten durchsetzen und auch deshalb im dörflichen und ländlichen Milieu eine Monopolstellung erringen.

5.) Das bürgerliche Wählerlager löste sich seit 1924 auf, wovon die NSDAP profitierte.

Der Prozess der Auflösung des bürgerlichen Wählerlagers erfasste zuerst die DDP und zeitversetzt die DVP, die bis 1930 gerade einmal ein Drittel bis ein Viertel ihrer Wähler halten konnte, um sich danach zugunsten der NSDAP aufzulösen. Der DNVP gelang es 1928 letztmalig – zumindest im ländlichen Raum –, noch knapp die Hälfte ihrer Wähler von der vorhergehenden Wahl an sich zu binden, doch verlor sie danach rapide an die NSDAP und konnte sich davon auch 1933 weder erholen noch wieder zur ernsthaften Konkurrenz der Nationalsozialisten in Schleswig-Holstein werden.

6.) Die NSDAP profitierte von den enttäuschten Hoffnungen der (bürgerlichen) Wähler, die sich im Sinne einer Kosten-Nutzen-Rechnung der jeweils „neuen“ Partei zuwandten, von der sie sich den größten persönlichen Vorteil versprachen.

Der NSDAP gelang es von allen Parteien am effektivsten, solche Wähler anzusprechen, die keine größere Bindung an eine bestimmte Partei besaßen. So konnten zwar 1928 und 1930 Interessenparteien wie die Reichspartei des Deutschen Mittelstands (Wirtschaftspartei) und die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei in einzelnen Gemeinden kurzfristig beachtliche Wahlerfolge erringen, wobei sie auf eine Mischung aus Protest und Verfolgung von Partikularinteressen setzten. Doch wechselten die Wähler angesichts der reichsweiten Erfolglosigkeit dieser Parteien zur radikaleren Konkurrenz der NSDAP über, von der sie sich die Lösung ihrer eigenen spezifischen Problemlagen und die Durchsetzung ihrer Interessen erhofften.

7.) Die NSDAP profitierte auch von städtischen (nationalistischen) Wechselwählern der SPD.

Den beiden Arbeiterparteien (SPD, KPD) gelang es deutlich besser als den bürgerlichen Parteien, ihre eigene Anhängerschaft von einer Wahl zur nächsten an sich zu binden, wobei sich die sozialdemokratische Wählerschaft nach 1928 zugunsten der KPD radikalisierte und deren Erfolge auf Verlusten der SPD und der Mobilisierung der Nichtwähler basierten. Ein Teil der städtischen sozialdemokratischen Wählerschaft war hingegen – aus einer nationalistischen Haltung heraus? – bereit, ins gegnerische Lager zu wechseln: zuerst zur DNVP, wo eine solche Wechselstimmung auf Gegenseitigkeit beruhte, später auch zur NSDAP.

8.) Die NSDAP entwickelte die Fähigkeit, alle sozialen Schichten anzusprechen.

In Schleswig-Holstein verdankte die NSDAP ihren Wahlsieg im März 1933 den Selbstständigen und der sogenannten Mantelbevölkerung (Hausfrauen, Rentner, mithelfende Familienangehörige). Während die hohe Erwerbslosigkeit ihren Gegnern zugute kam, bildete die NS-Anhängerschaft bei den Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft – insbesondere den mithelfenden Familienangehörigen und den Selbstständigen (zumeist Gewerbetreibende und Bauern) – eine stabile Basis ihrer Hochburgen. Lediglich in der (erwerbslosen) Arbeiterschaft konnte die NSDAP nicht die meisten Wählerstimmen für sich gewinnen. Bei den Arbeitern (26 % der Wahlberechtigten für die NSDAP) und den erwerbslosen Arbeitern (30 %) lagen die SPD (37 % / 22 %) bzw. KPD (16 % / 32 %) noch vor den Nationalsozialisten.

9.) Die NSDAP war auch in Schleswig-Holstein die erste „Volkspartei“.

Der wichtigste Unterschied zwischen der NSDAP und allen anderen Parteien bestand darin, dass letztere faktisch nie über den Status von Klientelparteien hinauskamen, während es der NSDAP gelang, alle sozialen Schichten und Milieus – wenn auch unterschiedlich erfolgreich – anzusprechen und zur einzigen „Volkspartei“ der Weimarer Republik zu werden; einer „Volkspartei des Protests“ (Jürgen W. Falter).

Hitlers Wähler – Das Beispiel Dithmarschen

Der Aufstieg der NSDAP in Dithmarschen 1924-1933 aus Sicht der historischen Wahlforschung



Hedder Anzeiger, 1.8.1932. Rubrik: Bunte Chronik vom Tage. (Ort wahrscheinlich Berlin).

Frank Omland

Einführung

In den beiden Dithmarscher Landkreisen vollzog sich während der Weimarer Republik der Aufstieg der NSDAP früher und stärker als in anderen Regionen Schleswig-Holsteins und des Deutschen Reiches. Die bisherige Forschung hat dafür nur zum Teil Erklärungen liefern können. Deshalb sollen hier neuere Erkenntnisse der historischen Wahlforschung thesenartig dargestellt werden, d.h. mit Hinblick auf die Wählerwanderungen, die Wählerherkunft sowie die Hochburgen der politischen Parteien.

Zur wahlstatistischen Überlieferung

In der Weimarer Republik wurden die Wahlberechtigten zwischen 1919 und 1933 knapp 30mal an die Urnen gerufen: zu Reichstags-, Landtags-, Provinziallandtags-, Kreistags- und Kommunalwahlen sowie zu Reichspräsidentenwahlen und Volksentscheiden. Leider sind nur auf der Ebene der Kirchspiellandgemeinden und der größeren Orte die Ergebnisse von knapp 20 Gebietseinheiten gut dokumentiert. Dagegen fehlen uns auf der Ebene der 160 bis 170 Gemeinden und Dörfer häufig Wahlergebnisse und Daten über die Anzahl der Nichtwähler.

Das Parteienspektrum

Die Parteien in der Weimarer Republik knüpften an Einstellungen und Grundhaltungen von Wählerschaften und Parteien aus dem Kaiserreich an. Die beiden liberalen Lager gründeten sich als „Deutsche Demokratische Partei“ (DDP) und als „Deutsche Volkspartei“ (DVP) wieder, und die nationalistischen, konservativen beziehungsweise antisemitischen Kräfte vereinigten sich in der „Deutschnationalen Volkspartei“ (DNVP). Die Spaltung der politischen Arbeiterbewegung in Mehrheitssozialdemokraten (MSPD), die Minderheit der Unabhängigen (USPD) und den Spartakusbund, welcher in der Folge in die Gründung der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) mündete. Hinzu kamen Interessenparteien, in Schleswig-Holstein etwa die Landespartei (SHBLD / SHLP) und die NSDAP sowie deren völkisch-antisemitische Vorläufer. Eine weitere Gruppe stellten die Nichtwähler und Jungwähler dar, deren Mobilisierung mitunter wahlentscheidend sein sollte.

Schätzungen zu den Wählerwanderungen

Die Angaben zu den Wählerwanderungen basieren auf dem Logit-Modell von Sören R. Thomsen. Auf Grundlage eines multivariablen wahlstatistischen Programms berechnet es Schätzungen zu den Übergangswahrscheinlichkeiten der Wählerschaften zwischen den Parteien unter Verwendung der Referenzkategorie der Nichtwähler, die die Bezugsgröße der Berechnungen abgeben.

Angaben in Prozent der Wahlberechtigten berücksichtigen die Wahlenthaltung. Wo diese Zahlen fehlen, wird auf Angaben in Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen zurückgegriffen, (wobei solche Daten nicht in den Wählerwanderungen berücksichtigt werden können).

Zusammenfassung und Thesen zum Forschungsstand

Der folgende thesenartige Zwischenbericht basiert zum einen auf der Auswertung aller bisher zur Verfügung stehenden Wahlergebnissen und zum anderen auf Wählerwanderungsanalysen nach dem oben genannten Logit-Modell.

1. Zum Übergang der bürgerlichen Wählerschaften vom Kaiserreich in die Weimarer Republik lassen sich weder territorial noch wahlstatistisch valide Aussagen treffen.

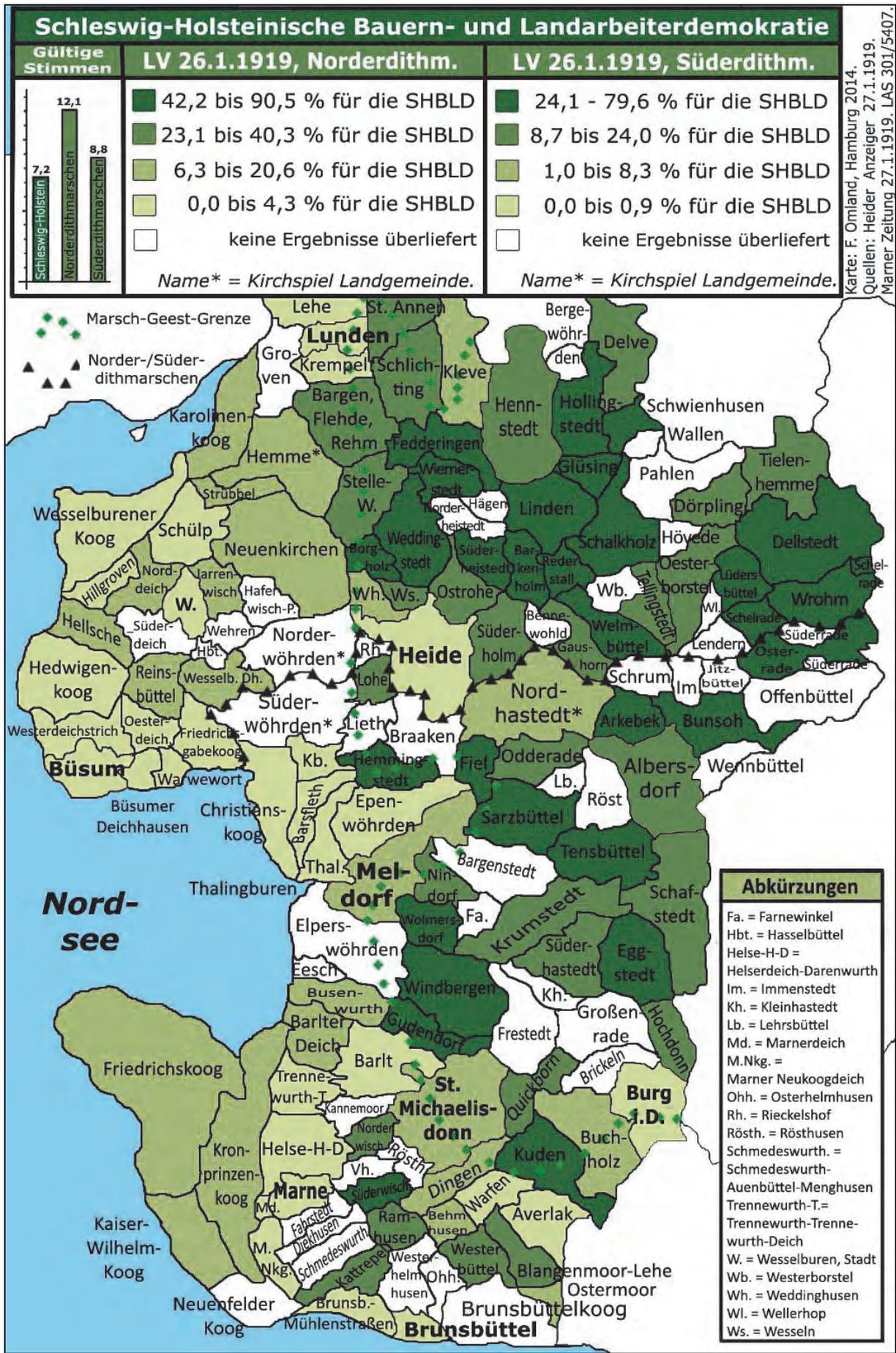
Aufgrund der vielen Änderungen im Wahlrecht ist ein direkter Vergleich zum Kaiserreich methodisch fragwürdig, und Analysen der Ergebnisse aus Süderdithmarschen zeigen, dass auch territoriale Vergleiche an ihre Grenzen stoßen: So ergibt eine Gegenüberstellung der Ergebnisse der letzten kaiserzeitlichen Wahl vom 12. Januar 1912 mit denen zur nächsten flächendeckend überlieferten demokratischen Wahl (Preußische Landesversammlung 26.1.1919) keine qualitativen oder quantitativen Erkenntnisse. Es lassen sich keine statistischen oder territorialen Zusammenhänge zwischen bestimmten bürgerlichen Hochburgen von 1912 und denen der Parteien 1919 feststellen. Die in der Forschung immer wieder geäußerten Vermutungen zu den Kontinuitäten und Verschiebungen im bürgerlichen Wählerlager sind somit wahlstatistisch für Dithmarschen bisher nicht belegbar.

2. Es gab 1919 noch kein „festes“ bürgerliches oder konservatives Parteienlager in Dithmarschen.

Die Erfolge der DDP bei den verfassungsgebenden Versammlungen 1919 im Deutschen Reich und in Preußen beruhten einerseits auf der Hoffnung auf der Gründung einer bürgerlichen Sammlungspartei, die zumindest die DVP einschließen sollte. Andererseits auf dem Fehlen einer radikaleren bürgerlichen Konkurrenz, denn die reaktionär-konservative und antisemitische DNVP war 1919 noch im Parteaufbau begriffen und mit der SHBLD gab es eine bäuerlich geprägte Konkurrenzpartei. Die Wahlerfolge der DDP sind also kein Indiz für ein festes verankertes demokratisch-liberales Wählermilieu. Zudem legen reichsweite Forschungen nahe, dass weder die DVP noch die DDP an kaiserzeitliche liberale Milieus anknüpfen konnten, sondern sich beide in die sozialdemokratischen Regionen verlagerten. Dies würde auch zu den Ergebnissen im Übergang vom Kaiserreich zur Republik passen, die oben erwähnt wurden.

3. Die Erfolge der Landespartei (SHBLD/SHLP) in Dithmarschen nahmen mindestens territorial, vermutlich auch inhaltlich, die Erfolge der NSDAP vorweg.

Für die Wahlen zur preußischen Landesversammlung am 26.1.1919 sind für Dithmarschen die Ergebnisse auf kommunaler Ebene überliefert worden. Danach war die SHBLD flächendeckend am erfolgreichsten in den Geestgebieten, in Norder- stärker als in Süderdithmarschen, während die größeren Städte und Gemeinden davon eine Ausnahme bildeten. [Vgl. Karte 2, S. 5]. Ein wichtiger Faktor für den Wahlerfolg scheint die soziale und wirtschaftliche Struktur auf der



Karte: F. Omland, Hamburg 2014.
 Quellen: Heider Anzeiger 27.1.1919.
 Marner Zeitung 27.1.1919. LAS 301/5407.

Karte 8: Wahl zur Preussischen Landesversammlung 26.1.1919, Ergebnis der Schleswig-Holsteinischen Bauern- und Landarbeiterdemokratie (hier: gültige Stimmen!)

Geest gewesen zu sein, die hier verkürzt mit relativer Armut der dortigen Bauern und Landarbeiter gleichgesetzt wird. Für keine andere Partei lassen sich in der flächenmäßigen Verteilung der Stimmen von 1919 so große Zusammenhänge zu denen der späteren Erfolge der Nationalsozialisten herstellen wie zwischen der SHBLD und der NSDAP. Die Reichstagswahl 1921 bestätigt diese Tendenzen und für Schleswig-Holstein lässt sich konstatieren: Von den 20 Hochburgen der NSDAP im März 1933 waren 14 bei der Reichstagswahl 1921 Hochburgen der SHLP gewesen.

4. Der Wahlsieg der DNVP 1921 spiegelt den Beginn ihres Aufstiegs zur kurzzeitigen „Landvolkpartei“ wider. Ihr gelang es bis 1928 am besten, die unterschiedlichen Interessen im bäuerlich und mittelständisch geprägten Dithmarschen auszutarieren.

Mit der Reichstagswahl vom 20. Februar 1921 übernahm in Schleswig-Holstein die DNVP die Meinungsführerschaft auf dem Dorf und in den ländlichen Regionen. [Vgl. Karte 14, S. 56.]. Dies gelang ihr mit einer Mischung aus – mit Antisemitismus und Nationalismus unterlegtem – Agrarlobbyismus und der Forderung nach Schutzzöllen für die Landwirtschaft. In Dithmarschen wurde die Dominanz der DNVP in einigen Geest-Gemeinden durch die SHLP und in Wesselburen, Meldorf und Marne durch die DVP in Frage gestellt. Mit Ausnahme der DDP-Hochburg Heide und der SPD-Domäne Brunsbüttel sollte von 1921 bis 1928 die DNVP die Partei des Landvolks bleiben. Als Wahlsieger profitierte die DNVP sowohl im Mai wie im Dezember 1924 von der relativen Stabilität ihrer Anhängerschaft, sehr großen Zugewinnen aus der Nichtwählerschaft sowie der Auflösung der SHLP. Dagegen verloren die Deutschnationalen 1928 jeden vierten Wähler an die NSDAP und jeden dritten ans Nichtwählerlager! Dadurch halbierte sich ihr Stimmergebnis in Dithmarschen von knapp 16.700 auf 8.500. Der genaue Zeitpunkt dieses Erosionsprozesses lässt sich wahlstatistisch nicht genauer eingrenzen.

5. Der Niedergang der DNVP von 1924 bis 1928 zugunsten der NSDAP war eine Folge ihrer (Regierungs-)Politik.

Die Deutschnationalen beteiligten sich 1925 und 1927/28 an Reichsregierungen, lehnten im Juni 1926 den Volksentscheid zur Fürstenenteignung ab und erlebten seit 1927/28 die „Eroberung“ des ländlichen Raums durch die NSDAP durch den Ausbau der Ortsgruppen. Die Forschungshypothese wäre: Die Deutschnationalen mussten sich aufgrund ihres Handelns in der Reichsregierung an ihren Taten messen lassen und konnten sich nicht mehr glaubwürdig als Anti-System-Partei und Agrarlobbyisten präsentieren. Diese Rolle übernahm verstärkt die NSDAP.

Wählerwanderungssaldo Dithmarschen:

NSDAP 1924-1933 (in Prozent der Wahlberechtigten)

	Gewinne	Gewinne / Verluste	Saldo	Gewinne / Verluste	Saldo	Gewinne / Verluste	Saldo	Gewinne / Verluste	Saldo
	1924M	1924M / 1924D	1924M / 1924D	1924D / 1928	1924D / 1928	1928 / 1930	1928 / 1930	1930 / 1933	1930 / 1933
NSDAP*		1,2**		0,1**		6,2**		27,3**	
DNVP	0,4	0,3 / 0,2	0,1	6,6/0,1	6,5	7,7/0,1	7,6	0,7/0,6	0,1
DVP	1,2	0,1 / 1,2	-1,1	0,9/0,4	0,5	1,2/0,0	1,2	0,5/0,0	0,5
DDP	0,9	0,1 / 0,8	-0,7	0,2/0,1	0,1	0,1/0,0	0,1	0,5/0,0	0,5
SPD	1,2	0,0 / 0,4	-0,4	0,0/0,2	-0,2	0,2/0,0	0,2	0,6/0,1	0,5
KPD	0,2	0,1 / 0,0	0,1	0,0/0,1	-0,1	0,8/0,1	0,7	0,4/0,4	0
Sonstige	0,3	0,2 / 0,1	0,1	0,0/0,5	-0,5	3,0/2,8	0,2	7,7/0,1	7,6
Nicht- wähler	0,9	0,5 / 1,0	-0,5	4,1/0,7	3,4	11,7/2,9	8,8	21,0/2,3	18,7
Gesamt	4,9	2,4	-2,5	12,0	9,6	30,8	18,8	58,6	27,8

*1924 Mai: Völkisch-Sozialer Block (VSB), 1924 Dezember: Nationalsozialistische Freiheitsbewegung (NSFB).
 **Haltequote, d.h. Prozent der Wahlberechtigten, die von Wahl zu Wahl der NSDAP "treu" blieben.

Lesehilfe:

Im Mai 1924 stimmten 1,2 % der Wahlberechtigten die vorher DVP gewählt hatten für die NSDAP, ebenso viele wechselten von der SPD und 0,9 % von der DDP zur NSDAP über.

Bei der Wahl 1930 stimmten 7,7 % der Wahlberechtigten, die 1928 noch die DNVP gewählt hatten für die NSDAP. Im Gegenzug verloren die Nationalsozialisten lediglich 0,1 % an die DNVP, so dass im Saldo 7,6 % Stimmengewinne für die NSDAP zu verbuchen waren.

6. Die DVFP, ein Zweckbündnis zwischen Völkischen Antisemiten und Nationalsozialisten erreichten im Mai 1924 nur unterdurchschnittliche Ergebnisse. Über die Anzahl der Antisemiten unter der Dithmarscher Wahlbevölkerung lassen sich aus diesem und nachfolgenden Ergebnissen nur vorsichtige Rückschlüsse ziehen.

Die Deutsch-Völkische Freiheitspartei (DVFP) bzw. der Völkisch-Soziale Block (VSB) profitierte im Mai 1924 gleichermaßen von ehemaligen Wählern der SPD und DVP, gefolgt von DDP und den mobilisierten Nichtwählern, während es nur minimale Wechselwähler aus der DNVP gab. Anscheinend waren die aus der DNVP ausgetretenen völkischen Antisemiten unter den Deutschnationalen in Dithmarschen entweder weniger vertreten gewesen, gingen nicht zur Wahl oder waren durch die Angebote vor Ort weitestgehend in die DNVP integriert, so dass sie keinen Nutzen in einem Wechsel sahen.

Über die Anzahl der Antisemiten in der Wahlbevölkerung lässt sich so nur spekulieren. Annäherungswerte ergeben die Wahlzeitpunkte, in denen Parteien im Wahlkampf ausdrücklicher antisemitisch auftraten: die DNVP 1919 (2.307 Stimmen), die SHLP 1921 (2.914), die DVFP im Mai 1924 (2.801) und die NSDAP 1928 (7.157). Zwar dürfte nicht jede dieser Stimmen rassistisch motiviert gewesen sein, doch sind sie durchaus ein Gradmesser für Antisemitismus in der Wahlbevölkerung Dithmarschens.

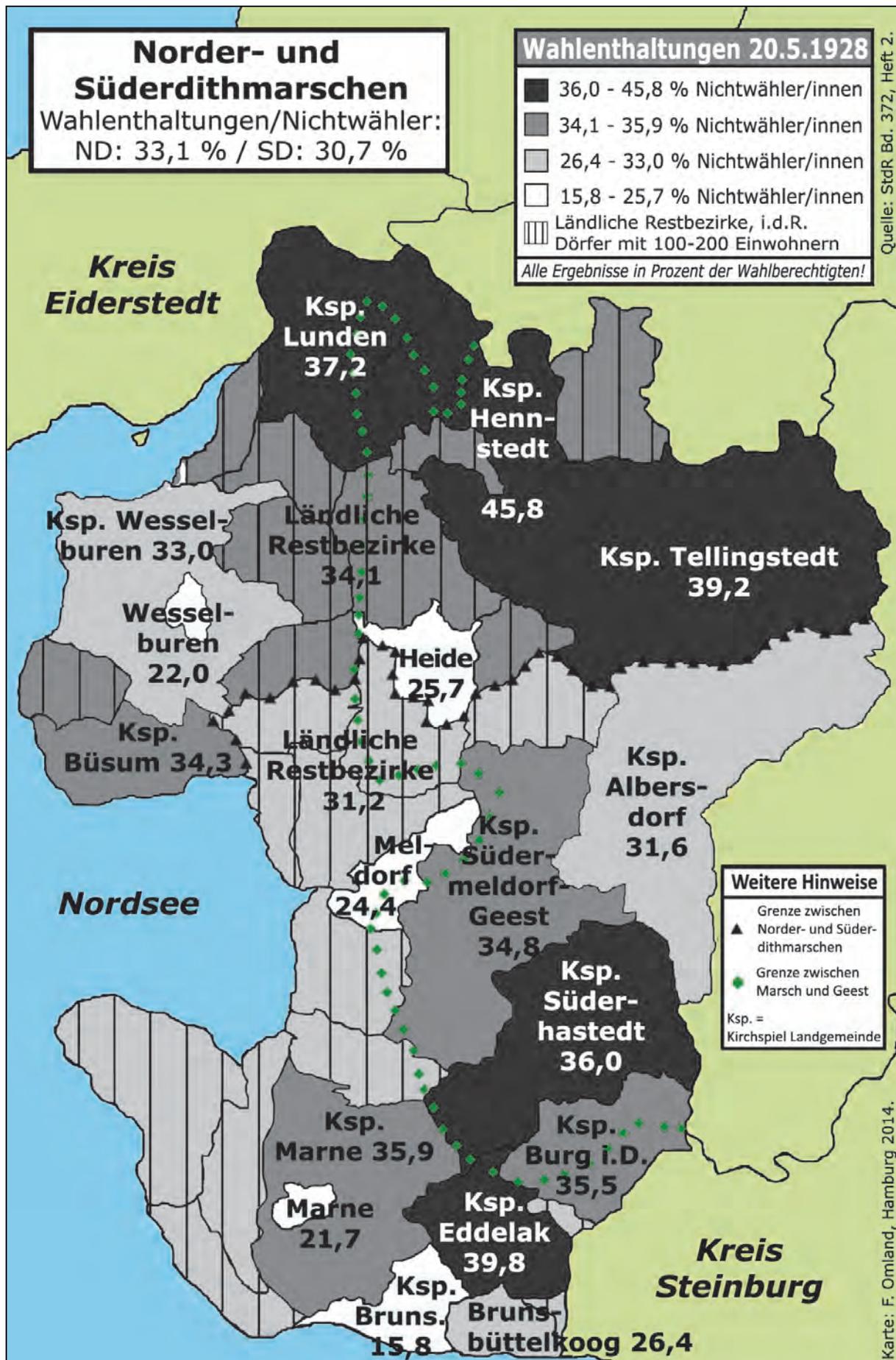
7. Die Mobilisierung der Dithmarscher Nichtwähler war wahlentscheidend, denn diese stellten von 1921 bis 1928 noch vor der DNVP die größte Wählergruppe. Erst 1930 erhielt mit der NSDAP eine Partei mehr Stimmen, als es Nichtwähler in den beiden Kreisgebieten gab.

Mit Ausnahme der ersten demokratischen Wahlen 1919 lag die Wahlbeteiligung in Dithmarschen bis 1930 in der Regel sechs bis zehn Prozentpunkte unter dem Reichsdurchschnitt, [vgl. Karte 9]. Die Wahlenthaltung fiel umso größer aus, je kleiner die Gemeinde war, und deutlich höher auf der Geest als in den Marschgebieten und den Städten. Erst ab 1930 stieg die Wahlbeteiligung von 73 %, über 88,5 % (Juli 1932) auf fast 90 % im März 1933 an. Doch schon ab der Wahl 1928, wo die Wahlbeteiligung auf 68,2 % in Dithmarschen sank, profitierte die NSDAP – nach den Wechselwählern der DNVP – am stärksten von der Mobilisierung der Nichtwähler. Dies setzte sich auch bei beiden Wahlpaaren 1928/1930 und 1930/1933 fort.

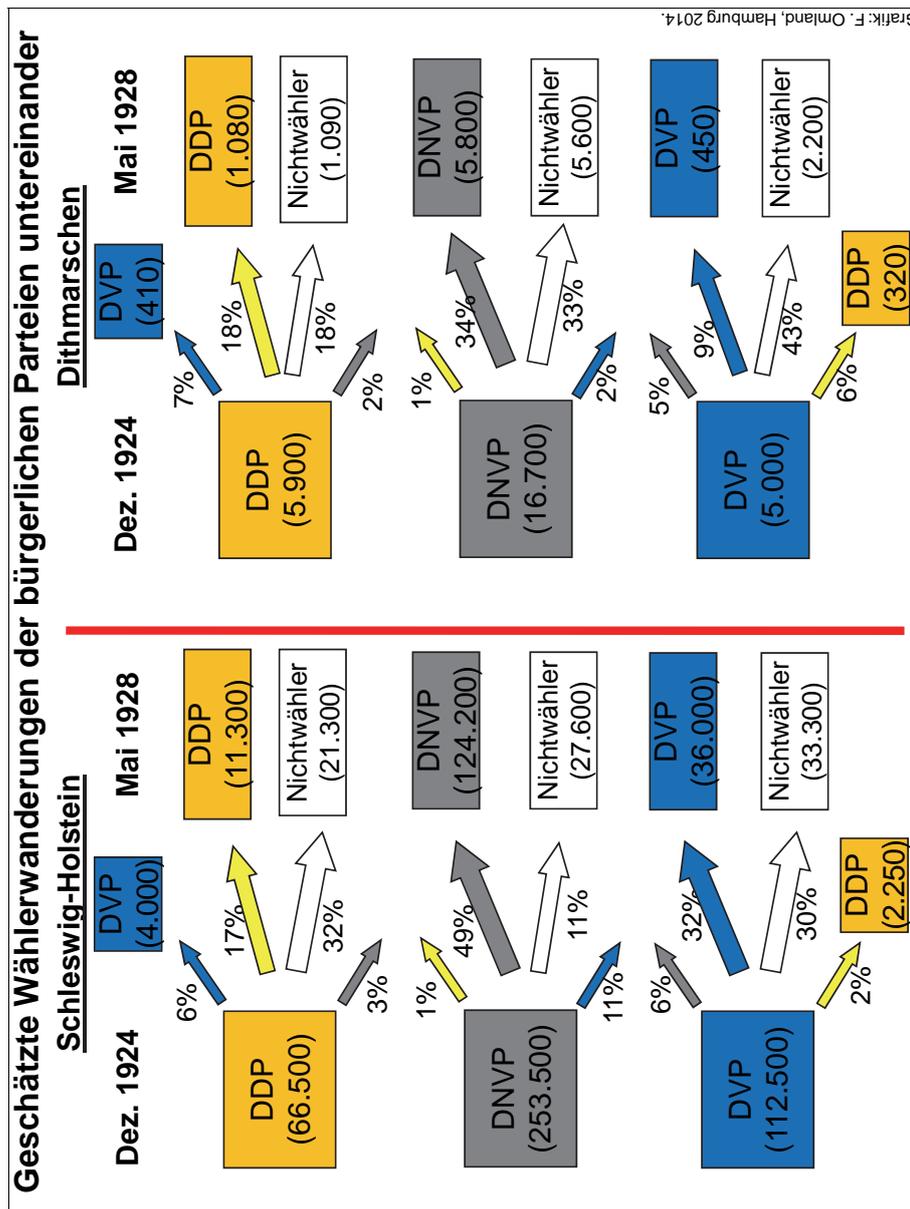
Die hohe Wahlabstinz in Dithmarschen muss vor diesem Hintergrund auch als Gradmesser für Unzufriedenheit und Radikalität innerhalb der Wählerschaft verstanden werden, denn häufig blieb die Hälfte der Nichtwähler auch bei der folgenden Wahl zu Hause.

8. In Dithmarschen begann sich das bürgerliche Parteienlager früher als in Schleswig-Holstein aufzulösen. Schon 1928 kann nicht mehr von einer größeren Stammwählerschaft von DNVP, DVP und DDP gesprochen werden.

Mit Ausnahme der SPD waren die Haltequoten der Parteien, d.h. die Fähigkeit von Urnengang zu Urnengang ihre Wähler an sich zu binden, eher gering. Am ehesten gelang dies noch der DNVP, die von 1924 auf 1928 bzw. 1928 auf 1930 noch jeweils knapp ein Drittel ihrer Stammwähler verbuchen konnte. Die DVP konnte nicht mal jeden zehnten Wähler von 1924 halten und verlor 1928 über 40 % ihrer Stimmen an das Nichtwählerlager! Bei der DDP lagen die Haltequoten knapp unter 20 % und jeder Dritte wechselte zur SPD. Der Aufstieg der Interessenparteien beruhte zwar zu allererst auf der Mobilisierung der Nichtwähler, doch folgten für die Wirtschaftspartei Wechselwähler der DNVP und DDP und bei den sonstigen die ehemaligen DVP-Anhänger. Von einer Stabilität innerhalb des bürgerlichen Parteienlagers kann für Dithmarschen entgegen den bisherigen Annahmen zum ländlichen Schleswig-Holstein also nicht gesprochen werden. Die Wähler scheinen sich von Wahl zu Wahl immer wieder neu entschieden zu haben. Folgt man dafür als Erklärung dem Modell der rationalen Wahl, dann suchten die Menschen sich immer die Partei aus, von der sie sich den größten Nutzen für sich versprachen. Dabei standen die Wähler in der Dorfgemeinschaft antimodernen, antiparlamentarischen und antidemokratischen Vorstellungen aufgeschlossen gegenüber, und sie konnten nur durch Parteien angesprochen werden, die einen entsprechenden Kurs einschlugen.



Karte 9: Reichstagswahl 20.5.1928, Wahlenthaltungen bzw. Nichtwählerschaft in den Kirchspiellandgemeinden und Städten



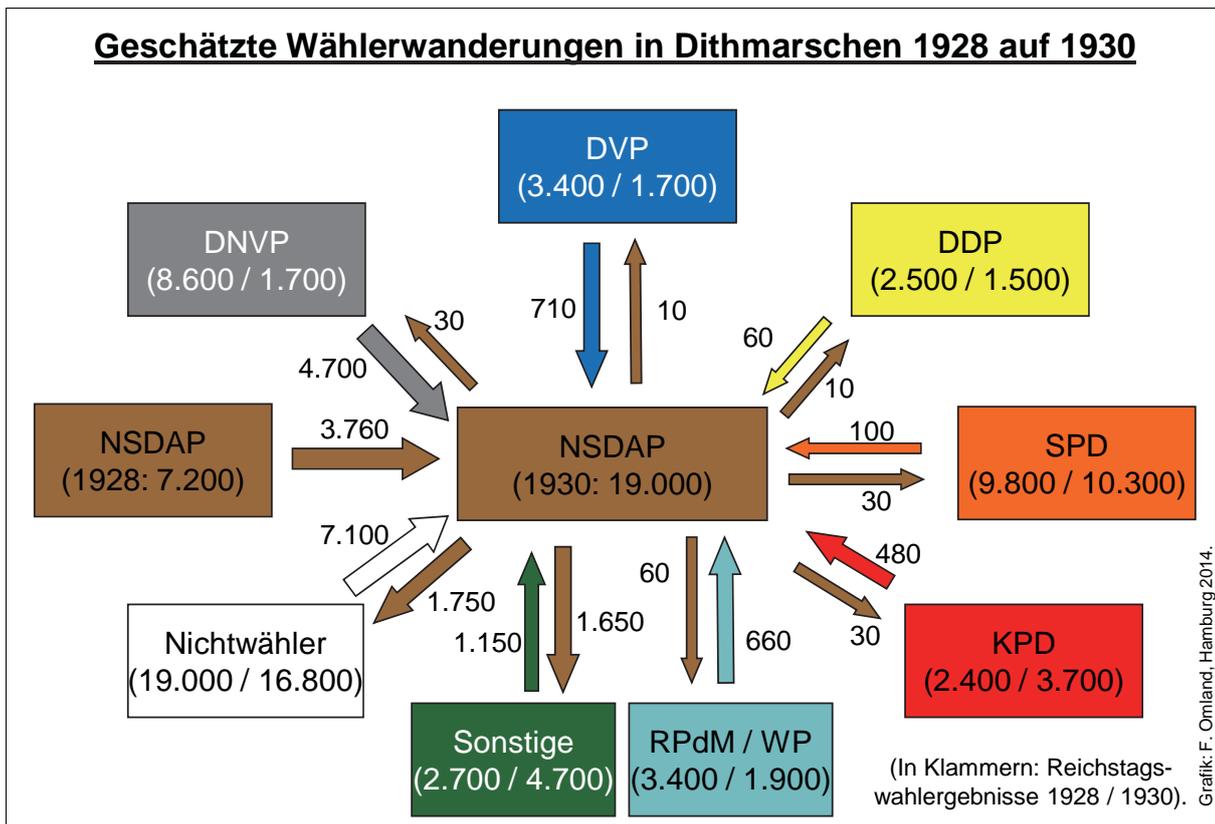
Lesehilfe:
 Schleswig-Holstein: Von den 66.500 DDP-Wählern vom Dezember 1924 haben 11.300, d.h., 17 % im Mai 1928 ebenfalls die Partei gewählt, 21.300 haben sich der Wahl enthalten (Nichtwähler) und 4.000 die DVP gewählt.
 Dithmarschen: Von den 16.700 DNVP-Wählern 1924 haben 34 % auch 1928 die Partei wieder gewählt, fast ebenso viele haben sich der Wahl enthalten (33 %).

Grafik 1:
 Geschätzte Wählerwanderungen der bürgerlichen Parteien 1924/1928

9. Dithmarschen war reichsweit das erfolgreiche Beispiel für die „Eroberung“ des ländlichen Raums.

Die NSDAP in Schleswig-Holstein hatte sich seit 1927 die Agitation im ländlichen Raum auf die Fahne geschrieben. In Dithmarschen wurde seitens der Gauleitung gezielt der Aufbau von Ortsgruppen vorangetrieben und durch Versammlungen, Propaganda und Gewalttaten gegen den politischen Gegner der Parteausbau befördert. Hier wurde all das vorweggenommen, was anschließend in anderen ländlichen Regionen umgesetzt werden sollte.

Geschätzte Wählerwanderungen in Dithmarschen 1928 auf 1930



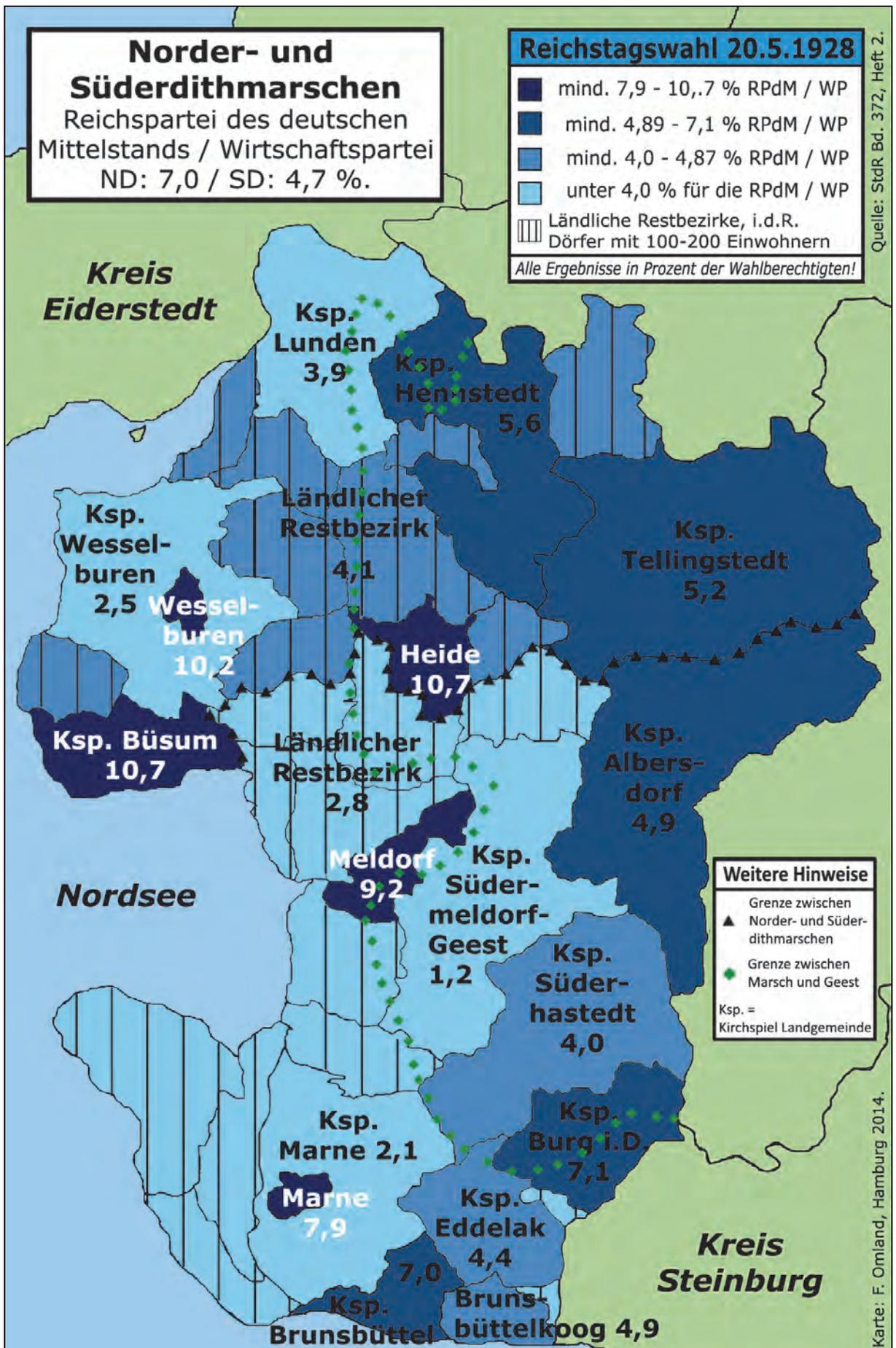
Lesehilfe:

Von den 8.600 Dithmarscher DNVP-Wählern bei der Reichstagswahl im Mai 1928 haben 4.700 im September 1930 die NSDAP gewählt. Gleichzeitig wechselten 30 NSDAP-Wähler von 1928 im September 1930 zur DNVP über.

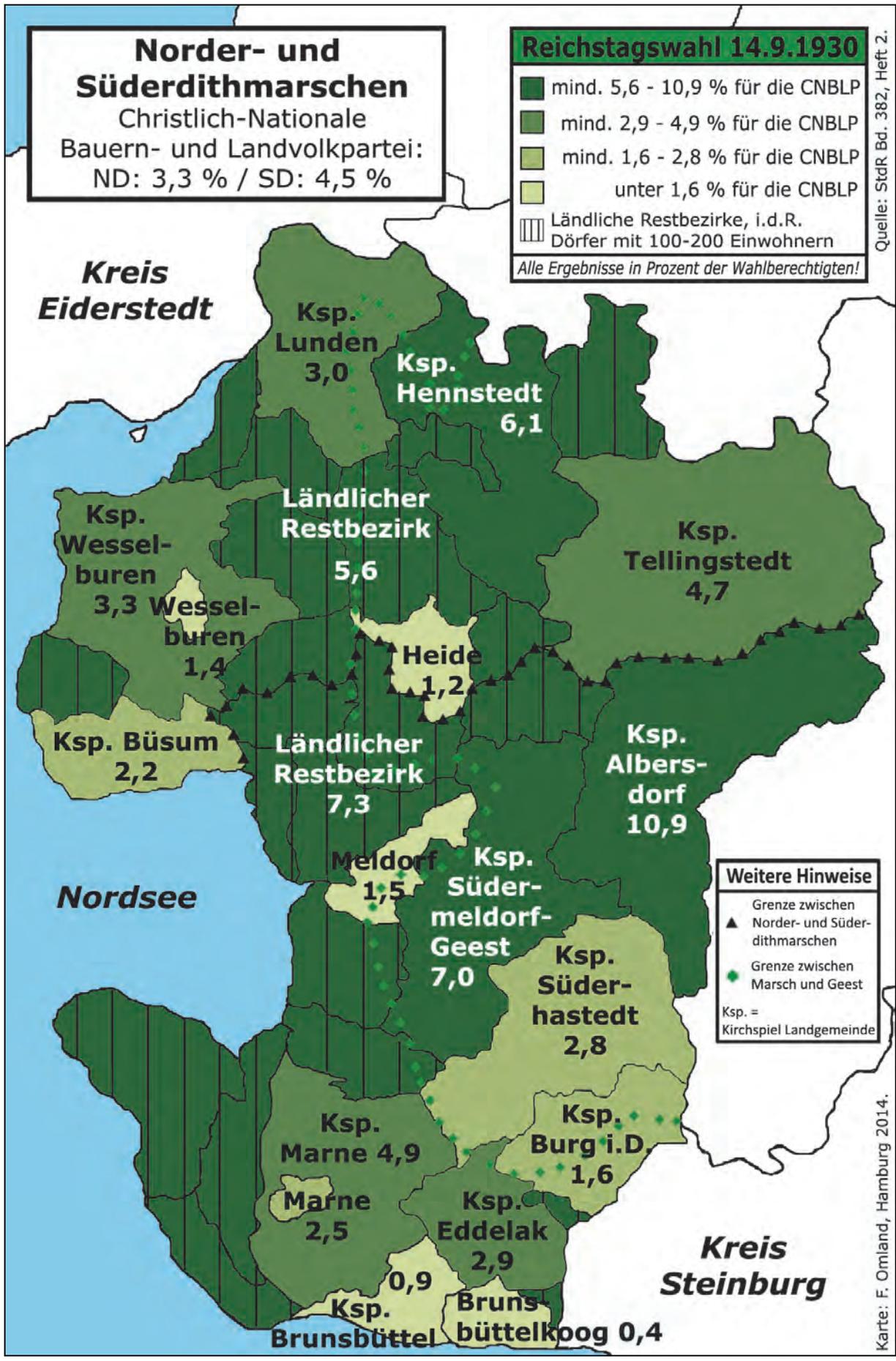
Grafik 2:

Geschätzte Wählerwanderungen in Dithmarschen 1928 auf 1930 (NSDAP)

Dieser Kurs der Partei wurde durch die Erfolge der NSDAP im Mai 1928 (Reichstagswahl) und im November 1929 (Provinziallandtagswahl) bestätigt: In Dithmarschen und den Gebieten an der Westküste, in denen gezielt agitiert worden war, konnte die Partei am meisten Stimmen erzielen. 1928 profitierte sie in Dithmarschen hauptsächlich von Wechselwählern der DNVP, ehemaligen Nichtwählern und DVP-Anhängern. Mehr als jeder zweite Wähler der NSDAP hatte vorher die DNVP gewählt und jeder Dritte war vorher nicht zur Wahl gegangen! Bei der Reichstagswahl 1930 konnte die Partei hingegen schon auf eine eigene Stammwählerschaft bauen, denn die Hälfte ihrer Wähler hatte sie schon 1928 gewählt. Quantitativ waren es wieder die ehemaligen Nichtwähler, diejenigen aus der DNVP und danach schon eigene Anhänger, die zum Wahlerfolg beitrugen. Außerdem profitierte die NSDAP jetzt auch von der Fluktuation im Bereich der Interessenparteien: Sowohl diejenigen, die die Wirtschaftspartei als auch Völkisch-nationale oder Bauernparteien gewählt hatten, strömten ihr jetzt vermehrt zu.



Karte 10: Reichstagswahl 20.5.1928,
Wirtschaftspartei (Reichspartei des Deutschen Mittelstands)



Karte 11: Reichstagswahl 14.9.1930, Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei (CNBLP)

10. In Dithmarschen erhielten Parteien, die Partikularinteressen vertraten, überdurchschnittlich gute Stimmergebnisse. Dies ist ein Indiz dafür, dass die Wahlbevölkerung auf der Suche nach der Partei war, die ihre eigenen Interessen wortwörtlich vertrat.

Die Erfolge der Wirtschaftspartei 1928 (10,7 % / 6,9 %) als auch der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei 1930 (4,6 % / 6,3 %) sowie die frühen Erfolge der SHLP 1919/21 können als Indikator für die Bereitschaft der Dithmarscher gewertet werden, Wahlen als Angebote für die Durchsetzung ihrer Partikularinteressen zu verstehen. Die Interessenparteien verschwanden, weil sich die NSDAP bei Wahlen als erfolgreichere Anti-System-Partei auf Reichsebene etablieren konnte.

11. In Norderdithmarschen lassen sich starke territoriale Kontinuitäten zwischen dem bürgerlich-konservativen Lager und der Wählerschaft der NSDAP belegen.

Laut historischer Wahlforschung decken sich die (rechts-)konservativen Stimmen für Hindenburg bei der Reichspräsidentenwahl im April 1925 zum größten Teil mit der Wählerschaft Hitlers im April 1932. Dies gilt sowohl für das Deutsche Reich als auch für Schleswig-Holstein. Für Norderdithmarschen waren 60 % der Hochburgen Hindenburgs von 1925 auch 1932 Hochburgen Hitlers. Am stärksten fällt der Zusammenhang in den Geestgemeinden Bergewörden, Wiemerstedt, Lüdersbüttel, Hollingstedt und Hägen aus. In der Regel waren es die kleineren Dörfer mit 50 bis 170 Einwohnern, die von 1924 bis 1932 am kontinuierlichsten ein Wahlverhalten zeigten, das die obigen Zusammenhänge aufweist.

12. Im reichsweiten Vergleich war die NSDAP in den Dithmarscher Gemeinden ab 1928 weit überdurchschnittlich erfolgreich.

Von 1928 bis 1933 war die NSDAP insbesondere in den Kirchspiellandgemeinden Hennstedt und Südermeldorf-Geest extrem erfolgreich. Im reichsweiten Vergleich aller 4.000 bis 4.200 auswertbaren Verwaltungsgebiete finden sich wiederkehrend unter den ersten 100 sieben bis zehn der 19 Dithmarscher Regionen wieder. Im März 1933 sind im reichsweiten Ranking unter den ersten zehn (!) Gebieten auf Rang 1-4 Viöl und Husum (beide Kreis Husum), gefolgt von Hennstedt und Südermeldorf-Geest zu finden, auf Rang 7 liegt Albersdorf und auf Rang 9 Tellingstedt (alles Kirchspiellandgemeinden).

13. Die NSDAP wurde in Dithmarschen als Ordnungsmacht gegenüber den Arbeiterparteien, als Anti-System-Partei, Interessenpartei der Enttäuschten sowie Partei der Dithmarscher Heimat gewählt.

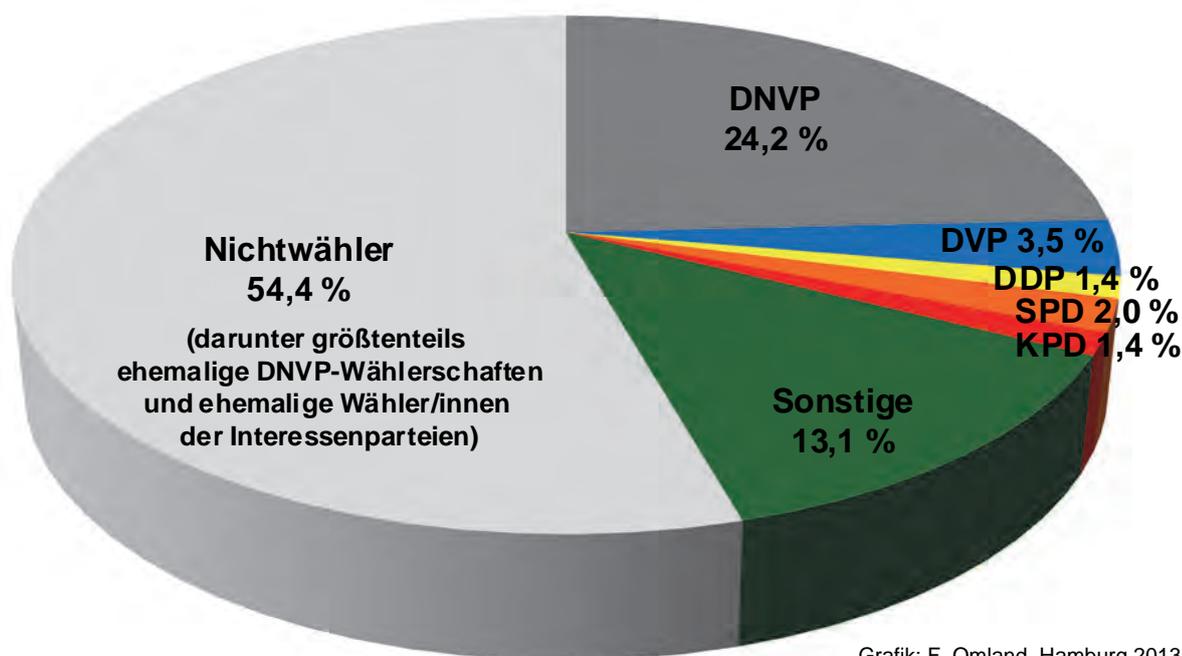
Für die bürgerliche und bäuerliche Mehrheit in Dithmarschen war sie das Versprechen auf die Durchsetzung ihrer Partikularinteressen und die Hoffnung auf die Zurückdrängung derjenigen modernen Veränderungen, die man als bedrohlich für sich selbst ansah.

Die Erfolge der NSDAP basierten auf ihrer Fähigkeit, nach 1928 im ländlichen Raum Stammwähler an sich zu binden und im städtischen Raum das bürgerliche Lager zu marginalisieren. Die flächendeckende Mobilisierung der Nichtwähler zu ihren Gunsten sowie die Fähigkeit, durch ihre Propaganda sowohl das städtische (Klein-)Bürgertum als auch das Landvolk anzusprechen, waren am Ende wahlentscheidend. Sie beerbte damit die DNVP, konnte aber keine nennenswerten Einbrüche in das Lager der Arbeiterparteien verzeichnen. Die Anhänger der SPD und KPD waren in der Minderheitenrolle und ließen sich in der Diaspora nicht von ihrer Wahlentscheidung abbringen. In Dithmarschen war die NSDAP damit die Landvolkpartei geworden, während sie über diese Klientel hinaus das Kernmilieu der Linken nicht erreichen konnte und damit nur eingeschränkt als „Volkspartei des Protests“ (Falter) bezeichnet werden kann.

Zusammensetzung der NSDAP-Wählerschaft in Dithmarschen

(Saldo der Gewinne/Verluste der anderen Parteien 1924 bis 1933 an die NSDAP)

In Dithmarschen konnte die NSDAP die Nichtwählerschaft für sich mobilisieren, DNVP und (bäuerliche) Interessenparteien lösten sich zugunsten der Partei auf.

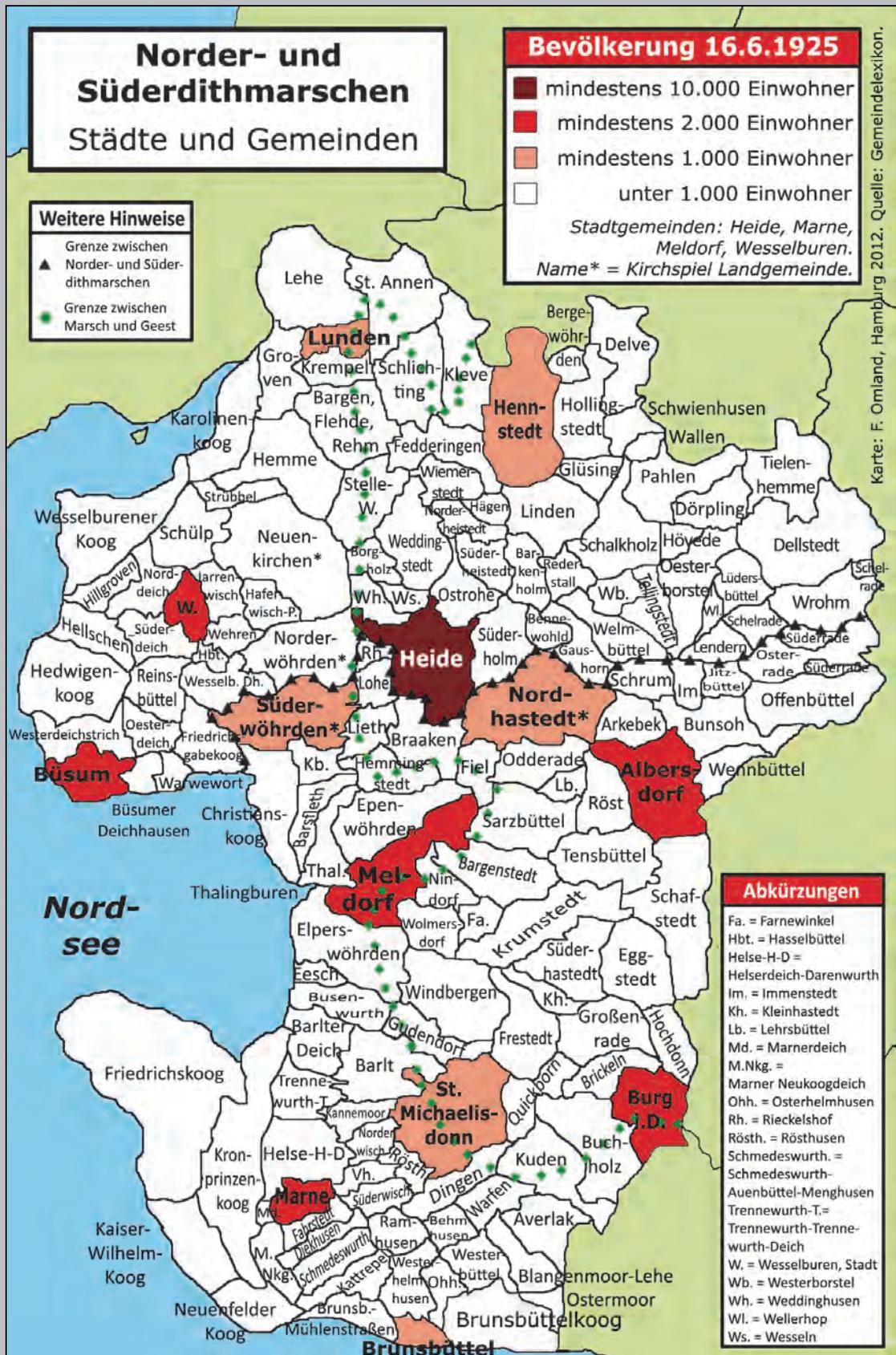


Grafik 3: Geschätzte Wählerherkunft der NSDAP Dithmarschens 1924-1933

Schlussfolgerungen und Fragen

Derzeit lässt sich beim Aufstieg der Nationalsozialisten in der Weimarer Republik von einem Sonderweg Dithmarschens innerhalb der Regionalgeschichte Schleswig-Holsteins sprechen. Weitere Forschungen zum Wahlverhalten, insbesondere auf der Ebene der Gemeinden könnten Aufschlüsse darüber geben, ob der Antibolschewismus, sprich die Angst vor einer Revolution unter KPD-Führung und die Enttäuschung, etwa der Bauern über die nicht protektionistische Reichspolitik oder der Kommunisten über die Folgen der Novemberrevolution, hilfreiche Erklärungsmuster für das Wahlverhalten in den ländlichen Regionen sind. Erst zukünftige Forschungen werden möglicherweise Antworten auf diese Fragen liefern können.

Wahlkartografischer Anhang



Frank Omland

Zur Kartografie und Statistik

Die folgenden Karten beruhen auf der Überlieferung in der Statistik des Deutschen Reiches, in der knapp 20 Gebietseinheiten für Norder- und Süderdithmarschen ausgewiesen sind. Zum einen werden sämtliche Gemeinden mit mindestens 2.000 Einwohnern abgebildet. Das sind häufig die Kirchspiellandgemeinden, die nicht deckungsgleich mit den kleineren Städten gleichen Namens sind, sondern diese einschließen. So etwa die Kirchspiellandgemeinde Lunden zu der neben Lunden auch Lehe, Groven, Krempel, Barga, Flehde und Rehm gehörten. Zum anderen werden die so genannten Restbezirke, d.h. diejenigen ländlichen Gebiete unter 2.000 Einwohnern, die in der Statistik indirekt wiedergegeben werden, gezeigt. Diese ergeben sich in Norder- und Süderdithmarschen aus der Berechnung: Angaben für das Kreisgebiet minus Gemeinden mit 2.000 Einwohner gleich Angaben für den ländlichen Restbezirk. Zumeist fallen hierunter kleinere Dörfer mit 100-200 Einwohner, die in den Karten jeweils schraffiert gezeichnet sind.

Ein Vergleich der knapp 190 Dörfer und Städte in Norder- und Süderdithmarschen in den Jahren 1921-1933 ist auf der Ebene der Wahllokale flächendeckend nur selten möglich, denn fast immer ist hier die Anzahl der Wahlberechtigten nicht überliefert worden.

In den Wahlkarten zum Aufstieg der NSDAP werden die 19 bzw. 20 Gebiete der Region in vier Quartile aufgeteilt. Es werden so jeweils die fünf Gebiete mit den meisten Stimmen, den zweit-, dritt- und viertmeisten Stimmen in einer Farbe wiedergegeben. Dadurch können auf einen Blick Veränderungen von Reichstagswahl zu Reichstagswahl wahrgenommen werden.

Wie in der wahlstatistischen Analyse üblich werden die Ergebnisse in Prozent der Wahlberechtigten wiedergegeben. So können Verzerrungen und Fehlinterpretationen aufgrund unterschiedlicher Wahlbeteiligung vermieden und wahlübergreifend die Gebiete miteinander verglichen werden.

Territoriale Veränderungen

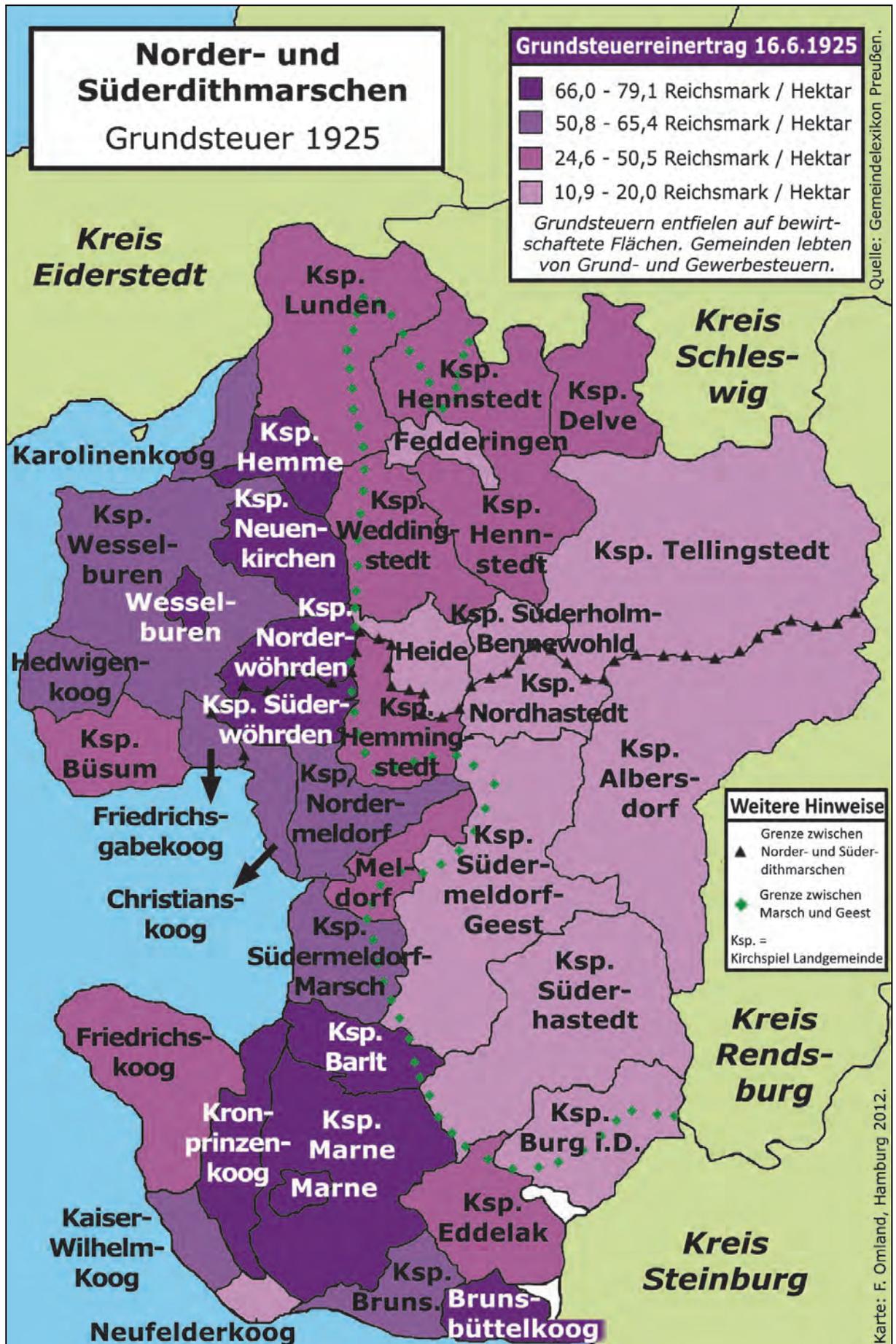
Für die Statistik relevante territoriale Veränderungen hat es in Dithmarschen nur wenige gegeben: So nahm die Einwohnerzahl in Weddingstedt nach 1924 soweit ab, dass das Gebiet nicht mehr einzeln in der Statistik des Deutschen Reichs ausgewiesen wurde und kartografisch in die ländlichen Restbezirke von Norderdithmarschen übergeht.

Helgoland ist noch bis 1922 Teil von Süderdithmarschen und ist danach bis 1932 ein eigenständiger Inselkreis, der anschließend in den Kreis Pinneberg aufgeht. Aus Vergleichsgründen wird die Insel kartografisch nicht berücksichtigt.

Quellen

Als Informationsquellen für die Karten und Tabellen dienen die abgedruckten Ergebnisse der Statistik des Deutschen Reichs (StDR) für Schleswig-Holstein (ergänzt um Zeitungsergebnisse). Im Einzelnen: Reichstagswahl 20.2.1921: StDR, Bd. 291, Heft III, Berlin 1922, S. 21-23. RTW 4. Mai 1924: StDR, Bd. 315, Heft III, Berlin 1925, S. 27-29. RTW 7. Dez. 1924: StDR, Bd. 315, Heft IV, Berlin 1925, S. 25 ff. RTW 20. Mai 1928: StDR, Bd. 372, Heft II, Berlin 1930, S. 27 ff., S. 78. RTW 14. September 1930: StDR 382, Heft II, Berlin 1932, S. 27 ff., S. 77. RTW 5. März 1933: StDR, Bd. 434, Berlin 1935, S. 50 f., S. 118, S. 188 ff.

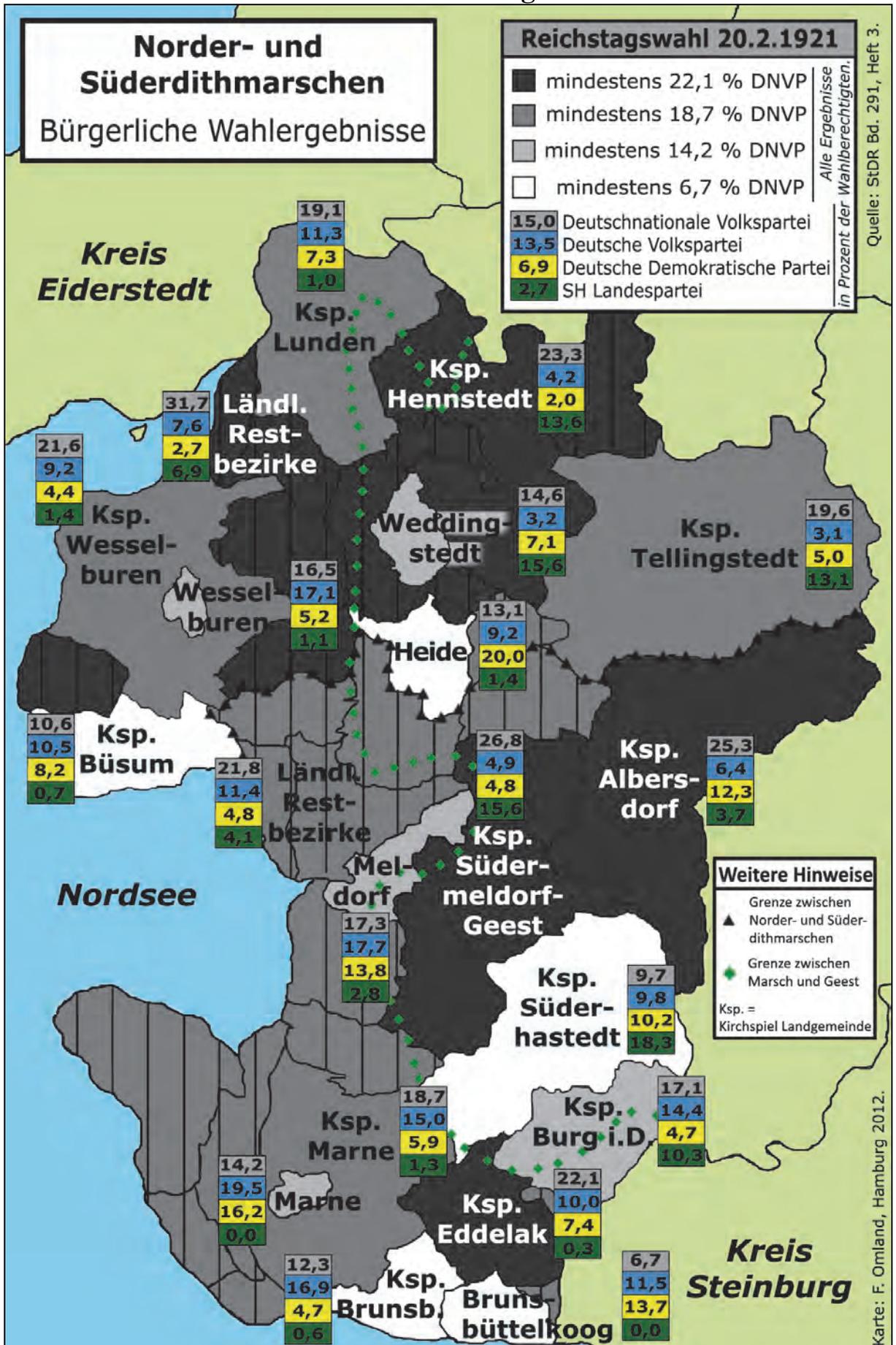
Karte 12: Anteil des Reinertrags an Grundsteuern,
d.h. Steuern auf bewirtschaftete Flächen, 16. Juni 1925



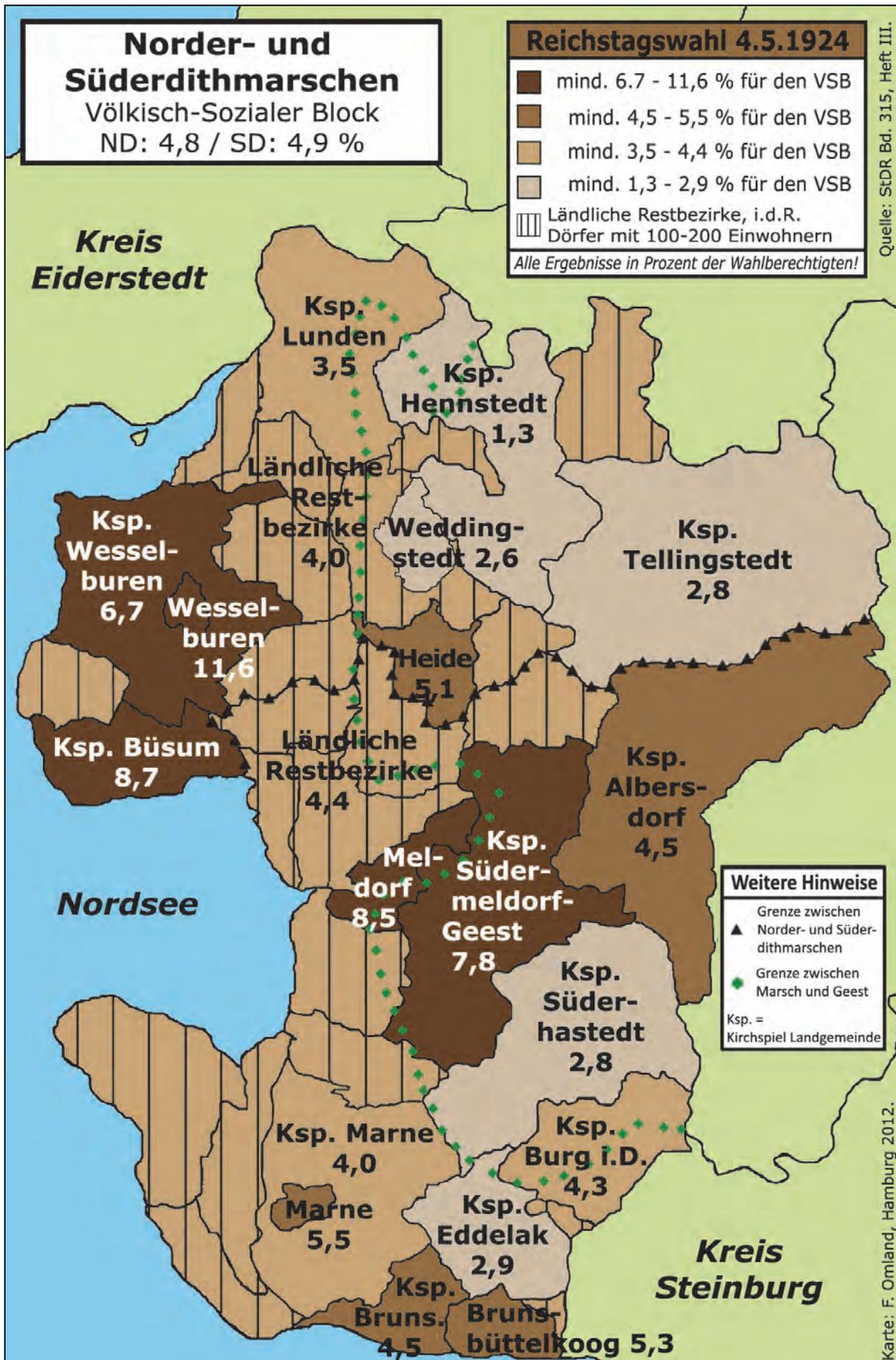
Quelle: Gemeindelexikon Preußen.

Karte: F. Omland, Hamburg 2012.

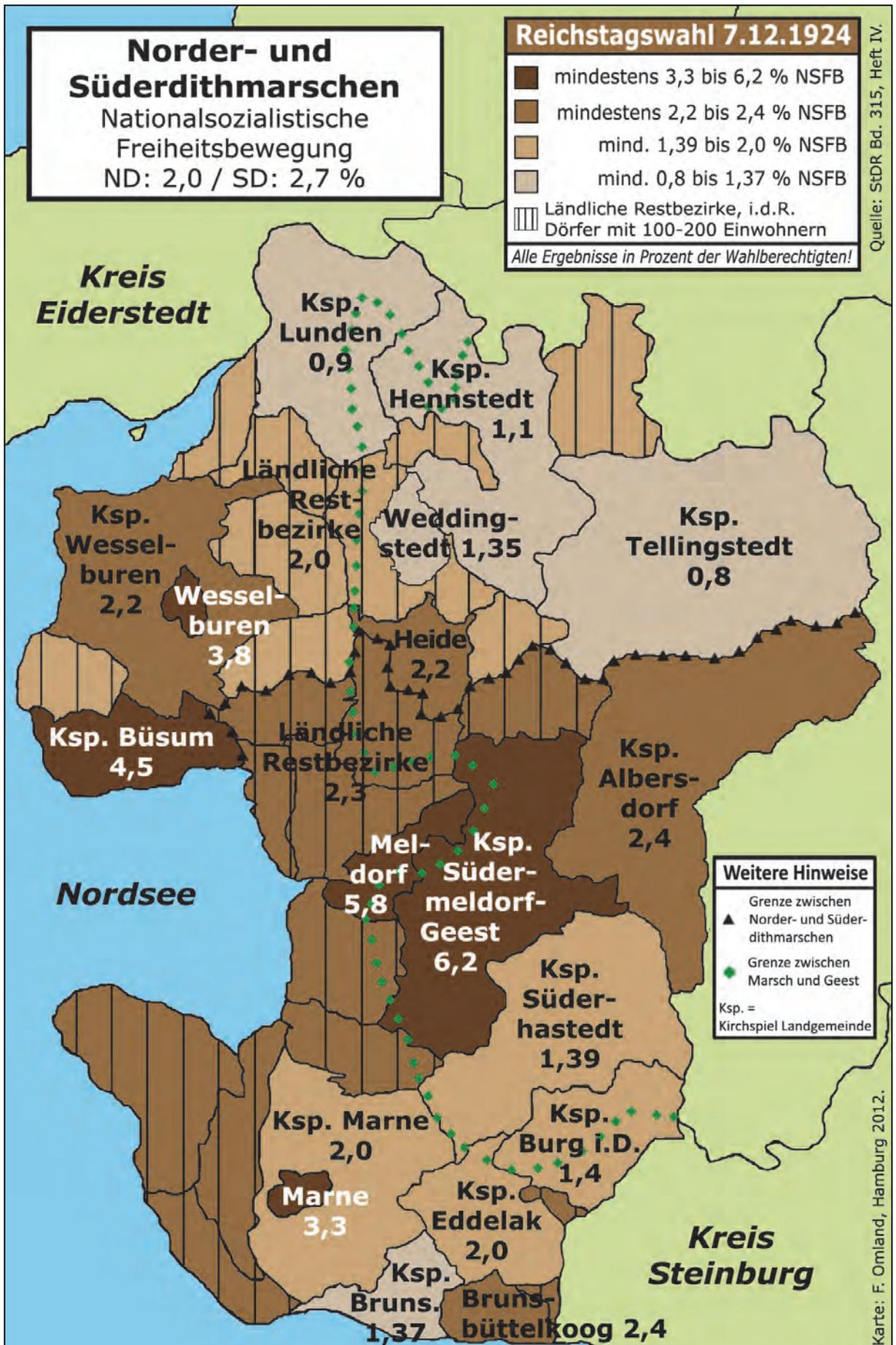
Karte 14: Wahlergebnisse der Deutschnationalen Volkspartei und anderer bürgerlichen Parteien, Reichstagswahl vom 20.2.1921 in Prozent der Wahlberechtigten-Stimmen



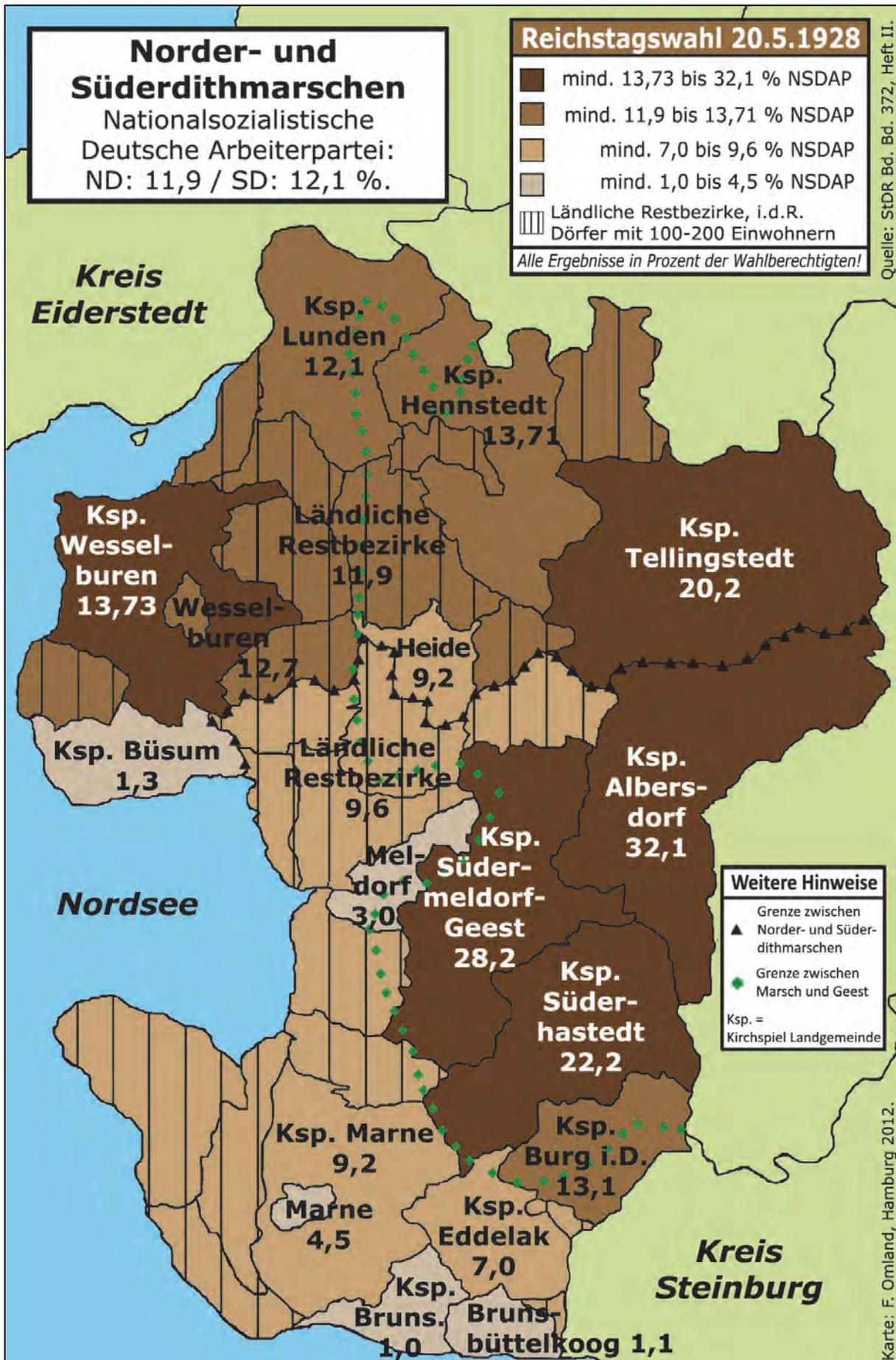
Karte 15: Völkisch-Sozialen Blocks (VSB), einem Vorläufer der NSDAP während ihres Parteiverbotes, Reichstagswahl vom 4.5.1924 in Prozent der Wahlberechtigten



Karte 16: Nationalsozialistische Freiheitsbewegung (NSFB), einem Vorläufer der NSDAP, Reichstagswahl vom 7.12.1924 in Prozent der Wahlberechtigten

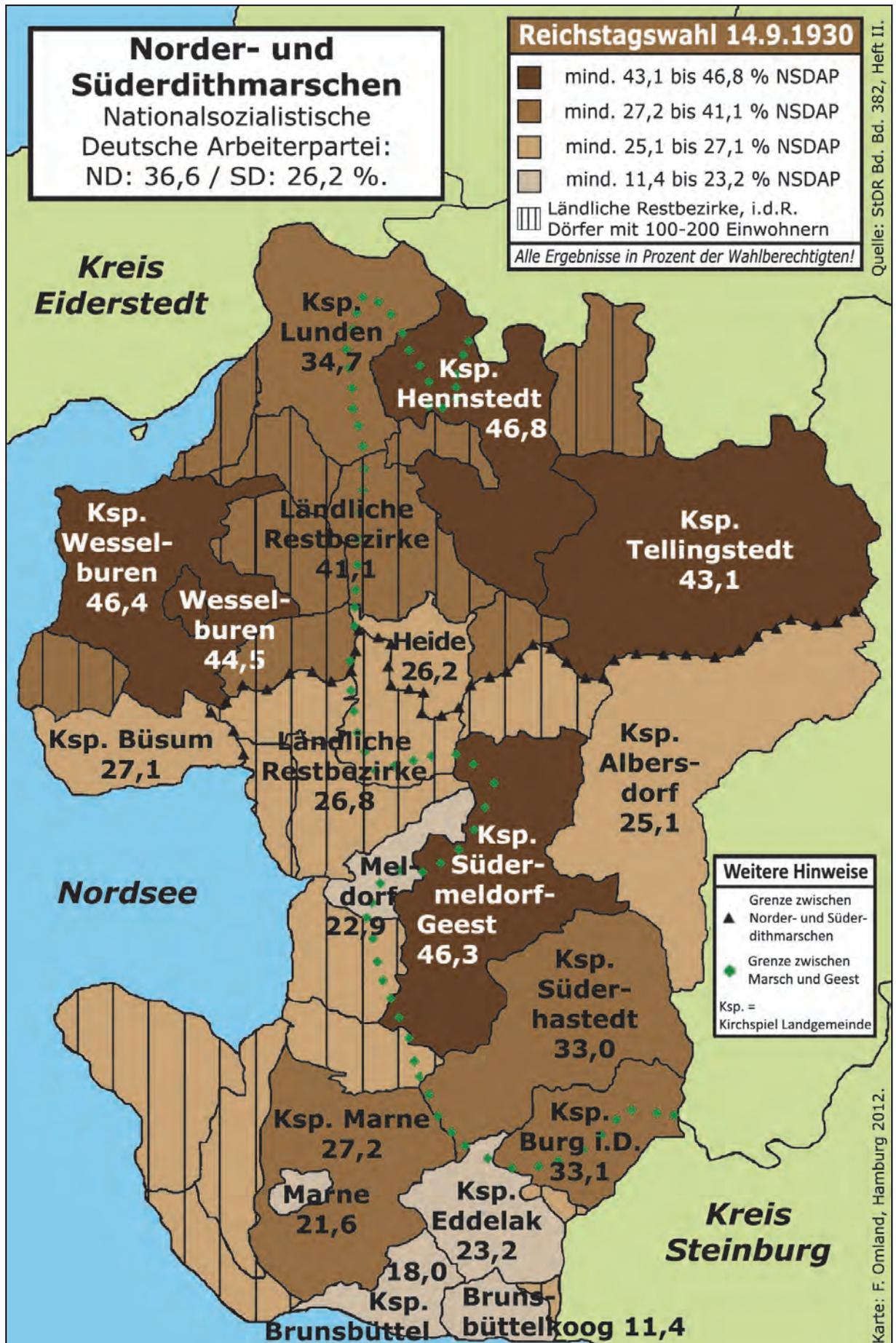


Karte 17: Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), Reichstagswahl vom 20.5.1928 in Prozent der Wahlberechtigten-Stimmen

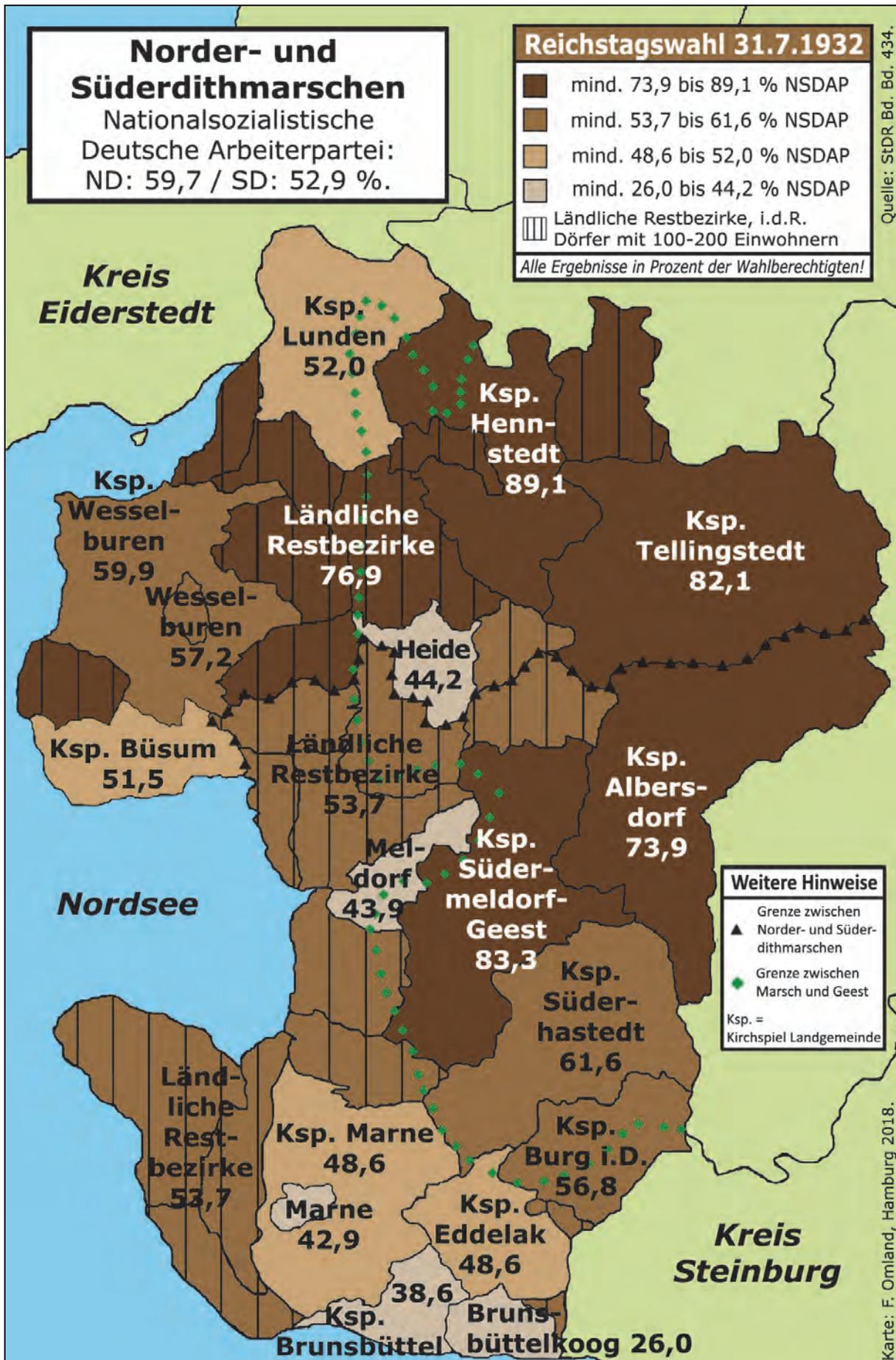


Karte: F. Omland, Hamburg 2012.

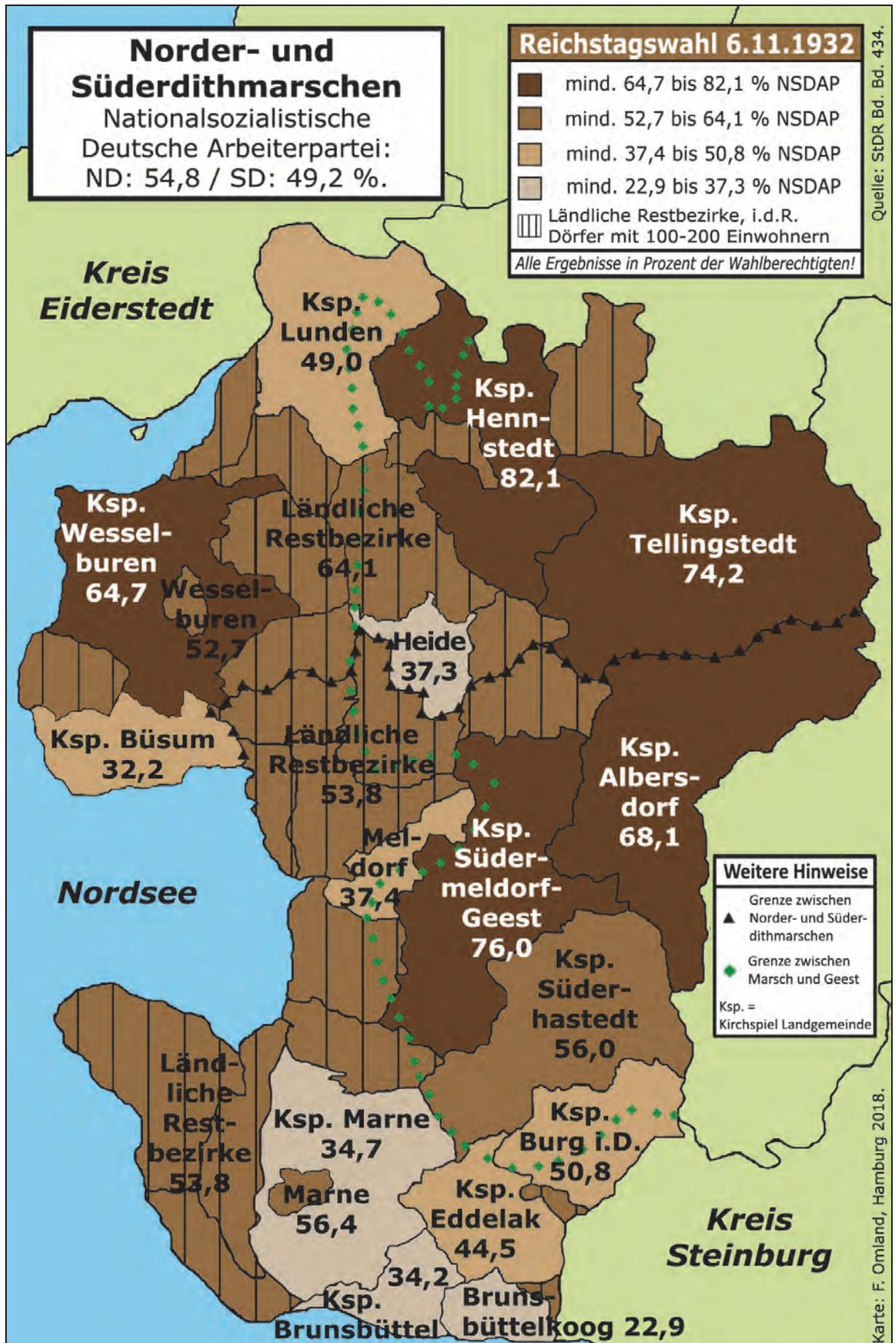
Karte 18: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), Reichstagswahl vom 14.9.1930 in Prozent der Wahlberechtigten-Stimmen



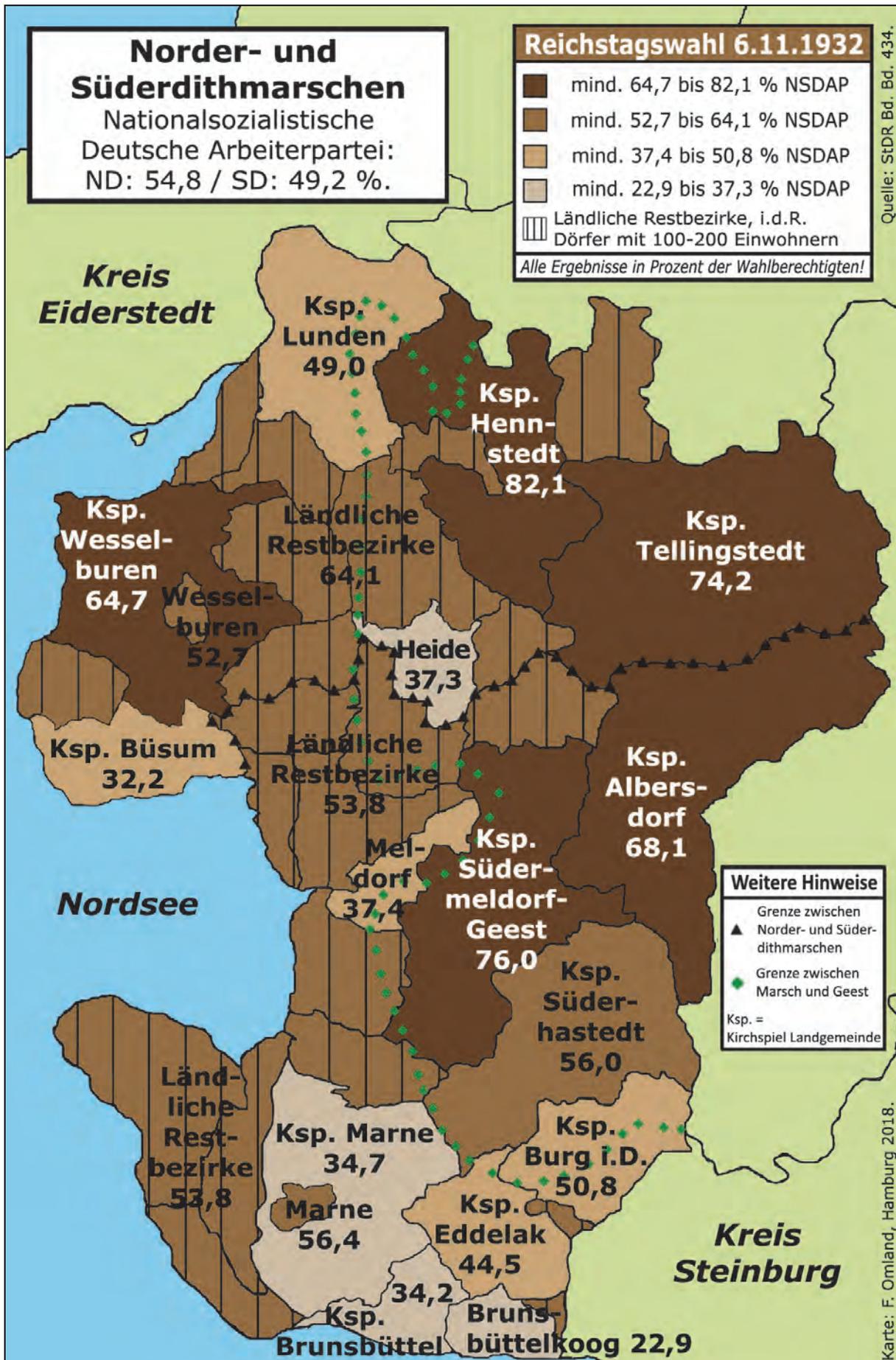
Karte 19: Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), Reichstagswahl vom 31.7.1932 in Prozent der Wahlberechtigten-Stimmen



Karte 20: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), Reichstagswahl vom 6.11.1932 in Prozent der Wahlberechtigten-Stimmen



Karte 21: Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), Reichstagswahl vom 5.3.1933 in Prozent der Wahlberechtigten-Stimmen



Reichstagswahl vom 20. Februar 1921, Ergebnisse in Prozent der Wahlberechtigten												
	Bev.	WB	Wbet	DNVP	DVP	Z	DDP	SPD	USPD	KPD	SHLP	Sonst.
Deutsches Reich	57,9 Mill.	35,2 Mill.	79,4	11,9	11,0	10,3	6,6	17,3	14,1	1,6	0,01	5,8
Schleswig-Holstein	1.507.472	934.444	78,0	15,0	13,5	0,6	6,9	27,5	2,2	4,5	2,7	0,5
Kreis Norderdithmarschen	43.314	24.536	71,7	18,7	8,2	0,1	8,8	12,9	5,7	5,8	5,6	0,0
Büsum, Kirchspiel Ldg.	3.345	1.896	76,5	10,6	10,5	0,0	8,2	27,1	3,7	7,1	0,7	0,0
Heide	10.142	6.296	78,9	13,1	9,2	0,3	20,0	17,5	0,3	11,4	1,4	0,0
Hennstedt, Ksp. Ldg.	4.131	2.345	59,3	23,3	4,2	0,0	2,0	6,1	1,7	2,5	13,6	0,0
Lunden, Ksp. Ldg.	4.493	2.416	76,9	19,1	11,3	0,0	7,3	9,3	11,6	10,9	1,0	0,0
Tellingstedt, Ksp. Ldg.	6.643	3.675	60,6	19,6	3,1	0,0	5,0	8,5	4,8	0,5	13,1	0,0
Weddingstedt, Ksp. Ldg.	2.116	1.255	74,3	14,6	3,2	0,0	7,1	17,0	9,3	3,7	15,6	0,0
Wesselburen, Stadt	3.910	2.049	69,4	21,6	9,2	0,0	4,4	10,3	15,8	0,4	1,4	0,0
Wesselburen, Ksp. Ldg.	3.071	1.715	70,9	16,5	17,1	0,3	5,2	6,6	12,1	6,3	1,1	0,0
Restbezirk Norderdithm.	5.463	2.889	73,7	31,7	7,6	0,0	2,7	12,0	5,9	2,2	6,9	0,0
	Bev.	WB	Wbet	NSDAP	DNVP	DVP	Z	DDP	SPD	KPD	WP	DBP
Kreis Süderdithmarschen	53.237	30.742	76,6	18,2	12,1	0,0	8,7	21,4	3,0	3,5	5,0	0,0
Albersdorf, Kirchspiel Ldg.	5.747	3.259	64,8	25,3	6,4	0,0	12,3	6,4	6,2	0,0	3,7	0,0
Brunsbüttel, Kirchspiel Ldg.	2.231	1.267	87,8	12,3	16,9	0,0	4,7	35,0	9,3	4,6	0,6	0,0
Brunsbüttelkoog	5.061	3.064	85,7	6,7	11,5	0,2	13,7	34,0	5,6	10,0	0,0	0,0
Burg, Kirchspiel Ldg.	4.270	2.657	74,6	17,7	14,4	0,0	4,7	14,8	6,0	2,2	10,3	0,0
Eddelak, Kirchspiel Ldg.	3.236	1.860	79,0	22,1	10,0	0,0	7,4	28,4	0,8	5,3	0,3	0,0
Marne, Stadt	5.155	2.760	78,8	18,7	15,0	0,0	5,9	23,5	1,6	7,5	1,3	0,0
Marne, Kirchspiel Ldg.	3.543	2.212	83,5	14,2	19,5	0,0	16,2	19,5	0,8	7,0	0,0	0,0
Meldorf	3.826	2.480	86,3	17,3	17,7	0,0	13,8	31,3	0,0	0,0	2,8	0,0
Süderhastedt, Ksp., Ldg.	4.085	2.298	69,7	9,7	9,8	0,0	10,2	14,8	1,4	0,7	18,3	0,0
Südermeldorf-Geest, Ksp. Ldg.	3.922	2.183	72,5	26,8	4,9	0,0	4,8	14,1	0,1	0,3	15,6	0,0
Restbezirk Süderdithm.	12.191	6.702	73,3	21,8	11,4	0,1	4,8	21,8	2,3	2,7	4,1	0,0

Reichstagswahl vom 5. Mai 1924, Ergebnisse in Prozent der Wahlberechtigten													
	Bev.	WB	Wbet	DVFP	DNVP	DVP	Z	DDP	SPD	KPD	USPD	SHLP	Sonst.
Deutsches Reich	59,2 Mill.	35,9 Mill.	77,4	5,0	15,0	6,9	12,7	4,3	15,7	9,6	0,6	0,01	6,5
Schleswig-Holstein	1.508.092	989.586	77,2	5,6	23,5	9,2	0,8	6,1	18,9	7,8	0,8	0,6	2,6
Kreis Norderdithmarschen	43.314	26.137	67,0	4,8	30,5	5,0	0,3	7,0	7,2	6,6	0,6	2,6	1,3
Büsum, Kirchspiel Ldg.	3.345	2.024	69,0	8,7	21,4	4,7	1,1	10,1	8,6	5,6	0,7	5,0	1,0
Heide	10.348	7.287	72,6	5,1	28,2	4,9	0,5	8,9	12,0	6,9	0,5	1,3	3,1
Hennstedt, Kirchspiel Ldg.	4.131	2.514	58,4	1,3	34,9	4,7	0,1	3,9	3,6	0,9	0,4	6,5	0,7
Lunden, Kirchspiel Ldg.	4.493	2.480	66,3	3,5	27,8	5,5	0,2	7,1	3,5	14,0	0,6	2,4	0,5
Tellingstedt, Kirchspiel Ldg.	6.643	3.869	56,7	2,8	33,5	4,9	0,1	5,5	5,8	0,6	0,3	2,5	0,3
Weddingstedt	1.910	1.147	63,9	2,6	25,0	8,8	0,0	8,3	7,9	3,7	1,3	4,4	0,8
Wesselburen, Stadt	3.071	1.623	74,4	11,6	29,1	5,9	0,4	5,1	1,2	17,1	0,2	0,8	1,1
Wesselburen, Kirchspiel Ldg.	3.910	2.126	64,5	6,7	28,6	3,7	0,4	6,8	5,3	9,6	1,5	0,8	0,5
Restbezirk Norderdithm.	5.463	3.067	72,3	4,0	40,5	4,3	0,1	5,8	6,6	5,8	0,7	2,5	0,5
	Bev.	WB	Wbet	DVFP	DNVP	DVP	Z	DDP	VSPD	KPD	USPD	SHLP	Sonst.
Kreis Süderdithmarschen	53.237	31.544	73,5	4,9	25,8	8,5	0,1	7,9	15,6	4,2	0,7	2,5	2,0
Albersdorf, Kirchspiel Ldg.	5.747	3.230	70,3	4,5	41,7	6,5	0,0	6,7	4,6	1,2	0,3	2,9	0,8
Brunsbüttel, Kirchspiel Ldg.	2.231	1.333	85,9	4,5	21,2	10,5	0,1	5,6	30,9	7,9	0,8	0,4	0,8
Brunsbüttelkoog	5.031	3.281	84,1	5,3	11,8	9,5	0,2	15,2	27,2	9,3	0,8	0,2	1,9
Burg in Dithm., Kirchspiel Ldg.	4.270	2.651	69,3	4,3	29,3	7,8	0,1	7,3	10,2	5,1	1,0	1,5	1,0
Eddelak, Kirchspiel Ldg.	3.236	1.956	70,6	2,9	28,4	3,7	0,0	6,7	18,9	5,6	1,1	1,4	0,8
Marne, Stadt	3.543	2.295	81,5	5,5	20,4	16,6	0,1	10,0	15,6	1,9	0,6	0,7	8,8
Marne, Kirchspiel Ldg.	5.155	2.883	69,5	4,0	23,2	6,8	0,1	5,4	17,8	2,7	0,6	2,5	4,9
Meldorf	3.826	2.333	90,5	8,5	23,5	11,7	0,1	13,6	18,9	7,0	0,8	4,8	0,7
Süderhastedt, Kirchspiel Ldg.	4.085	2.365	68,9	2,8	24,3	9,8	0,1	9,8	13,7	1,3	0,3	3,8	1,0
Südermeldorf-Geest, Kirchsp.	3.922	2.323	55,6	7,8	27,4	7,2	0,0	3,1	3,6	0,8	0,3	4,3	0,7
Restbez. Süderdithmarschen	12.191	6.894	71,1	4,4	27,6	7,1	0,2	5,2	16,1	4,1%	0,7	3,3	1,3

Abkürzungen: Ksp. Ldg. = Kirchspiel Landgemeinde; Bev. = Bevölkerung; WB = Wahlberechtigte; Wbet = Wahlbeteiligung; DNVP = Deutschnationale Volkspartei; DVP = Deutsche Volkspartei; Z = Zentrum; SPD = Sozialdemokratische Partei Deutschland; KPD = Kommunistische Partei Deutschland; USPD = Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschland; (s.u.)

Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924, Wahlergebnisse in Prozent der Wahlberechtigten													
	Bev.	WB	Wbet	NSFB	DNVP	DVP	Z	DDP	SPD	KPD	USPD	WP	Sonst.
Deutsches Reich	57,9 Mill.	39,0 Mill.	78,8	2,3	15,9	7,8	13,5	4,9	20,2	6,9	0,3	2,6	3,2
Schleswig-Holstein	1.508.092	1.007.753	77,3	2,0	25,1	11,1	0,8	6,6	23,1	5,1	0,3	0,4	1,4
Kreis Norderdithmarschen	43.314	26.122	69,5	2,0	32,6	7,6	0,4	9,4	10,6	4,5	0,3	0,4	0,5
Büsum, Kirchspiel Ldg.	3.345	2.046	61,7	4,5	15,2	10,4	0,4	11,3	13,2	3,5	0,4	0,7	0,9
Heide	10.348	6.872	77,4	2,2	27,0	7,8	0,5	14,8	18,3	4,0	0,1	0,3	0,3
Hennstedt, Kirchspiel Ldg.	4.131	2.645	66,1	1,1	45,9	6,6	0,3	4,0	5,5	0,4	0,3	0,3	0,4
Lunden, Kirchspiel Ldg.	4.493	2.686	68,8	0,9	31,3	6,0	0,1	11,5	5,4	10,9	0,4	0,4	0,6
Tellingstedt, Kirchspiel Ldg.	6.643	3.746	62,9	0,8	41,5	6,7	0,1	5,5	6,1	0,2	0,2	0,4	0,3
Weddingstedt	1.910	1.183	64,8	1,4	31,3	9,8	0,3	7,5	9,6	2,5	0,5	0,6	0,6
Wesselburen, Stadt	3.910	2.183	65,0	2,2	27,6	5,9	0,6	8,6	9,3	8,0	0,6	0,2	0,5
Wesselburen, Kirchspiel Ldg.	3.071	1.674	77,2	3,8	29,6	14,3	0,5	7,4	5,0	14,4	0,1	0,4	0,4
Restbezirk Norderdithm.	5.463	3.087	69,3	2,0	40,8	5,5	0,3	6,2	10,3	1,9	0,5	0,2	0,8
	Bev.	WB	Wbet	DVFP	DNVP	DVP	Z	DDP	VSPD	KPD	USPD	SHLP	Sonst.
Kreis Süderdithmarschen	53.237	31.827	72,8	2,7	25,7	9,5	0,2	10,7	17,8	2,2	0,4	0,3	1,9
Albersdorf, Kirchspiel Ldg.	5.747	3.251	65,2	2,4	37,8	10,2	0,1	8,3	4,2	0,3	0,2	0,2	0,4
Brunsbüttel, Kirchspiel Ldg.	2.231	1.316	85,9	1,4	20,8	7,4	0,0	6,5	38,7	2,1	0,2	0,2	7,1
Brunsbüttelkoog	5.031	3.268	83,9	2,4	13,0	7,1	0,2	15,9	34,7	5,7	0,4	0,4	2,8
Burg in Dithm., Kirchspiel Ldg.	4.270	2.632	64,9	1,4	22,9	10,8	0,2	10,2	12,7	2,9	0,7	0,3	1,6
Eddelak, Kirchspiel Ldg.	3.236	1.967	72,7	2,0	25,5	5,8	0,2	8,9	23,2	3,8	0,4	0,4	1,0
Marne, Stadt	5.155	2.881	68,1	2,0	27,4	6,8	0,1	7,9	17,3	1,2	0,3	0,4	2,8
Marne, Kirchspiel Ldg.	3.543	2.243	81,2	3,3	23,0	15,0	0,1	14,2	16,8	1,1	0,4	0,5	5,3
Meldorf	3.826	2.543	83,8	5,8	23,3	12,2	0,1	17,8	19,1	3,3	0,3	0,3	0,8
Süderhastedt, Kirchspiel Ldg.	4.085	2.382	67,7	1,4	21,3	11,8	0,1	15,6	14,2	0,4	0,1	0,3	1,0
Südermeldorf-Geest, Kirchsp.	3.922	2.333	66,2	6,2	34,5	10,7	0,1	6,0	5,6	0,2	0,5	0,1	0,7
Restbez. Süderdithmarschen	12.191	7.011	71,1	2,3	27,5	8,6	0,3	8,4	18,1	2,3	0,4	0,3	1,4

Reichstagswahl vom 20. Mai 1928, Ergebnisse in Prozent der Wahlberechtigten														
	Bev.	WB	Wbet	NSDAP	DNVP	DVP	Z	DDP	SPD	KPD	WP	DBP	CNBLP	Sonst.
Deutsches Reich	62,4 Mill.	41,2 Mill.	75,6	2,0	10,6	6,5	11,3	3,7	22,2	7,9	3,4	1,2	2,2	2,5
Schleswig-Holstein	1.566.859	1.041.236	76,9	3,1	17,4	10,4	0,8	4,3	26,8	6,0	4,0	0,5	0,2	2,3
Kreis Norderdithmarschen	42.394	26.833	66,9	11,9	17,2	5,3	0,3	3,3	11,0	5,8	7,0	0,9	0,1	3,0
Büsum, Kirchspiel Ldg.	3.477	2.153	65,7	1,3	11,1	10,6	0,7	2,4	12,5	9,2	10,7	0,5	0,1	5,5
Heide	10.621	7.483	74,3	9,2	14,7	5,1	0,6	5,3	18,5	6,1	10,7	0,1	0,0	2,9
Hennstedt, Ksp. Ldg.	4.130	2.519	54,2	13,70	19,3	5,3	0,1	1,5	2,8	1,5	5,6	1,2	0,3	2,0
Lunden, Ksp. Ldg.	4.309	2.661	62,8	12,1	16,9	4,3	0,0	2,3	7,7	11,1	3,9	0,9	0,0	2,3
Tellingstedt, Ksp. Ldg.	6.426	3.911	60,8	20,2	17,1	4,8	0,1	2,4	5,0	2,0	5,2	1,7	0,1	1,3
Wesselburen, Stadt	2.654	1.683	78	12,7	13,7	5,5	0,4	3,0	7,6	13,6	10,2	0,5	0,2	8,0
Wesselburen, Ksp. Ldg.	3.671	2.134	67	13,73	20,1	3,9	0,2	3,0	8,6	8,6	2,5	1,0	0,4	3,3
Restbezirk Norderdithm.	7.106	4.289	65,9	11,9	23,7	4,6	0,1	2,8	12,1	2,0	4,1	1,4	0,2	2,3
	Bev.	WB	Wbet	NSDAP	DNVP	DVP	Z	DDP	SPD	KPD	WP	DBP	CNBLP	Sonst.
Kreis Süderdithmarschen	53.438	32.813	69,3	12,1	12,0	6,1	0,1	4,9	20,7	2,6	4,7	1,8	0,3	2,6
Albersdorf, Kirchspiel Ldg.	5.639	3.389	68,4	32,1	12,6	4,2	0,0	4,1	5,4	1,5	4,9	1,3	0,1	1,3
Brunsbüttel, Kirchspiel Ldg.	2.253	1.345	84,2	1,0	13,9	5,1	0,2	3,9	45,5	1,7	7,0	0,2	0,5	3,6
Brunsbüttelkoog	5.244	3.613	73,6	1,1	8,0	5,4	0,2	9,6	35,3	4,7	4,9	0,2	0,1	2,4
Burg, Kirchspiel Ldg.	4.334	2.791	64,5	13,1	6,9	5,4	0,1	3,9	21,2	1,4	7,1	1,8	0,6	1,5
Eddelak, Kirchspiel Ldg.	3.118	1.952	60,2	7,0	8,6	4,0	0,2	2,5	23,2	3,4	4,4	3,6	0,5	1,6
Marne, Stadt	3.575	2.331	78,3	4,5	14,9	13,9	0,1	5,3	20,9	4,2	7,9	0,1	0,0	4,4
Marne, Kirchspiel Ldg.	5.088	2.933	64,1	9,2	15,1	5,5	0,1	3,5	19,0	3,9	2,1	0,3	0,1	4,0
Meldorf	4.131	2.673	75,6	3,0	11,7	10,7	0,0	10,1	23,9	1,4	9,2	0,3	0,0	3,8
Süderhastedt, Ksp., Ldg.	3.944	2.477	64	22,2	6,0	3,8	0,0	4,0	15,0	0,6	4,0	5,8	0,4	1,0
Südermeldorf-Geest, Ksp. Ldg.	3.950	2.250	65,2	28,2	9,0	6,0	0,0	2,3	6,9	2,2	1,2	5,6	0,8	1,8
Restbezirk Süderdithm.	12.162	7.059	68,8	11,9	17,1	5,1	0,1	3,9	21,1	2,7	2,8	1,7	0,4	2,9

Abkürzungen: SHLP (1921, 1924) = Schleswig-Holsteinische Landespartei; DVFP = Deutsch-Völkische Freiheitspartei; NSFB = Nationalsozialistische Freiheitsbewegung; NSDAP = Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei; WP = Wirtschaftspartei (Reichspartei des Deutschen Mittelstands); (weitere s.u.)

Reichstagswahl vom 14. September 1930, Ergebnisse in Prozent der Wahlberechtigten													
	Bev.	WB	Wbet.	NSDAP	DNVP	DVP	Z	DDP	SPD	KPD	WP	CNBLP	Sonst.
Deutsches Reich	64,3 Mill.	43,0 Mill.	82,0	14,9	5,7	3,9	12,1	3,1	20,0	10,7	3,2	2,6	5,8
Schleswig-Holstein	1.566.859	1.088.285	82,6	22,1	5	5,9	0,8	3,9	24,4	8,7	3,3	3,1	4,7
Kreis Norderdithmarschen	42.394	27.720	73,3	36,6	2,9	2,3	0,3	1,8	12,9	7,5	2,8	3,3	2,4
Büsum, Kirchspiel Landgemeinde	3.477	2.378	63,8	27,1	2,7	3,5	0,7	1,8	10,4	7,7	3,0	2,2	3,3
Heide	10.621	7.642	79,3	26,2	4,9	4,4	0,6	3,2	22,4	8,0	4,4	1,2	3,5
Hennstedt, Ksp. Ldg.	4.130	2.553	64,4	46,8	2,0	1,1	0,1	1,0	3,2	1,1	1,7	6,1	1,3
Lunden, Ksp. Ldg.	4.309	2.812	71,4	34,7	2,2	1,4	0,2	1,3	11,4	12,6	1,6	3,0	2,7
Tellingstedt, Ksp. Ldg.	6.426	4.142	66,9	43,1	2,2	1,3	0,0	1,2	8,3	1,2	3,6	4,7	1,2
Wesselburen, Stadt	2.654	1.732	87,7	44,5	1,6	2,1	0,2	1,4	10,7	19,3	1,0	1,4	4,0
Wesselburen, Ksp. Ldg.	3.671	2.109	81,3	46,4	1,8	0,6	0,3	1,8	10,5	13,8	0,9	3,3	0,8
Restbezirk Norderdithm.	7.106	4.352	70,5	41,1	2,3	1,3	0,1	1,0	10,6	5,0	1,8	5,6	1,5
Kreis Süderdithmarschen	53.438	34.066	72,5	26,1	2,7	3,0	0,1	3,1	19,7	4,9	3,3	4,5	4,4
Albersdorf, Kirchspiel Ldg.	5.639	3.576	63,5	25,1	3,3	1,9	0,0	2,0	7,7	2,2	5,0	10,9	4,8
Brunsbüttel, Kirchspiel Ldg.	2.253	1.391	80,6	18,0	3,7	2,6	0,3	2,5	40,4	4,7	3,2	0,9	2,9
Brunsbüttelkoog	5.244	3.622	80,1	11,4	3,4	5,1	0,4	7,6	34,6	8,0	4,9	0,4	3,5
Burg, Kirchspiel Ldg.	4.340	2.932	73,0	33,1	1,2	3,3	0,1	1,7	21,4	2,1	2,6	1,6	5,5
Eddelak, Kirchspiel Ldg.	3.118	1.949	71,0	23,2	2,0	1,9	0,0	2,5	25,3	4,7	3,0	2,9	4,6
Marne, Stadt	3.575	2.442	82,0	21,6	3,9	8,5	0,2	5,9	23,7	5,4	5,5	2,5	4,3
Marne, Kirchspiel Ldg.	5.088	3.007	66,3	27,2	3,0	1,1	0,1	2,7	16,4	6,7	1,7	4,9	2,3
Meldorf	4.131	2.855	80,5	22,9	3,0	5,6	0,0	5,7	20,6	6,9	6,2	1,5	7,5
Süderhastedt, Ksp., Ldg.	3.944	2.673	68,3	33,0	1,0	1,6	0,1	2,2	13,2	2,5	3,2	2,8	8,3
Südermeldorf-Geest, Ksp. Ldg.	3.950	2.360	69,9	46,3	0,7	1,3	0,0	0,8	6,0	2,0	1,3	7,0	4,2
Restbezirk Süderdithm.	12.156	7.259	70,5	26,8	3,4	1,5	0,1	1,4	18,7	6,1	1,7	7,3	2,9

Reichstagswahl vom 31. Juli 1932, Ergebnisse in Prozent der Wahlberechtigten													
	Bev.	WB*	Wbet	NSDAP	DNVP	DVP	Z	DStP	SPD	KPD	WP	Sonst.	
Deutsches Reich	62,4 Mill.	44,2 Mill.	84,1	31,1	4,9	1,0	13,1	0,8	18,0	11,9	0,3	2,2	
Schleswig-Holstein	1.566.859	1.141.392	87,7	44,3	5,7	1,2	1,1	1,2	22,7	9,3	0,2	1,2	
Kreis Norderdithmarschen	42.394	29.425	87,8	59,7	5,4	0,9	0,6	0,6	12,3	6,7	0,1	1,0	
Büsum, Kirchspiel Landgemeinde	3.477	2.400?	97,8	51,5	9,2	3,0	2,5	1,2	20,3	7,7	0,3	2,0	
Heide	10.621	7.978?	87,1	44,2	8,8	1,2	0,9	0,9	21,5	8,0	0,2	1,3	
Hennstedt, Ksp. Ldg.	4.130	1.601?	94,2	89,1	1,8	0,2	0,3	0,4	1,4	0,5	0,1	0,4	
Lunden, Ksp. Ldg.	4.309	2.700?	85,7	52,0	5,2	0,5	0,2	0,1	12,0	14,9	0,0	0,8	
Tellingstedt, Ksp. Ldg.	6.426	4.160?	94,4	82,1	3,7	0,2	0,1	0,3	5,8	1,7	0,0	0,6	
Wesselburen, Stadt	2.654	2.727?	73,3	57,2	2,8	0,3	0,0	0,2	6,2	6,2	0,0	0,4	
Wesselburen, Ksp. Ldg.	3.671	1.754?	93,1	59,9	4,6	1,3	0,5	0,4	10,6	14,5	0,0	1,3	
Restbezirk Norderdithm.	7.106	4.068?	96,6	76,9	4,1	0,6	0,5	0,4	8,6	4,8	0,0	0,8	
Kreis Süderdithmarschen	53.438	35.606	89,1	52,9	5,2	1,0	0,2	1,5	19,0	7,4	0,2	1,2	
Albersdorf, Kirchspiel Ldg.	5.639	3.729	90,0	73,9	5,7	0,6	0,0	0,7	5,1	2,1	0,2	1,5	
Brunsbüttel, Kirchspiel Ldg.	2.253	1.532	92,2	38,6	4,1	0,8	0,6	1,8	36,4	8,6	0,0	1,2	
Brunsbüttelkoog	5.244	3.752	83,9	26,0	5,7	1,1	0,8	5,2	31,5	11,5	0,5	1,5	
Burg, Kirchspiel Ldg.	4.340	3.092	91,0	56,8	3,3	1,2	0,2	1,7	20,8	5,4	0,2	1,4	
Eddelak, Kirchspiel Ldg.	3.118	2.072	88,5	48,6	2,8	1,0	0,2	0,8	23,7	10,7	0,2	0,5	
Marne, Stadt	3.575	2.562	89,2	42,9	9,1	1,7	0,2	1,8	25,2	6,8	0,6	0,9	
Marne, Kirchspiel Ldg.	5.088	3.137	85,8	48,6	3,7	0,6	0,2	0,7	18,4	12,6	0,2	0,8	
Meldorf	4.131	3.024	88,2	43,9	10,7	2,4	0,1	2,2	19,5	8,0	0,1	1,3	
Süderhastedt, Ksp. Ldg.	3.944	2.755	86,8	61,6	3,5	0,8	0,2	1,2	13,0	4,4	0,3	1,8	
Südermeldorf-Geest, Ksp. Ldg.	3.950	2.458	92,1	83,3	1,9	0,2	0,1	0,1	3,9	1,8	0,3	0,4	
Restbezirk Süderdithmarschen	12.156	7.493	88,1	53,7	5,2	0,6	0,2	0,7	18,8	8,2	0,1	0,7	

Abkürzungen: DBP = Deutsche Bauernpartei; CNBLP = Christlichnationale Bauern- und Landvolkpartei; CSVD = Christlich sozialer Volksdienst; DStP = Deutsche Staatspartei; Sonst. = Sonstige Parteien; (siehe auch obige Anmerkungen).

WB*/? = Wahlberechtigtenziffern liegen für 1932 nicht vor, Schätzungen bzw. Angaben anhand anderer Reichstagswahlen.

Reichstagswahl vom 6. November 1932, Ergebnisse in Prozent der Wahlberechtigten													
	Bev.	WB*	Wbet.	NSDAP	DNVP	DVP	Z	DStP	SPD	KPD	CSVD	WP	Sonst.
Deutsches Reich	62,4 Mill.	44,4 Mill.	80,6	26,5	6,7	1,5	12,0	0,8	16,3	13,5	0,9	0,2	1,6
Schleswig-Holstein	1.566.859	1.124.451	84,9	38,4	8,6	1,8	0,9	1,0	20,8	11,1	0,7	0,1	0,6
Kreis Norderdithmarschen	42.394	28.818	83,8	54,8	7,8	1,0	0,3	0,4	10,8	7,9	0,4	0,0	0,4
Büsum, Kirchspiel Landgemeinde	3.477	2.335?	64,3	32,2	7,2	2,7	0,4	0,3	12,8	7,4	0,6	0,1	0,7
Heide	10.621	8.318?	81,5	37,3	12,0	1,5	0,7	0,9	18,1	9,8	0,7	0,1	0,4
Hennstedt, Ksp. Ldg.	4.130	2.567?	91,2	82,1	4,2	0,7	0,2	0,3	1,5	2,0	0,1	0,0	0,2
Lunden, Ksp. Ldg.	4.309	2.745?	85,2	49,0	7,0	0,5	0,2	0,1	11,4	16,3	0,5	0,0	0,3
Tellingstedt, Ksp. Ldg.	6.426	4.316?	89,7	74,2	6,3	0,5	0,0	0,0	6,1	2,0	0,1	0,0	0,6
Wesselburen, Stadt	2.654	1.813?	86,7	52,7	6,5	0,3	0,5	0,7	9,8	15,0	0,0	0,0	1,1
Wesselburen, Ksp. Ldg.	3.671	2.241?	87,1	64,7	4,9	0,6	0,0	0,4	7,0	9,4	0,0	0,0	0,1
Restbezirk Norderdithm.	7.106	4.482?	84,7	64,1	6,3	0,9	0,2	0,0	7,7	5,0	0,5	0,0	0,1
	Bev.	WB*	Wbet.	NSDAP	DNVP	DVP	Z	DStP	SPD	KPD	CSVD	WP	Sonst.
Kreis Süderdithmarschen	53.438	35.173	85,5	49,2	7,2	1,5	0,2	1,3	16,2	8,7	0,5	0,1	0,5
Albersdorf, Kirchspiel Ldg.	5.639	3.729?	85,9	68,1	7,2	1,2	0,1	0,5	4,5	3,2	0,7	0,0	0,4
Brunsbüttel, Kirchspiel Ldg.	2.253	1.532?	82,6	34,2	4,4	1,6	0,0	0,9	27,1	13,6	0,1	0,1	0,7
Brunsbüttelkoog	5.244	3.752?	80,8	22,9	8,4	3,0	0,7	4,3	25,9	13,9	0,9	0,2	0,6
Burg, Kirchspiel Ldg.	4.340	3.092?	86,5	50,8	5,5	0,9	0,3	1,6	19,9	5,6	1,1	0,3	0,6
Eddelak, Kirchspiel Ldg.	3.118	2.072?	84,6	44,5	4,6	0,9	0,1	1,0	18,5	13,6	0,2	0,4	0,7
Marne, Stadt	3.575	2.562?	97,0	56,4	6,0	0,7	0,3	1,1	16,3	15,5	0,2	0,0	0,4
Marne, Kirchspiel Ldg.	5.088	3.137?	73,2	34,7	9,4	2,0	0,1	1,2	18,2	6,1	0,2	0,1	1,1
Meldorf	4.131	3.024?	86,6	37,4	14,5	4,2	0,3	1,9	18,7	8,4	0,9	0,1	0,4
Süderhastedt, Ksp., Ldg.	3.944	2.755?	79,5	56,0	4,3	1,1	0,1	0,8	10,9	5,0	0,7	0,2	0,3
Südermeldorf-Geest, Ksp. Ldg.	3.950	2.458?	87,2	76,0	3,0	0,4	0,1	0,1	3,9	3,2	0,1	0,0	0,3
Restbezirk Süderdithm.	12.156	7.493?	90,7	53,8	7,8	0,8	0,2	0,5	16,9	10,1	0,3	0,1	0,3

Reichstagswahl vom 5. März 1933, Ergebnisse in Prozent der Wahlberechtigten													
	Bev.	WB	Wbet.	NSDAP	DNVP	DVP	Z	DStP	SPD	KPD	CSVD	DBP	Sonst.
Deutsches Reich	62,4 Mill.	44,7 Mill.	88,8	38,7	7,0	1,0	12,3	0,7	16,1	10,9	0,9	0,3	0,2
Schleswig-Holstein	1.566.859	1.133.150	89,5	47,1	9,0	1,2	0,9	0,7	19,6	9,5	0,6	0,0	0,0
Kreis Norderdithmarschen	42.394	28.817	89,5	60,9	10,3	0,6	0,3	0,2	9,0	7,0	0,5	0,0	0,0
Büsum, Kirchspiel Landgemeinde	3.477	2.335	80,1	45,8	11,7	1,2	0,0	0,2	11,5	8,0	0,3	0,0	0,0
Heide	10.621	8.318	89,5	45,1	15,3	1,3	0,6	0,6	15,7	9,0	1,1	0,0	0,0
Hennstedt, Ksp. Ldg.	4.130	2.567	92,4	83,9	5,8	0,2	0,2	0,0	1,4	0,5	0,1	0,0	0,1
Lunden, Ksp. Ldg.	4.309	2.745	89,6	53,3	9,2	0,1	0,1	0,0	9,3	16,2	0,4	0,0	0,0
Tellingstedt, Ksp. Ldg.	6.426	4.316	93,0	78,7	7,6	0,1	0,0	0,0	5,3	0,8	0,1	0,0	0,0
Wesselburen, Stadt	2.654	1.813	91,9	59,5	10,4	0,4	0,2	0,2	5,9	13,4	0,7	0,0	0,1
Wesselburen, Ksp. Ldg.	3.671	2.241	88,5	69,4	6,1	0,3	0,2	0,1	5,7	6,0	0,2	0,0	0,0
Restbezirk Norderdithm.	7.106	4.482	88,9	68,8	8,2	0,2	0,2	0,1	6,1	4,5	0,3	0,0	0,0
	Bev.	WB	Wbet.	NSDAP	DNVP	DVP	Z	DStP	SPD	KPD	CSVD	DBP	Sonst.
Kreis Süderdithmarschen	53.438	35.606	89,6	56,6	9,3	0,9	0,2	0,7	13,8	7,0	0,4	0,0	0,0
Albersdorf, Kirchspiel Ldg.	5.639	3.729	91,6	79,8	7,4	0,4	0,1	0,2	1,5	0,9	0,6	0,0	0,1
Brunsbüttel, Kirchspiel Ldg.	2.253	1.532	89,5	39,7	7,4	0,5	0,1	0,3	29,8	10,1	0,3	0,0	0,1
Brunsbüttelkoog	5.244	3.752	88,6	31,8	12,7	2,1	0,7	2,5	25,6	11,3	0,7	0,1	0,0
Burg, Kirchspiel Ldg.	4.340	3.092	89,8	58,6	7,4	0,8	0,1	1,1	15,8	4,2	1,0	0,0	0,0
Eddelak, Kirchspiel Ldg.	3.118	2.072	91,3	53,7	8,1	0,8	0,2	0,6	16,9	9,7	0,1	0,0	0,0
Marne, Stadt	3.575	2.562	92,3	46,9	16,2	1,8	0,1	0,8	18,5	7,4	0,3	0,0	0,0
Marne, Kirchspiel Ldg.	5.088	3.137	86,1	51,9	6,5	0,6	0,1	0,5	13,2	12,3	0,0	0,0	0,1
Meldorf	4.131	3.024	91,9	49,1	17,2	2,1	0,2	1,2	13,8	7,3	0,4	0,0	0,0
Süderhastedt, Ksp. Ldg.	3.944	2.755	88,0	67,8	4,9	0,8	0,1	0,4	8,8	4,2	0,3	0,0	0,0
Südermeldorf-Geest, Ksp. Ldg.	3.950	2.458	91,7	83,8	3,3	0,1	0,2	0,2	2,2	1,7	0,1	0,1	0,0
Restbezirk Süderdithmarschen	12.156	7.493	88,1	56,2	9,1	0,4	0,1	0,3	13,4	7,7	0,4	0,1	0,0

Abkürzungen: siehe oben. (WB*/? = Wahlberechtigtenziffern liegen für 1932 nicht vor, Schätzungen bzw. Angaben anhand anderer Reichstagswahlen, i.d.R. 1933).

Auswahlbibliografie



Foto: Nils Hinrichsen, Bad Segeberg

Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein und Dithmarschen

Der AKENS hat 2008 in seiner Festschrift „Siegeszug in der Nordmark“ (s.u.) eine Auswahlbibliografie vorgelegt, die es Laien ermöglicht, die schwer überschaubare Literatur nach den Themen zu durchsuchen. Diese Bibliografie steht vollständig unter www.akens.org zum Download zur Verfügung.

Im Folgenden haben wir daraus eine Auswahl zusammengestellt und durch aktuellere Forschungen ergänzt. Für eingehendere Literaturrecherchen verweisen wir gerne auf die fortlaufende Bibliografie der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek, die bei der Suche von großem Nutzen ist (www.shlb.de).

Zeitschriften und Veröffentlichungsreihen in Schleswig-Holstein

- a) Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte (= ISHZ)
- b) Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte (= ZSHG)
- c) Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins (= QFGSH)
- c) Demokratische Geschichte (= DG)
- d) Grenzfriedenshefte (= Gfh)
- e) Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte (= SWSG, Veröffentlichungen des Arbeitskreis Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins)
- f) Dithmarschen. (=ZsD, hgg. vom Verein für Dithmarscher Landeskunde e..V.)
- g) Jahrbücher der Geschichtsvereine in den Kreisgebieten (Signaturen und Titel vollständig recherchierbar in der Landesbibliothek Schleswig-Holstein, Kiel)
- h) Biographisches Lexikon für Schleswig-Holstein und Lübeck. Neumünster, diverse Jahrgänge (bis Bd. 5 unter dem Titel Schleswig-Holsteinisches biographisches Lexikon)

Zur Geschichte Schleswig-Holsteins von 1918 bis 1945

Ulrich Lange (Hg.), Geschichte Schleswig-Holsteins. Neumünster 1996, ²2003.

Gerhard Paul/Uwe Danker/Peter Wulf (Hg.), Geschichtsumschlungen. Sozial- und Kulturgeschichtliches Lesebuch Schleswig-Holstein 1848–1948. Bonn 1996.

Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt/Ortwin Pelc (Hg.), Das Neue Schleswig-Holstein-Lexikon. Neumünster 2006.

Ingwer E. Momsen/Eckart Dege/Ulrich Lange (Hg.), Historischer Atlas Schleswig-Holstein. 1867 bis 1945. Neumünster 2001.

Ingwer E. Momsen/Eckart Dege/Ulrich Lange (Hg.), Interaktiver Historischer Atlas Schleswig-Holstein. 1867 bis 1945. Neumünster 2002.

Uwe Danker / Utz Schliesky (Hg.), Schleswig-Holstein 1800 bis heute. Eine historische Landeskunde. Husum 2014.

Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus, Überblicke

Erich Hoffmann/Peter Wulf (Hg.), „Wir bauen das Reich“. Aufstieg und erste Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Neumünster 1983.

- Peter Wulf, Zustimmung, Mitmachen, Verfolgung und Widerstand – Schleswig-Holstein in der Zeit des Nationalsozialismus. In: Lange (Hg.), Geschichte Schleswig-Holsteins, S. 553-589 (in der 1. Auflage 1996).
- Gerhard Paul, Landunter. Schleswig-Holstein und das Hakenkreuz. Münster 2001.
- Kay Dohnke, Nationalsozialismus in Norddeutschland. Ein Atlas. Hamburg/Wien 2001.
- Uwe Danker/Astrid Schwabe, Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus. Handbuch – Lesebuch – Lehrbuch. Neumünster 2005.
- „Siegeszug in der Nordmark“ Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus 1925-1950. Schlaglichter – Studien – Rekonstruktionen. Kiel 2008. Herausgegeben vom Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein e.V.

Landvolkbewegung

- Alexander Otto-Morris, Rebellion in the Province: the Landvolkbewegung and the Rise of National Socialism in Schleswig-Holstein. Frankfurt a.M. 2013.
- Gerhard Stoltenberg, Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918–1933. Ein Beitrag zur politischen Meinungsbildung in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1962
- Nils Werner, Die Prozesse gegen die Landvolkbewegung in Schleswig-Holstein 1929–1932. Frankfurt am Main 2001.
- Arne Wolter, Die Entwicklung der schleswig-holsteinischen Landvolkbewegung im Spiegel ihres Zentralorgans „Das Landvolk“ (1928–1932). Hamburg 1995.
- Hans Fallada: Bauern, Bonzen und Bomben. Hamburg 1931 [Roman].
- Jürgen Schimmelreiter (Pseudonym: Peter Petersen), Unter der schwarzen Bauernfahne. Die Landvolkbewegung im Kampfe für Deutschlands Befreiung. München 1929.
- Walter Luetgebrune, Neu-Preußens Bauernkrieg. Entstehung und Kampf der Landvolkbewegung. Hamburg 1931.

Wahlen

- Rudolf Heberle, Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918 bis 1932. Stuttgart 1963.
- Frank Omland, „Die Nordmark steht zu Hitler!“. Wählerwanderungen und Wählerherkunft der NSDAP 1924–1933. In: ISHZ 48 (2007), S. 4-67.
- Frank Omland, „Wie ihr wählt, so wird regiert!“. Wahlen, Wählerherkünfte und Wählerwanderungen in Schleswig-Holstein 1919–1924. In: ZSHG 132 (2007), S. 133-176.
- Frank Omland, „Warum wählt der Schleswig-Holsteiner nationalsozialistisch“. Wahlen, Wählerherkünfte und Wählerwanderungen in Schleswig-Holstein 1928–1933. In: ZSHG 133 (2008), S. 133-174.

Frank Omland, „Wie wähle ich?“ Die Provinziallandtagswahlen in Schleswig-Holstein 1921–1933. In: Detlev Kraack/Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt (Hg.), Brückenschläge aus der Vergangenheit. Festschrift für Peter Wulf zu seinem 70. Geburtstag. Neumünster 2008, S. 265-294 (= SWSG, 44).

Frank Omland, „Gegen das System!“ Zum Aufstieg der NSDAP bei den Wahlen in Schleswig-Holstein 1924-1933. In: ISHZ 50 (2008), S. 28-53.

Zeitungswesen, Presse

Markus Oddey: Unter Druck gesetzt. Presse und Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Struktur – Wahrnehmung – Herrschaftsakzeptanz. Eutin 2006.

Markus Oddey: „Täglich unsere Weltanschauung in das Volk hineingetragen“ Die schleswig-holsteinische NS-Parteipresse und der Gauverlag. In: ISHZ 50 (2008), S. 74-95.

Markus Oddey: Lizenzen, Entnazifizierung und Konzentration. Die Presse in Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus nach 1945. In: DG 18 (2007), S. 151-165.

Schleswig-Holstein, weitere Literatur (Auswahl)

Uwe Danker, Die drei Leben des Hinrich Lohse. In: DG 11 (1998), S. 105-114.

Kay Dohnke/Norbert Hopster/Jan Wirrer (Hg.), Niederdeutsch im Nationalsozialismus. Studien zur Rolle regionaler Kultur im Faschismus. Hildesheim u.a. 1994.

Sebastian Lehmann, Kreisleiter der NSDAP in Schleswig-Holstein. Lebensläufe und Herrschaftspraxis einer regionalen Machtelite. Bielefeld 2007 (= IZRG-Schriftenreihe, 13).

Martin Müller-Olm, Die Landwirtschaft und die Parteien in Schleswig-Holstein am Anfang der Weimarer Republik. Kiel 1994 (Magisterarbeit Universität Kiel).

Frank Omland, „Der Parlamentarismus der alten Form existierte schon nicht mehr“. Die schleswig-holsteinischen Abgeordneten der NSDAP im Reichstag 1924–1945. In: ISHZ 41/42 (2003), S. 100-129.

Gerhard Paul / Miriam Gillis-Carlebach (Hg.), Menora und Hakenkreuz. Zur Geschichte der Juden in und aus Schleswig-Holstein, Lübeck und Altona (1918-1998). Neumünster 1998.

Gerhard Paul / Bettina Goldberg, Matrosenanzug und Davidstern. Bilder jüdischen Lebens aus der Provinz. Neumünster 2002.

Rudolf Rietzler, „Kampf in der Nordmark“. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919–1928). Neumünster 1982 (= SWSG, 4).

Doris Tillmann, Landfrauen in Schleswig-Holstein 1930–1950. Zeitgeschichte und Alltagsleben. Heide 2006.

Kreis Dithmarschen

- Dithmarschen. Zeitschrift des Vereins für Dithmarscher Landeskunde e.V. [Erscheint vierteljährlich am Ende des Quartals, darin finden sich eine Reihe von kurzen Artikeln zur Zeitgeschichte].
- Geschichte Dithmarschens. Das 20. Jahrhundert. (Redaktion: Martin Gietzelt; Verein für Dithmarscher Landeskunde e.V.), Heide 2013.
- Dithmarscher Landesmuseum (Hg.), Ganz Deutschland ist ein Koog. Dithmarschen und der Nationalsozialismus. Meldorf 2008. [Broschüre zur gleichnamigen Ausstellung].
- Martin Gietzelt / Ulrich Pfeil, Dithmarschen im „Dritten Reich“ 1933-1945. In: Verein für Dithmarscher Landeskunde (Hg.), Geschichte Dithmarschens. Das 20. Jahrhundert. Redaktion: Martin Gietzelt. Heide 2013, S. 35-74.
- Nils Hinrichsen, Inhalt, Form und Verantwortung. Zur musealen Präsentation von NS-Geschichte: das Beispiel der Ausstellung „Ganz Deutschland ist ein Koog – Dithmarschen und der Nationalsozialismus“ (12.4.-2.11.2008 im Dithmarscher Landesmuseum, Meldorf). In: ISHZ 51 (2009), S. 96-111.
- Uwe Karstens, Die Ausbreitung des Nationalsozialismus in Dithmarschen 1925–1933. Staatsexamensarbeit Kiel 1984 [Einsehbar in der Landesbibliothek Kiel].
- Uwe Karstens, Der Fall „Grantz“ – Innere Kämpfe in der dithmarsischen NSDAP 1929/30. In: ZSHG 112 (1987), S. 215-233.
- Ulrich Pfeil, Partikularismus, Sonderbewußtsein und Aufstieg der NSDAP. Kollektive Denkhaltungen und kollektive Erinnerung in Dithmarschen 1866 – 1933. In: ZSHG 124 (1999), S. 135-164.
- Ulrich Pfeil, Dithmarschen in der Weimarer Republik 1918-1933. In: Verein für Dithmarscher Landeskunde (Hg.), Geschichte Dithmarschens. Das 20. Jahrhundert. Redaktion: Martin Gietzelt. Heide 2013, S. 9-34.
- Ulrich Pfeil, Die evangelische Kirche in Dithmarschen zwischen Republik und Nationalsozialismus - 4 Beispiele. In: ZsD, Heft 2/ 1995, S. 37-40.
- Holger Piening, Westküste 1945: Nordfriesland und Dithmarschen am Ende des Zweiten Weltkrieges. Heide 2000.
- Klaus Schwieger, Das Ende der Weimarer Republik in Süderdithmarschen. In: N. R. Nissen (Hg.): Süderdithmarschen. 1581-1970. Heide 1970.

Kreis Dithmarschen: Heide und weitere Gemeinden

- Jens-Peter Biel, Die Etablierung der nationalsozialistischen Herrschaft in Meldorf 1933-1936. In: ZsD, Heft 4/1998, S. 80-87.
- Inge Hurtienne, Die Durchsetzung und Festigung des nationalsozialistischen Regimes in Burg. In: ZsD, Heft 4/1989, S. 76-81; Heft 1/1990, S. 16-22.
- Christian Peters, Nationalsozialistische Machtdurchsetzung in Kleinstädten. Eine vergleichende Studie zu Quakenbrück und Heide / Holstein. Bielefeld 2015.
- Ulrich Pfeil, Der Aufstieg der NSDAP in Heide 1928–1933. Staatsexamensarbeit Hamburg 1992.

- Ulrich Pfeil, Die KPD im ländlichen Raum. Die Geschichte der Heider KPD 1920-1935. In: DG 10 (1996), S. 167-206.
- Ulrich Pfeil, Vom Kaiserreich ins „Dritte Reich“. Die Kreisstadt Heide/Holstein 1890–1933. Heide 1997.
- Ulrich Pfeil, Von der roten Revolution zur braunen Diktatur. Heide zwischen 1918 und 1935. Quellen, Texte und Abbildungen für die Sekundärstufe I. Heide 1997.
- Marie-Elisabeth Rehn, Heider gottsleider. Kleinstadtleben unter dem Hakenkreuz. Eine Biographie. Berlin 2005.
- Willy Schulz, Die Machtübertragung an die Nationalsozialisten in Meldorf, Heide 1986.

Kreis Dithmarschen: Biografien, Verfolgungsbiografien

- Jens Binckebanck, Hans Wiggers Ehrenerklärung für die SS – eine Dekonstruktion. In: Dithmarschen Heft 1/2018, S. 2-10.
- Maria von Borries, Der Verleger und Pazifist Paul Riechert. In: Karl-Heinz Spalt (Hg.), Kultur oder Vernichtung? Darmstadt 1990, S. 207-225.
- Georg Friedrich Gerchen, Vom Heider Marktplatz bis zum KZ Neuengamme – Informationen über die Widerstandskämpfer Gustav Bruhn und Elisabeth Bruhn. Heide 1993.
- Jan Klabunde, Friedrich Jansen und Ferdinand Diekmann. In: Dithmarschen Heft 1/2010, S. 17-25.
- Jan Klabunde, Johann Wilhelm Jasper (1898–1934). In: Dithmarschen Heft 2/2011, S. 2-8.
- Jan Klabunde, Johannes Gerhard Kratzat: „Der gelehrte Seemann“. In: Dithmarschen Heft 4/2010, S. 8-16.
- Erwin Rehn/Marie-Elisabeth Rehn, Die Stillschweigs. Von Ostrowo über Berlin und Peine nach Heide in Holstein bis zum Ende in Riga, Theresienstadt und Auschwitz. Eine jüdische Familiensaga. Konstanz 1998.
- Dieter Stein, Lynchmord in der Südermarsch. Der Tod Adolf Bauers 1932 in Rösthuse bei Marne. In: ISHZ Beiheft 8, Kiel 2018. [Darin auch eine umfassende regionale Auswahlbibliografie].

Kreis Dithmarschen: Landgewinnung

- Lars Amenda, „Volk ohne Raum schafft Raum“. Rassenpolitik und Propaganda im nationalsozialistischen Landgewinnungsprojekt an der schleswig-holsteinischen Westküste. In: ISHZ 45 (2005), S. 4-31.
- Jens-Peter Biel, Das Bauprojekt Adolf-Hitler-Koog und das Betätigungsfeld des NS-Arbeitsdienstes 1933 bis 1936, Teil 1. In: Dithmarschen, Heft 3/2006, S. 81-92, 2. Teil Heft 2/2007, S. 46-49.
- Uwe Danker mit Claudia Ruge, Die Neulandhalle. Die Machbarkeitsstudie zur Neunutzung als „historischer Lernort Neulandhalle“. Institut für schleswig-

holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte der Universität Flensburg, Juni 2012
(= Sonderveröffentlichung des Beirats für Geschichte, 24).

Klaus Groth, Der Aufbau des Adolf-Hitler-Koogs – Ein Beispiel nationalsozialistischen ländlichen Siedlungsbaus. In: Hoffmann/Wulf (Hg.), „Wir bauen das Reich“, S. 309-331.

Klaus Groth, Der nationalsozialistische ländliche Siedlungsbau am Beispiel des Adolf-Hitler-Kooges. Examensarbeit, Lübeck 1981.

Nils Hansen, Der Adolf-Hitler-Koog. In: Carsten Fleischhauer/Guntram Turkowski (Hg.), Schleswig-Holsteinische Erinnerungsorte. Heide 2006, S. 78-83.

Jan G. Smit, Neubildung deutschen Bauertums. Innere Kolonisation im Dritten Reich. Fallstudien in Schleswig-Holstein. Kassel 1983, S. 281-315.

Frank Trende, Nationalsozialistische Symbolik: Die Neulandhalle im Dieksanderkoog. In: Bärbel Manitz/ Thomas Al. Greifeld (Hg.), KuNSt ohne Museum. Beiträge zur Kunst in Schleswig-Holstein 1933–1945. Heide 1993, S. 140-150.

Frank Trende, Neuland war das Zauberwort. Neue Deiche in Hitlers Namen. Heide 2011.

Kreis Dithmarschen: Konzentrationslager, Arbeitserziehungslager

Walter Denker, Die Vogelinsel Trischen als geplanter Standort eines Konzentrationslagers für politisch Verfolgte. Ein Beitrag zur Geschichte der Insel Trischen während der NS-Zeit. In: Dithmarschen Heft 4/2015, S. 2-6.

Detlef Korte, Der Tod des Pastors Dittmann. In: Dithmarschen Heft 3/1992, S. 64-67.

Martin Clemens Winter, „Dienstleistung anlässlich eines Gefangenentransportes“. Polizei und Evakuierungstransporte aus Konzentrationslagern am Beispiel Brunsbüttelkoog. In: KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hg.), Polizei, Verfolgung und Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bremen 2013, S. 40-49 (= Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, 15).

Kreis Dithmarschen: Zweiter Weltkrieg, Zwangsarbeitende, Kriegsende

Harro Harder, Ausländer in der Stadt Heide/Holstein (1939-1945). Eine Fallstudie zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen einer deutschen Kleinstadt während des Zweiten Weltkrieges. Magisterarbeit, Kiel 1994.

Werner-Heisenberg-Gymnasium, Heide / Stiftung gegen Extremismus und Gewalt in Heide und Umgebung / St. Jürgen Kirchengemeinde Heide (Hg.), „Leben und Arbeiten unter Zwang“. Dithmarschen 1939–1945. Heide 2009.

Gerhard Hoch, Kriegsgefangene und „Fremdvölkische“ in Heide und Hemmingstedt während des Zweiten Weltkrieges. In: Dithmarschen Heft 3/1991, S. 56-60.

Gerhard Hoch, Geordnetes Massensterben. In: Dithmarschen Heft 1/1996, S. 3-7.

Gerhard Hoch, Die „Seuchenbaracke“ in Hindorf. In: Dithmarschen Heft 1/1996, S. 16-18.

Holger Piening, Luftangriffe und Flugzeugabstürze im Bereich Heide vor 70 Jahren. In: Dithmarschen Heft 4/2014, S. 15-25.

Holger Piening, Die Bombenabwürfe bei Preil vom 4. September 1939. In: Dithmarschen Heft 4/2012, S. 11-15.

Marie-Elisabeth Rehn, Die Ausländergemeinde in Heide während des 2. Weltkrieges. In: ISHZ 16 (1989), S. 4-42.

Kreis Dithmarschen: Gedenken, Gedenkorte

Klaus Alberts, Gedenkstätte Gudendorf. Hg. von der Architekten- und Ingenieurkammer Schleswig-Holstein. O.O. 2. Auflage 1995. (Wiederabdruck in: Dithmarschen Heft 1/1996, S. 8-13).

Georg Friedrich Gerchen, Grablage: russ. Friedhof Gudendorf b/Meldorf. Berlin 2015.

Martin Gietzelt, Das Lager und die Gedenkstätte Gudendorf. Studie zum Forschungsstand In: ISHZ 41/42 (2003), S. 330-353.

Martin Gietzelt, Die Gedenkstätte Gudendorf. Neue Forschungsergebnisse. In: Dithmarschen Heft 3/2004, S. 58-80.

Werner-Heisenberg-Gymnasium, Heide / Stiftung gegen Extremismus und Gewalt in Heide und Umgebung (Hg.), „Den Opfern einen Namen geben“. Das Massengrab sowjetischer Kriegsgefangener am Westmoorweg in Heide. Heide 2012.

Kreis Dithmarschen: weitere Literatur (Auswahl)

Jens-Peter Biel, Protestantische Kirche und Nationalsozialismus in Dithmarschen 1933–1935. Der Kampf um eine neue deutsche Gläubigkeit. In: ZSHG 131 (2006), S. 177-218.

Jens-Peter Biel, Zur Rolle der Heimatmuseen in der nationalsozialistischen Kulturpolitik. Das Beispiel Dithmarscher Landesmuseum und sein Direktor Dr. Alfred Kamphausen 1931 bis 1945. In: Dithmarschen Heft 3/2002, S. 79-88.

Gerhard Hoch, Des Reiches Volksschullehrer. Zur Geschichte der Landesbildungsanstalt Lunden. In: ISHZ 29 (1996), S. 34-50.

Dieter Kienitz, Verein unter dem Hakenkreuz. Die Zeit des Nationalsozialismus in Dithmarschen und im Spiegel der Zeitschrift „Dithmarschen“. In: Dithmarschen Heft 1/2 2014, S. 18-26.

Ernst Kracht, Aus meinem Leben: Erinnerungen, Erlebnisse und Erfahrungen. Heide 1986.

Martin Matthiessen, Erinnerungen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Meldorf 1980.

- Ulrich Pfeil, „Der Weg des Heilandes vom Ölberg zu Annas und Kaiphas“. Die Verhaftung des katholischen Pfarrers in Heide am 2. Oktober 1935 – Widerstand und Kampf um die Jugend. In: Dithmarschen Heft 3/1993, S. 66-71.
- Marie-Elisabeth Rehn, Lose Enden. Einige Überlegungen zur NS-Zeit in Heide. In: ISHZ 23 (1992), S. 43-53.
- Rudolf Rietzler, „Die Blutnacht von Wöhrden“. Zur nationalsozialistischen Propaganda der Gewalt. In: Journal für Geschichte. 1. Januar 1983, S. 4-7 und S. 58-59.
- Anke Sawahn, Grete Wigger. In: Anke Sawahn, Die Frauenlobby vom Land. Die Landfrauenbewegung in Deutschland und ihre Funktionärinnen 1898 bis 1948. Frankfurt am Main 2009, S. 504-526.
- Emil Schröder, Landjahrlager Wolmersdorf. In: Dithmarschen Heft 2/1995, S. 25-34 und Heft 3/1995, S. 49-55.
- Karsten Schrum, 1933–1941: Verein für Dithmarscher Landeskunde und Zeitschrift „Dithmarschen“ in der NS-Zeit. In: Ders., Vorstellungen von „Heimat“ in der Zeitschrift „Dithmarschen“ 1914–1989. Heide 1989, S. 23-37.
- Dietrich Stein, Zwei Stolpersteine für „Reichsausschusskinder“. Folge der Umbenennung des Frenssen-Wegs in Meldorf. In: ISHZ 56 (2015), S. 200-205.
- Daniela Vennewald/Rüdiger Kelm, Zur Vermittlung von Ideologien in der Zeit des Nationalsozialismus am Beispiel des Museums für Dithmarscher Vorgeschichte in Heide. In: Dithmarschen Heft 2/2012, S. 24-30.
- Peter Wulf, „Wir waren nicht nur an der Front, wir bleiben auch an der Front“ Zur Geschichte des „Stahlhelm Westküste“ 1923-1929. In: ZSHG 130 (2005), S. 191-221.



Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein e.V. (AKENS e.V.)

Der AKENS ist ein Zusammenschluss von HistorikerInnen, LaienforscherInnen und zeitgeschichtlich interessierten Personen. Ihm gehören Mitglieder in Schleswig-Holstein, Hamburg, dem übrigen Bundesgebiet und dem Ausland an.

Der AKENS bietet allen an der historischen Auseinandersetzung mit der NS-Zeit Interessierten ein gleichberechtigtes Forum, um Arbeitsergebnisse zu präsentieren und Forschungsfragen zu diskutieren.

Der AKENS gibt die „Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte“ (ISHZ) heraus, die zweimal jährlich in einem Umfang von 160 Seiten erscheint und kostenlos an alle Mitglieder sowie diverse Bibliotheken, Archive und Gedenkstätten verschickt wird.



Der AKENS hat in den Jahren 2003/2004 auf dem ehemaligen Gelände des „Arbeitserziehungslager Nordmark“ am Kieler Russee aus Mitteln der Europäischen Union und der Stadt Kiel einen Gedenkort eingerichtet. Durch die Herausgabe einer Dokumentation, der Präsenz im Internet und

Rundgänge um das ehemalige Lagergelände unterstützt er eine Kultur der Erinnerung an das historische Geschehen, dem mindestens 600 Menschen zum Opfer fielen.

Der AKENS fördert und unterstützt seit 2005/2006 eine Initiative von engagierten Vereinsmitgliedern in Lübeck zur Verlegung von „Stolpersteinen“ zur Erinnerung an die Verfolgung im Nationalsozialismus. Seit Anfang 2008 sammelt der AKENS die Informationen zur Verlegung in Schleswig-Holstein im Internet. (www.stolpersteine-schleswig-holstein.de).



Der AKENS betrachtet seine Arbeit zugleich als Beitrag gegen Neonazismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

Informationen und Kontakt:

www.akens.org

post@akens.org

Kritische Annäherungen an den Nationalsozialismus in Norddeutschland.

Festschrift für Gerhard Hoch zum 80. Geburtstag am 21. März 2003.

(Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte, Heft 41/42, 400 S.)

„Gerhard Hochs Arbeit zeichnet sich durch ihre große Nachhaltigkeit aus. Bereits im zweiten Informationsheft des AKENS erwähnt er Ende 1983 die Idee, die ehemalige Stätte des KZ Außenkommandos Kaltenkirchen-Springhirsch durch örtliche Jugendgruppen und Kirchengemeinden patenschaftlich pflegen zu lassen – knapp zwanzig Jahre später ist das in der von ihm maßgeblich verantworteten Gedenkstätte Realität.“ (Aus dem Vorwort).



20 Aufsätze. Themen u.a.: *Reimer Möller*: Die Morde der SS an den KPD-Funktionären Rudolf Timm und Christian Heuck 1934 in Neumünster • *Heiko Lange/Stephan Linck*: Ein Hamburger Polizeibataillon im Osteinsatz. Anmerkungen zu einer neu entdeckten Quelle • *Frank Omland*: „Der Parlamentarismus der alten Form existierte schon nicht mehr“. Die schleswig-holsteinischen Abgeordneten der NSDAP im Reichstag 1924–1945 • *Harald Jenner*: „Sterben auch nach 1945“. Die Jahre 1945 bis 1949 am Beispiel der schleswig-holsteinischen Heime Rickling und Kropp • *Uwe Fentsahm*: Zwangsarbeit in einem Kieswerk. Das Beispiel der Baufirma Habermann & Guckes 1939–1945 • *Rolf Schwarz*: Norweger vor dem Volksgerichtshof in Kiel • *Detlef Garbe*: Die Zäsur Ende der 1970er Jahre. Zur Geschichte der Gedenkstätten in Schleswig-Holstein. • (400 Seiten mit zahlreichen Abbildungen. Kiel 2003. Broschur. 15 Euro).

Gedenkort „Arbeitserziehungslager Nordmark“

Materialien, Fotos und Dokumente zu einer Haftstätte der schleswig-holsteinischen Gestapo in Kiel 1944–1945 (Dokumentation, Kiel 2011. Zahlr. Abb., 5 Euro)



Im Juni 1944 errichtete die Gestapo in Kiel am Russee ein „Arbeitserziehungslager“. In dieser Haftstätte kamen bis zum Kriegsende mindestens 578 Menschen ums Leben.

Der AKENS dokumentiert in dieser Broschüre die Geschichte des Lagers, die Texte der Informationstafeln, Berichte von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sowie eine Auswahlbibliografie zur Geschichte Kiels im Nationalsozialismus.

Bezug der Publikationen: post@akens.org

Impressum

**„Man hatte ihr Vordringen erwartet...“
Aspekte des Aufstiegs der NSDAP
in Schleswig-Holstein und Dithmarschen**

ISHZ-Beiheft 4
(3. aktualisierte und erweiterte Neuausgabe)

Herausgegeben vom Arbeitskreis zur Erforschung des
Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein e.V. (AKENS)

Redaktion: Frank Omland

Kiel / Hamburg 2019

www.akens.org post@akens.org

„Man hatte ihr Vordringen erwartet...“
Aspekte des Aufstiegs der NSDAP in Schleswig-Holstein und Dithmarschen
Vortragsreihe des AKENS e.V. und des Dithmarscher Landesmuseum, Meldorf
10.2.2011 bis 24.3.2011

10.02.: Dr. Alexander Otto-Morris: „Die Landvolkbewegung an der Westküste (1928-1933)“

Die Proteste der Landvolkbewegung in den letzten Jahren der Weimarer Republik blieben größtenteils ein regionales Phänomen haben jedoch eine weiter reichende Bedeutung für die Radikalisierung der Landbevölkerung.

Dieser Vortrag wird sich mit den folgenden Punkten beschäftigen: der Entwicklung der Landvolkbewegung an der Westküste und den Konflikten zwischen Bauernbewegung und den Behörden, sowie der Beziehung zwischen Landvolk und Nationalsozialismus und der Frage, in wieweit die NSDAP von den Protesten des Landvolks profitieren konnte.

**24.02.: Dr. Markus Oddey: „Unter Druck gesetzt –
Presse und Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein und Dithmarschen“**

1928 erschienen knapp 100 Zeitungen in Schleswig-Holstein, davon acht allein in Dithmarschen. Doch bedeutete Titelvielfalt nicht automatisch Meinungsvielfalt. Im Kreis verfügten lediglich die Dithmarscher Landeszeitung aus Meldorf, die Marner Zeitung und der Heider Anzeiger über eine nennenswerte Auflage von über 3.000 Exemplaren. Auch diese Blätter berichteten seit 1930 immer wohlwollender über die NSDAP und übernahmen zunehmend auch deren politische Ansichten. Diese Selbstgleichschaltung war bedeutsamer als die direkte Konkurrenz der NSDAP eigenen Presse, die von der in Itzehoe erscheinenden Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung angeführt wurde. 1933 hoben Notverordnungen das Grundrecht auf Pressefreiheit vollständig auf. „Sprachanweisungen“ des Berliner Propagandaministeriums schrieben genau vor, was die Zeitungen zu berichten hatten. Das Schriftleitergesetz regelte den Berufszugang. Journalisten der bürgerlichen Blätter aus Dithmarschen konnten meist weitermachen, wohingegen sozialdemokratische und jüdische Redakteure mit Berufsverboten belegt wurden. Vor allem durch Enteignungen sozialdemokratischer Verlage in Kiel und Lübeck konnte sich die NSDAP Presse wirtschaftlich sanieren, blieb jedoch den bürgerlichen Generalanzeigerblättern – in Dithmarschen war das vor allem der Heider Anzeiger, der 1935 mit der Dithmarscher Landeszeitung fusionierte - wirtschaftlich weiterhin unterlegen. Das lag auch an einer weitgehend erfolgreichen Selbstanpassung: Mindestens ein Verantwortlicher trat der NSDAP bei und schrieb die politisch gewünschten Kommentare. Dass die bürgerlichen Blätter weiterhin erscheinen konnten, lag auch daran, dass die zentral gesteuerte strukturelle Pressemodernisierung den regionalen Pressemarkt vor allem in kreisfreien Städten traf. Erst infolge kriegswirtschaftlich begründeter Schließungen mussten viele Zeitungen ihr Erscheinen auch auf dem Land einstellen.

10.03.: Frank Omland: „Gegen das System“-

Der Aufstieg der NSDAP bei den Wahlen 1924-1933, am Beispiel Schleswig-Holstein und Dithmarschen

Als die NSDAP Schleswig-Holsteins sich am 1. März 1925 in Neumünster neu gründete, konnte keiner der Beteiligten wissen, dass die Partei acht Jahre später die absolute Mehrheit in Schleswig-Holstein erreichen würde. Die Gründe, warum sich der Aufstieg von einer völkisch-antisemitischen Splitterpartei zur „Volkspartei des Protests“ (Falter) in Schleswig-Holstein und Dithmarschen schneller und erfolgreicher als in anderen Regionen des Deutschen Reichs vollzog, sind vielfältig. Die historische Wahlforschung kann dazu einige Argumente beitragen.

Der Vortrag wird zentrale Aspekte des Aufstiegs der NSDAP beleuchten, auf die reichsweite und regionale Entwicklung eingehen, die antisemitischen und antidemokratischen Haltungen in der Wählerschaft herausarbeiten und Aussagen zu den Wählerwanderungen und der sozialen Schichtung der Wählerschaft der NSDAP treffen. Dabei werden sowohl die Wahlergebnisse im Deutschen Reich, Schleswig-Holstein und Dithmarschen in die Analyse einfließen.

24.03.: Dr. Reimer Möller: „Max Pauly und die SS in Dithmarschen“

Bis heute verbindet man Angst und Schrecken mit den Kürzeln „SS“ und „SA“. Die beiden Kampforganisationen der NSDAP stehen für zahllose Gräueltaten und Kriegsverbrechen. Überall wo die NSDAP politischen Einfluss aufbaute, waren Ihre Ordner- und Schlägertruppen ebenfalls aktiv.

Der Vortrag spannt den Bogen von der Blutnacht von Wöhrden zur Zeit der Weimarer Republik bis hin zur Auflösung der Lager-SS des KZs Neuengamme bei Kriegsende.

Des Weiteren wird anhand der Person Max Pauly (aus Wesselburen stammend) exemplarisch gezeigt, wie ein Aufstieg innerhalb einer der Kampforganisationen verlief und beschreibt sein Wirken und seine Verbindung zu Dithmarschen während des nationalsozialistischen Regimes.

Inhalt

Dithmarschens Rolle für den Aufstieg des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein ist vielfach herausgestellt worden, und zweifellos hat es hier früh enorme Wahlerfolge für die NSDAP, zahlreiche Gründungen von Ortsgruppen der Partei sowie eine intensive Agitationstätigkeit gegeben. Genauso gab es aber auch – zumeist seitens der Arbeiterparteien – Widerstand gegen die NS-Diktatur und Verfolgung von Oppositionellen, von Behinderten, Juden, Zeugen Jehovas und Homosexuellen. Dieses ISHZ-Beiheft präsentiert neuere Erkenntnisse aus der Frühzeit des Nationalsozialismus in der Region und beleuchtet schlaglichtartig zentrale Aspekte des Aufstiegs der NSDAP zur Macht. Es will zur weiteren Auseinandersetzung und Erforschung anregen, und erklären helfen inwieweit Dithmarschen in der Weimarer Republik und der NS-Zeit einen exemplarischen Sonderweg gegangen ist.

Zur Einführung

Dithmarschen und der Aufstieg des Nationalsozialismus

Schleswig-Holsteinische Zeitungen und der Nationalsozialismus

Landvolkbewegung und Nationalsozialismus

Wahlen in Schleswig-Holstein und der Aufstieg der NSDAP

Hitlers Wähler – Das Beispiel Dithmarschen

Wahlkartografischer Anhang zu Dithmarschen

Tabellarischer Anhang der Wahlergebnisse in Dithmarschen

Auswahlbibliografie